

Der Vorsitzende, Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, eröffnet um 14.10 Uhr die außerordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz. Er stellt fest, dass der Gemeinderat ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, hoher Gemeinderat, geschätzter Herr Magistratsdirektor, ich grüße auch herzlich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und unserer Unternehmungen, geschätzte Medienvertreterinnen und Medienvertretern, meine Damen und Herren, die Sie auf der ZuhörerInnengalerie Platz genommen haben. Ich darf Sie alle ganz, ganz herzlich zum Sondergemeinderat begrüßen, darf diesen eröffnen und feststellen, dass der Gemeinderat ordnungsgemäß einberufen wurde und dass wir auch beschlussfähig sind. Zu den Entschuldigungen. Heute ist Frau Gemeinderätin Mag.^a Bauer dienstlich verhindert, ebenso Herr Gemeinderat Koroschetz, Herr Gemeinderat Kraxner und Mag. Schönberger sind ebenso entschuldigt und Gemeinderat Ing. Lohr wird später zu uns kommen.

Meine Damen und Herren, wir haben heute zwei Tagesordnungspunkte, die behandelt werden sollen. Es haben sich ausreichend Gemeinderäte am vergangenen Freitag bei mir gemeldet und den Wunsch nach dieser Sondersitzung abgegeben, deswegen findet sie auch innerhalb der vorgesehenen Frist von einer Woche statt. Da heute einige Fragen aufgetaucht sind, möchte ich die vielleicht jetzt im Vorfeld endgültig noch einmal klären. Wir haben zwei Tagesordnungspunkte, bei jedem Tagesordnungspunkt kann es Wechselreden geben, bei der Wechselrede haben wir normalerweise eine vorgesehene Redezeit von fünf Minuten, bei außerordentlichen Sitzungen beträgt die Redezeit jeweils das Doppelte, das heißt zehn Minuten. Konkret heißt das wiederum, dass jeder Gemeinderat und jede Gemeinderätin sich jeweils zu jedem der Tagesordnungspunkte für zweimal zehn Minuten zu Wort melden kann und das Ganze, also zweimal zehn Minuten, hintereinander, du kannst dich zweimal

zu Wort melden und dann jeweils zehn Minuten. Damit das auch geklärt ist. Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 1), es geht um den Bereich der BürgerInnenbefragung Asset One/Reininghausgründe und ich darf um Wortmeldungen bitten.

1) BürgerInnenbefragung Asset One
Reininghaus

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Ich danke allen Fraktionen, vor allem der freiheitlichen Partei, den Grünen, der Kommunistischen Partei und auch meiner, die hier gemeinsam heute diese Sondersitzung zustande gebracht haben als Akt der demokratischen Notwehr, wie ich eingangs einmal feststellen will, als Akt der Notwehr auch des Gemeinderates in seinem Selbstverständnis, dass das oberste Organ dieser Stadt noch immer die 56 gewählten Mitglieder dieses hohen Hauses sind. Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Bürgermeister, Sie haben aus mir, aus einem der glühendsten Verfechter der romantischen Idee einer eigenen Stadtentwicklung, nämlich der Reininghausgründe, einen der größten Zweifler dieser Stadt gemacht. Sie wissen selbst, dass wir als BZÖ zweimal dringliche Anträge in diesem Haus eingebracht haben, mehrere andere Anträge, Sie kennen meine Wortmeldungen dazu, wo ich mehrmals hier eingefordert habe, auch gemeinsam damals mit Unterstützung der Kommunistischen Partei, wie es darum gegangen ist, 500 bis 1000 neue Sozialwohnungen zu machen, auch wenn es darum geht, die Idee, die die Grünen verfolgt haben, einen ökologischen Stadtteil zu entwickeln, mich hier mehrmals zu Wort gemeldet habe und gesagt habe, es ist die erste Chance seit Jahrzehnten, dass die Politik, dass eine Stadtregierung es wieder in der Hand hat, wie auf dem Reißbrett nach den besten Voraussetzungen einen Stadtteil für die Menschen dieser Stadt zu entwickeln. Und ich habe das mehrmals auch hier begründet, und warum haben Sie jetzt aus mir einen der größten Zweifler gemacht? Weil Sie Volksbefragungen gegen den Willen des Gemeinderates

durchdrücken, weil Sie Volksbefragungen ankündigen, ohne den Souverän dieser Stadt, die Stadt Graz, darüber zu informieren, wer die Besitzer oder die Investoren dieser Reininghausgründe sind, wer die Eigentümer sind, denn, sehr geehrter Herr Bürgermeister, als gelernter Kaufmann kennen Sie den Unterschied zwischen Besitzer und Eigentümer, wer die Personen dahinter sind, die über verdeckte Treuhandverträge möglicherweise Anteile halten, wie hoch die Kosten bei einer möglichen Übernahme sind für die Stadt, wie die technische Abwicklung einer solchen Übernahme zu erfolgen hat, wer die Verhandlungspartner dieser möglichen Übernahme der Reininghausgründe sind und warum Sie bis heute nicht in der Lage sind, die Gesetzmäßigkeit in Anspruch zu nehmen nach dem Steiermärkischen Volksrechtsgesetz eine bombensichere Volksbefragung nach der gesetzlichen Voraussetzung des Landes Steiermark hier durchzuführen. Und diese ganzen Fragezeichen und auch Ihre nicht vorhandene Einsicht, uns eine Antwort zu geben, obwohl wir zwei Monate lang um Antworten hier in diesem Haus gerungen haben, hat meine Fraktion und viele in diesem Haus dazu veranlasst zu sagen, Hände weg von einem Projekt, wo zumindest die Gefahr auf Grund ihrer Kommunikationsstrategie oder demokratischen Kommunikationsstrategie ist, dass hier gemauschelt werden kann, dass der Gemeinderat nicht der Souverän dieser Entscheidung ist und dass der Bevölkerung in dieser Stadt selbst mit einer Parteiumfrage, die durch Mitwirkung der SPÖ in einen Umfragestatus erhoben worden ist, dass mit dieser Umfrage den Menschen dieser Stadt Sand in die Augen gestreut wird und das hat uns dazu veranlasst, misstrauisch zu werden. Denn Misstrauen ist auch bei Ihnen geboten und das lehrt uns die Erfahrung. Und wir wären im Vorwahlkampf, da gebe ich Ihnen schon Recht, wenn ich jetzt alles, dieses Alphabet des Versagens, hier vorbeten würde, das wäre dann die Endabrechnung, die Zeugnisverteilung, die ersparen wir uns vielleicht noch ein paar Monate oder auch nicht, aber da werden wir uns zu einer anderen Sitzung treffen. Aber diese Fragen haben Sie uns nicht beantwortet und lassen es darauf ankommen, dass dieser Gemeinderat im Rahmen einer Sondersitzung zusammentreten muss, um von Ihnen diese einfachen Antworten zu erhalten und ich verstehe es nicht, warum wir sie nicht

vorher bekommen haben, ich verstehe es nicht. Und diese Reininghausgründe, zumindest die Befragung, das Thema der Befragung dann noch kurioserweise vorige Woche zum Grund einer Beendigung, einer Kündigung einer Koalitionsvereinbarung wird. Also nicht der Umstand, dass Sie sich vier Jahre gegenüber den Grünen nicht durchgesetzt haben, nicht der Umstand, dass Sie nichts gegen Shared Space getan haben, nicht der Umstand, dass mittlerweile Grüne im Haus Graz etc. mehr Sagen haben als Sie, nicht der Umstand, dass die gefühlte Mehrheit der Stadt subjektiv der Meinung ist, dass sich der Nagl ständig über den Tisch ziehen hat lassen, volkstümlich gesagt, Herr Bürgermeister, hat Sie dazu veranlasst, diese Koalition aufzukündigen. Nein, es war die Volksbefragung über die Reininghausgründe, wobei die Grünen vom Anbeginn gesagt haben, wir wollen die Antworten, brauchen mehr Zeit, stehen aber schlussendlich zu dieser Volksbefragung. Jetzt haben Sie, volkstümlich gesagt, mit dem Bettler Stecken getauscht und die neue Fraktion, mit der Sie das in Geheimverhandlungen durchdiskutieren, die ziert sich offenbar ohnedies ein wenig mehr als die alte. Wo der Sinn, der politische Sinn für die Menschen dieser Stadt ist, ist mir nicht ergründbar, er ist mir nicht ergründbar.

Zwischenruf GR. Ing. Topf: Macht ja nichts.

GR. **Grosz:** Klammer auf, dumme Zwischenbemerkungen, Klammer zu, selbstverständlich auch am heutigen Tage ist ein Selbstzweifeln der Mandatäre der Österreichischen Volkspartei durchaus erlaubt, ohne Problem, sehr geehrte Damen und Herren. Das was wir wollen, ist Transparenz bei dieser Reininghausbefragung. Was wir wollen, ist auch Aufklärung darüber, welcher, verzeihen Sie mir, Teufel Sie denn tatsächlich geritten hat zu behaupten, dass die Koalitionsauflösung mit den Grünen in einem Kausalzusammenhang mit den Reininghausgründen steht, weil das

glaubt Ihnen nicht einmal die vielberühmte Frau Schmauswaberl, die ich heute einmal mehr strapazieren will. Sie haben etwas ganz Einfaches gemacht zu dieser Koalitionsaukündigung, Sie haben nach vier Jahren gemerkt, dass selbst Ihre treuesten Wählerinnen und Wähler vom Hauptplatz, Geschäftsleute, die ausgestattet sind mit allen Ehren der christlich sozialen Volkspartei, dass die Ihnen die letzten Monate und Jahre gesagt haben, Sigi, für mich bist du nicht mehr wählbar, das ist die Konsequenz und dann haben Sie sich, jawohl richtigerweise, aus Ihrer parteipolitischen Sicht, aber viel zu spät aus dieser Koalition wieder verabschiedet, weil Sie ja selbst Herr Ihres eigenen Terminkalenders sind und wissen, dass irgendwann einmal Wahlen kommen und natürlich diese Politik in Graz, die ja so anmutet, als hätten die Grünen das Sagen und nicht Sie selbst, und Sie werden bei jeder Gelegenheit umfallen wie ein Besenstiel, natürlich in Ihrem Wahlkampf sehr hinderlich ist. Und dann hat Ihnen die Frau Babel gesagt, da brauchen wir jetzt eine Soll-Bruchstelle, die eigentliche Bürgermeisterin, mich wundert es eh, dass sie heute nicht da ist, weil wenn ich bei einem Sondergemeinderat mit dem Souverän dieser Stadt, mit dem Oberhaupt reden soll, dann habe ich mittlerweile den Eindruck, ich muss mit der Frau Babel reden, das wäre durchaus freundlich gewesen, wenn sie auch gleich selber da ist, weil dann können wir mit der wahren Machthaberin dieser Stadt auch gleich darüber diskutieren und dann hat Ihnen diese Frau Babel dann erklärt, das lassen wir mit der Koalition, da gibt es jetzt eine Soll-Bruchstelle und dann wird diese Koalition über Bord gehauen. Das ist nur die parteipolitische Unerträglichkeit dieser Situation. Und das sei mir auch gestattet gewesen. Das was wir wollen, um zur Sache wieder selbst zurückzukehren, ist Transparenz beim Ankauf der Reininghausgründe, ist keine Parteipolitik, ist keine PR-Strategie, was wir wollen, wenn wir von direkter Demokratie reden, ist tatsächlich das faszinierende Einbinden der Menschen dieser Stadt und das Abstimmen über grundlegende Dinge. Das setzt aber voraus, dass die Basis stimmt, das setzt voraus, warum Sie vom Zeitdrang jetzt mittlerweile so gebissen sind und unbedingt diese Volksbefragung, auch wenn sie einmal mehr Husch und Pfuscher bedeutet, im Juni machen wollen oder im Juli machen wollen, Sie gehen ja mit Ihrer Volksbefragung ja in die Sommerzeit der

schulpflichtigen Familien, also der Kinder, mit deren schulpflichtigen Familien in Graz hinein und beschneiden damit auch deren Wahlrecht, das müssen wir ja auch bei der Gelegenheit dazusagen, warum Sie das so spät machen. Warum machen wir denn das nicht im September, warum bereiten wir es nicht vor, warum sagen Sie uns denn nicht, mit wem Sie denn überhaupt verhandeln? Ist es Ihr Freund Harvey aus dem gleichnamigen Film, wer ist es, ist es ein Investor, ist es der Herr Astner, der Haus- und Hofanwalt der Frau Babel, der diese Investorengruppe vertritt, wer ist das? Das hätten wir gerne gewusst. Wie hoch ist denn der tatsächliche Preis und vor allem das, was auch die Kritiker dieser Stadt gerne wissen wollen, ja warum gibt es denn nicht die Möglichkeit, diese Stadtteile zu entwickeln, ohne dass wir Geld riskieren müssen. Haben wir denn nicht die Baugenehmigungen in der Hand, haben wir denn nicht die Gewerbeberechtigungen in der Hand, haben wir denn nicht die Flächwidmung und das Stadtentwicklungskonzept autonom in dieser Stadt in der Hand? Der größte Begründer eines Stadtbezirkes in Graz war kein Bürgermeister, Freiherr Jakomini aus dem slowenischen Karst hinter Triest. Das war ein Grundstücksbesitzer und hat einen Stadtteil entwickelt, der bis heute seinen Namen trägt. Die Stadt hat damals das Grundstück auch nicht kaufen müssen, um auch die Zweifler in der ÖVP zu überzeugen. Ich verstehe nicht, warum es uns heute nicht gelingt herzugehen und zu sagen, wir haben die Instrumente, wir diskutieren offen und transparent über Reininghaus und wir entscheiden offen und transparent auch darüber, wie und wann eine solche Abstimmung stattzufinden hat (*Applaus BZÖ*).

GR. Mag. **Sippel**: Herr Bürgermeister, Kollegen der Stadtregierung, aus dem Gemeinderat, werte Zuhörer auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter! Auf sämtliche brennenden Fragen zur Causa Bürgerbefragung und zur Causa Reininghaus gab es bisher, wenn überhaupt, nur oberflächliche Antworten, aber keine Klärung oder, was noch viel schlimmer ist, Schweigen, und Herr Bürgermeister, wissen Sie was, die Steigerung von Schweigen ist, das ist Verschweigen und genau deshalb sind

wir hier heute zu diesem Sondergemeinderat, den die Fraktionen der Grünen, der Freiheitlichen, des BZÖ und der KPÖ auch beantragt haben. Wir haben diesen Sondergemeinderat beantragt, um endlich Licht auch ins Dunkel, ins Reininghausdunkel zu bringen und unser Vorschlag wäre, dass nicht nur Sie, Herr Bürgermeister und auch Ihr Stadtrat Rüschi, uns diese Fragen heute beantworten, sondern vielleicht auch der eine oder andere Fachbeamte hier heute Rede und Antwort steht. Ich glaube, das wäre das richtige Podium, um endlich hier auch diese brennenden Fragen ernsthaft und seriös auch auszudiskutieren. Ich bin mit guter Hoffnung in diesen heutigen Gemeinderat gegangen, ich hoffe, dass am Ende des Tages diese Hoffnung nicht einer Enttäuschung weichen wird. Hier und heute nimmt die Opposition in dieser Sache Reininghaus, und wenn es um eine vorschnelle Bürgerbefragung geht, ihre Aufgabe wahr, Kontrolle auch auszuüben, auch wenn man, wie man gesehen hat, mit einer kritischen Haltung dazu, wie es den Grünen passiert ist, gleich einmal aus der Koalition befördert werden kann, weil die ÖVP hier anscheinend nervös ist oder Kritik nicht verträgt, aber das ist den Grünen auch hoch anzurechnen, hier auch kritisch zu sein und das Ganze fundierter auch anzugehen. Wir Freiheitlichen, das möchte ich hier voranstellen, sind grundsätzlich für Bürgerbeteiligung, wir thematisieren das auch derzeit auf Bundesebene, wir setzen uns für mehr Demokratie ein und wir sind auch für eine Bürgerbeteiligung in dieser komplizierten und komplexen Angelegenheit, wenn es darum geht, die Reininghausgründe anzukaufen oder nicht. Hier ist es falsch, davon auszugehen, dass der Bürger das nicht entscheiden kann, aber es braucht die nötige Zeit und es braucht die nötige seriöse Aufarbeitung dieses komplexen Themas, um dann tatsächlich auch eine Bürgerbefragung durchführen zu können. Dieses Modell, und der Kollege Grosz hat das auch angesprochen, dieses Modell des Herrn Bürgermeister ist weit weg, absichtlich weit weg, weil es auch nicht anders geht, weil sonst unvereinbar wäre vor einer Befragung á la Volksrechtegesetz, und damit ist dieses Modell auch weit entfernt von einer sicheren, von einer repräsentativen und einer verbindlichen Abstimmung. Und leider hat auch die SPÖ dieses Nagl-Modell vor eineinhalb Jahren ermöglicht, vielleicht in weiser Voraussicht eines Koalitionsbruchs, wer weiß, aber

spätestens, und das sei euch auch gesagt, spätestens nach dem Test-Ballon der ähnlich gestalteten ÖVP-Bürgerbefragung vom März mit seinen Pannen, Unzulänglichkeit und auch Manipulationen, die aufgetreten sind, sollte sich die SPÖ das Ganze noch einmal gut überlegen, ob sie hier diese Art der Bürgerbefragung auch weiterhin unterstützt. Und wenn die ÖVP argumentiert, dass eine Befragung nach Volksrechtegesetz nicht mehr zeitgemäß ist in Zeiten des Internets, dann sage ich, uns ist es lieber, hier eine altmodische, aber sichere Bürgerbefragung durchzuführen statt eine moderne und manipulationsanfällige. Und weil diese Bürgerbefragung eben, wie gesagt, weit entfernt ist vom Volksrechtegesetz gibt es auch solche Kuriositäten, dass auch alle in Graz ab 16 abstimmen dürfen, die Abstimmungsmöglichkeit haben, also auch diejenigen, die außerhalb des Wahlrechtes stehen, also auch Leute, die nur temporär in Graz anwesend sind und die sollen auch über die Zukunft der Stadt mitentscheiden, also das ist nur eine der Kuriositäten, die wir Freiheitliche nicht unterstützen können.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Das ist falsch, was du sagst.

GR. Mag. **Sippel**: Warum, und das ist eine der entscheidenden Fragen, die wir auch vom Anfang an gestellt haben, und da möchte ich kurz darauf eingehen, warum ist diese Bürgerbefragung insgesamt unter einem solchen Zeitdruck jetzt, wie wir es in den letzten Tagen erlebt haben, erfolgt? Warum macht man da so Druck, warum legt man hier so eine Hast an den Tag? Es ist unmöglich, und das hat auch der Bürgerbeirat völlig richtig angemerkt, es ist unmöglich, in dieser Zeit ausreichend Information den Bürgern gegenüber zu gewährleisten und hier eine seriöse Befragung auch auszuarbeiten. Warum ist es zu dieser Farce auch gekommen betreffend die vorbereitenden sogenannten Redaktionssitzungen, wo die Fraktionen,

die Klubobleute eingebunden waren? Ist es hier nicht vielmehr so, dass sich hier die ÖVP versucht hat, ein Feigenblatt umzuhängen, nämlich ein Feigenblatt einer Mitarbeit aller Parteien, wo in Wirklichkeit im Hintergrund bereits alles geplant war und ist, wo oft Fachbeamte nur kurz Zeit gehabt haben, nicht auf die Fragen eingegangen sind in ihrer Tiefe und Breite, wie es auch notwendig wäre bis hin, dass man eben nicht davon abgegangen ist, hier auch suggestive Fragestellungen zu verwenden, oder die ÖVP nennt es tiefenpsychologische Fragestellung, aber da hat sich in Wirklichkeit auch nach Feststellung und Drängen darauf, dass man hier das Ganze auch seriöser behandelt, nichts geändert, man ist nicht bereit gewesen, auf die Fragestellung einer objektiven Art und Weise anzupassen. Und warum hat man uns, und ich sage es, so papierlt mit sogenannten unabhängigen Experten von der Fachhochschule, die nichts anderes gemacht haben, als tatsächlich eine bessere Korrektur des Textes vorzunehmen und nicht das, was wir eingangs auch gefordert haben, nämlich ein objektives und ausgewogenes Abwiegen der Pros und Kontras und auch der Fragestellung, das ist nicht passiert und da kann man doch nicht allen Ernstes erwarten, dass wir uns da an der Nase herumführen lassen und in so einem Alibigremium unsere Energien und unsere Zeit verschwenden. Und warum, Herr Klubobmann Piffli-Percevic, sind wir weitergeleitet worden an Fachbeamte, obwohl diese nicht, wenn es um die wichtigen Fragestellungen gegangen ist, obwohl diese nicht befugt sind, uns auch uneingeschränkt Auskunft zu geben, das haben wir auch im Vorfeld des Budgetgemeinderat gesehen, wo hier es nicht erwünscht war, dass die Opposition, beziehungsweise im konkreten Fall wir, auch Auskunft erhalten, weil es eben seitens der Fachbeamten keine Genehmigung des zuständigen Stadtrates gegeben hat, uns hier auch die Auskunft zu erteilen und das sind alles solche Dinge, die hier und heute auch einmal an gesprochen werden müssen. Und warum, und das ist das Entscheidende, warum ist man nicht bereit, uns die wesentlichsten Fragen, die eben auch für uns Bedingung waren, um auch mitarbeiten zu können bei einer allfälligen Bürgerbefragung, warum war man nicht bereit, uns diese wesentlichsten Fragen auch zu beantworten? Nämlich, wer sind die Investoren, wer sind die stillen Teilhaber im Hintergrund und welche Grundstücke werden zur

Eigenkapitalaufbringung von der Stadt Graz veräußert? Das waren die Fragen, die wir als Bedingung gestellt haben, wenn wir diese Fragen auf den Tisch bekommen, wenn wir sie beantwortet bekommen, dann können wir hier guten Gewissens mitarbeiten, das ist in einem Slalom- und Zick-Zack-Kurs von uns abgewendet worden beziehungsweise da ist man nicht bereit gewesen, uns auch diese Frage zu beantworten, sondern man hat sich dann versucht herauszuschlängeln. Und weil eben hier vieles im Argen ist, vieles beantwortet ist, aber nicht geklärt, findet heute dieser Sondergemeinderat statt. Die ÖVP, der Herr Bürgermeister, der Herr Stadtrat und hoffentlich auch, wie vorher erwähnt, die Fachbeamten, haben heute hier die Möglichkeit, die brennenden Fragen, die wir Fraktionen haben und die auch den Bürgern unter den Nägeln brennen, zu beantworten, um eben in weiterer Folge eine seriöse Aufbereitung der Befragung zu ermöglichen. Ohne Eile, wie es auch im Sinne des Bürgerbeteiligungsbeirates ist. Oder, und das ist auch, möchte ich an den Schluss, an das Ende meiner Ausführungen stellen, oder geht es dem Bürgermeister und der ÖVP weniger um inhaltliche Information als vielmehr um bewusste Desinformation und eine Alibibefragung, die auch immerhin 200.000 Euro kostet, um letztendlich auch ein gefälliges, und dazu ist ja schon die Werbemaschinerie angelaufen, ein gefälliges Votum für eine längst gefällte Entscheidung zu erhalten. Ich bitte um eine ernsthafte, das ist vor allem in Richtung ÖVP gerichtet, um eine ernsthafte Behandlung dieses Sondergemeinderates. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann:** Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrter Vertreter von der Presse, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich möchte mich hier in erster Linie zum ersten Tagesordnungspunkt, und zwar zu der Bürgerumfrage, zu Wort melden und möchte doch etwas zurückblicken und zwar eineinhalb Jahre zurück. Ich kann mich erinnern, wir haben ein halbes Jahr diese Richtlinien diskutiert, allein bei den Klubobleuten, und da hat es sich schon von Anfang an gespießt. Das heißt, wir sind dort schon gar nicht mehr auf den grünen Nenner gekommen und letztendlich

wurden ja diese Richtlinien mit einer knappen Mehrheit im Gemeinderat beschlossen. Es hat sich damals schon die Frage gestellt, wie sinnhaft sind genau Bürgerumfragen in dieser Art, nämlich total unverbindliche Umfragen, die an einer Meinungsumfrage anknüpfen und die meiner Meinung nach, Herr Bürgermeister, Sie jederzeit durchaus auch ohne diese Richtlinien durchführen können. Aber wir haben ja heute einen Sondergemeinderat, der ja sich schon das erste Mal mit einer negativen Erfahrung so einer BürgerInnenumfrage befasst hat und zwar mit dem Thema Reininghaus. Wir haben damals schon gesagt, dass die Form dieser BürgerInnenumfrage für viele Themen ja gar nicht geeignet ist. Die KPÖ hat sich damals und spricht sich auch heute eindeutig aus für eine Volksbefragung nach dem Volksrechtegesetz, und unserer Meinung nach muss Bürgerbeteiligung, Bürgermitbestimmung auf ganz klaren gesetzlichen und rechtlichen Richtlinien und Rahmenbedingungen fußen. Und ich würde mich besonders freuen, wenn sich hier der Herr Bürgermeister mit seinen Parteifreunden, die SPÖ, sich genauso vehement wie ihr euch hier für diese BürgerInnenumfrage eingesetzt habt, bei unserer Bundesregierung einsetzen, im Nationalrat stark machen, dass hier endlich für Bürgerbestimmung, für Transparenz ganz klare gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, das wäre unserer Meinung nach der sinnvollste Weg, um Bürgerbeteiligung hier zu garantieren (*Applaus Grüne und KPÖ*). Für uns ist dieses Thema, ich glaube, das lässt sich nachverfolgen auch in der Presse, das ist ja jetzt nicht nur in Graz das Thema plötzlich geworden, das ist ja auch in der Bundes-ÖVP momentan das Thema und für mich hat es so den Anschein, dass ist jetzt ein ganz elegantes Wahlkampfthema und zwar ein halbes, dreiviertel Jahr vor der Gemeinderatswahl macht es natürlich schon Sinn, sich um Bürgerbeteiligung, um die Bürger zu bemühen und wir sehen diese Aktion hier wirklich als reines Wahlkampfthema und ich finde es nur schade, dass die Bürger hier dafür missbraucht werden. Denn sind wir uns ehrlich, welche Auswirkung kann diese Umfrage wirklich haben? Es kann für Sie, für die ÖVP, kann es durchaus eine Richtlinie sein, wo ihr euch hinbewegt. Aber ich denke, wir haben hier im Gemeinderat eine wesentliche Verantwortung, denn dieser Reininghauskauf, also dieser Deal, der hat ja sehr weit

reichende Auswirkungen, und es ist schon sehr schwierig, die Informationen hier im Gemeinderat sozusagen den Gemeinderäten näherzubringen, wie soll hier der einfache Bürger und die Bürgerin diese ganzen Zusammenhänge überhaupt verstehen? Und es ist ja auch das Redaktionsteam für diese Texte der Bürgerumfrage ja daran gescheitert, welche Information geht hinaus, was wollen wir überhaupt übermitteln, wie ist die Fragestellung, und die Fragestellung war eine einfache Suggestivfrage: „Sind Sie dafür, dass die Stadt Graz 52 Hektar der Reininghausgründe ankauft, um hier einen nachhaltigen ökologischen und lebenswerten Stadtteil selber zu entwickeln?“ Na ned na na, also wer würde da dagegen sein, da kann ja nicht einmal ich dagegen stimmen, also das ist eine reine Suggestivfrage und so können wir nicht an die Sache herangehen (*Applaus KPÖ und Grüne*). Sie nehmen auch immer wieder die Schweiz als Vorbild. Ich komme gerade, also ich bin am Freitag vom österreichischen Städtetag aus Dornbirn zurückgekommen und hier waren sehr viele Schweizer in den Arbeitskreisen, aber ich muss sagen, dort funktioniert diese Mitbestimmung und diese Abstimmungsmöglichkeit auf gesetzlicher Basis. Das hat dort ganz andere Rahmenbedingungen und das kann man nicht so, wie es einem gerade passt, jetzt taugt mir das eine Stückelr, das hole ich mir da heraus und das implementiere ich in Graz, also so kann das einfach nicht funktionieren. Bürgermitbestimmung erfordert auch aber sehr viel Information, die an die Bürger gehen muss, und das möchte ich hier auch vehement kritisieren. Information über so ein komplexes Thema, egal ob das jetzt Reininghaus ist, ob das die Umweltzonen sind, mit ein paar Sätzen mit Pro und Kontra sozusagen die Information an die Bürger zu vermitteln, das lässt wirklich einiges hochkommen, das kann es nicht sein, ein mündiger Bürger kann nur dann entscheiden, wenn er die dementsprechenden Informationen hat, weil das sind Entscheidungsgrundlagen und die müssen gewährleistet sein und die sind in diesem Fall überhaupt nicht gewährleistet. Ich möchte hier eigentlich nicht länger reden, als unbedingt notwendig ist. Zu den ganzen Fragen, die auch für uns offen sind, wird sich auch mein Kollege Manfred Eber noch zu Wort melden. Ich möchte hier nur noch einmal klarstellen, wir sind für

Bürgerbeteiligung, wir sind für Volksbefragungen, aber auf rechtlicher Basis und nach dem Volksrechtegesetz. Danke (*Applaus KPÖ, Grüne, FPÖ und BZÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Besucher auf der Galerie! Als unabhängiger Gemeinderat kann ich natürlich derzeit als Einziger hier im Gemeinderat keine Wunder bewegen, das ist mir bewusst, weil ich nur einer von 56 gleichberechtigten Gemeinderäten bin. Aber es ist mir doch in dieser Sache gelungen, einige wesentliche Punkte in den Ausschüssen aufs Tapet zu bringen. Ich bin am Anfang ein bisschen belächelt worden und dann kritisiert worden aus den ÖVP-Reihen besonders, weil ich gemeint habe, die Fakten müssen endlich einmal auf den Tisch. Wir haben immer wieder nachgefragt und zitzerweise wurden uns Informationen zum Thema Reininghaus geliefert, was ich ungeheuerlich finde, genauso wie dass der Rechnungshof, der Reininghausausschuss eigentlich hintergangen worden ist, indem mediale Ausführungen der Öffentlichkeit kundgemacht wurden vom Stadtrat Rüschi, die aus meiner Sicht haarsträubend sind, weil sie sich einfach nicht bewahrheitet haben. Das Zweite ist, ich habe damals im Ausschuss als Erster sofort die Unterlage, die von der Präsidialabteilung ausgearbeitet worden ist, in der ersten Reininghausredaktionssitzung kritisiert, weil ich gesagt haben, na Moment einmal, das wird doch jeder sehen, der sich mit Fragestellungen beschäftigt hat, dass das eine Suggestivfrage ist, die uns da vorgelegt worden ist. Die anderen haben mich dann unterstützt und ich möchte auch ganz besonders auch den Ing. Berger, der gesagt hat, sehr wohl auch aus seiner Sicht und des Bürgerbeteiligungsbeirates ist es eine Suggestivfrage und das finde ich einfach ungeheuerlich, mit so einer abgestimmten Unterlage, die damals sicherlich die Zustimmung einmal der Grünen noch gehabt hat, in den Ausschuss reinzugehen und das den anderen Gemeinderäten vorzulegen. Der Bürgerbeteiligungsausschuss hat noch dazu damals eine Tischvorlage erhalten, was ich besonders bemerkenswert empfand. Es wurde ein Tarnen und Täuschen gespielt, sodass ich mir gesagt habe, ist

das der Sigi Nagl noch, der vor einem Jahr Bürgermeister war, wie er heute agiert, ich habe so meine Zweifel. Die Unterlage, dieser Deal, der vom Stadtrat Rüscher ausgearbeitet worden ist und den Grazerinnen und Grazern und dem Gemeinderat letztendlich zur Zustimmung vorgelegt werden soll, hat für die Bürger, ich sage es einmal, Null-Komma-Josef. Daher zum Beispiel ist enthalten die Chimäre, die gesagt worden ist, dass dieser Deal ohne Schulden abgewickelt wird, das stimmt einfach nicht. Daher weht auch der Wind, dass zur Übernahme der Gesellschaft außerhalb des Konsolidierungskreislaufes der Stadt Graz belassen wird, das heißt, die Schulden dieser neu zu gründenden Gesellschaft werden gar nicht im Schuldenstand der Stadt Graz ausgewiesen. Daher auch die Verschwiegenheit des Zinssatzes in der Unterlage der Präsidentschaft, wo nicht bekanntgegeben wird, welche Zinsleistungen wir für diesen geplanten 50 Millionen Euro Kredit wirklich zu bezahlen, zu berappen haben werden. Und letztlich wird verschwiegen, welche und wie viele Liegenschaften, welcher tatsächliche Wert die geplanten 24 Millionen Euro kurzfristig veräußert werden müssten, überhaupt einen inneren Wert haben, damit dieser Deal überhaupt getätigt werden kann. Man kann wenige Grundstücke, sage ich einmal, mit wenigem Wert von 24 Millionen veräußern, wenn man gute Interessenten hat, aber man kann auch vielleicht wesentlich mehr, vielleicht sogar das Doppelte an Ressourcen zur Verfügung stellen müssen. Verschwiegen wurde zum Beispiel, warum die Stadt Graz überhaupt die Steiermärkische Bank mit als Gesellschafter in die Asset One hineinnehmen möchte. Verschwiegen wurde der Gesellschaftervertrag, der eingefordert worden ist von mir und zum Teil auch von anderen, um einfach zu sehen, welche Rechte wirklich die Steiermärkische Bank hinkünftig in dieser Gesellschaft haben wird. Dieser Vertrag, so gehe ich einmal davon aus, nach der fortgeführten Verhandlungsweise wird sicherlich in Entwurfsform vorliegen, wurde uns aber nicht kundgetan. Verschwiegen wurden die Gesichter der Investoren, wie schon genannt, die hinter dem Gesicht des Alfred Müller stehen, verschwiegen wurde lange Zeit auch, dass die Kosten der Betriebsführung der neu zu gründenden Gesellschaft in der Gesellschaft verbleiben und nicht in das Grazer Budget hineingehen. Verschwiegen wurde der Öffentlichkeit, wer fix zu den Profiteuren

dieses Deals gehört. Die machen sich nämlich heute schon aus. Verschwiegen wurde lange Zeit auch, dass die Stadt Graz keine Grundstücke erwirbt, sondern einfach in Form eines Share Deals nur Anteilsrechte an einer neu zu gründenden Gesellschaft. Und verschwiegen wurde, dass in Folge der Übertragung der Rechte auf die neue Gesellschaft es auch zu einer Übertragung möglicher bestehender Nebenabsprachen kommen kann, der der Öffentlichkeit in keiner Weise bekannt wird, so auch die Bestätigung vom Direktor Kamper in einem Ausschuss. Das heißt, es wurde Tarnen und Täuschen gespielt, es wurde den Bürgerinnen und Bürgern reihenweise Sand in die Augen gestreut und mögliche Einnahmen aus einem angegebenen rasanten Bevölkerungswachstum von Graz einfach angesetzt. Es wurde Show betrieben, es wurde manipuliert und die BürgerInnen in die Irre geführt und ich frage mich, Herr Bürgermeister, sind Sie wirklich noch Bürgermeister der Stadt Graz oder ist es bereits die Claudia Babel, vielleicht kriegen wir heute in dieser Sitzung eine Antwort schon darauf. Die Befragung wurde zu Recht vom Bürgerbeteiligungsbeirat kritisiert, wo nicht nur die Zeit kritisiert wird für die Vorbereitung, die sicherlich bei diesem zweifelsohne komplexen Thema Reininghaus länger bedarf als für eine vielleicht einfachere Frage oder Problemstellung. Aber wenn hier zum Beispiel in der Aussendung des Bürgerbeteiligungsbeirates steht, die vorgelegte Fragestellung ist eindeutig suggestiv, dann fühle ich mich in meiner Sichtweise absolut bestätigt und ich denke mir, das ist einer Vorgangsweise einer zweitgrößten Stadt Österreichs, der Stadt Graz, absolut unwürdig. Wenn auch die Begutachtung, die eingefordert worden ist, dann an jemanden vergeben worden ist, der direkt im Dunstfeld, im Umkreis der ÖVP in seiner Biographie beheimatet war und dann vom Bürgerbeteiligungsbeirat, das ist nicht meine Wortmeldung, aber dessen gesagt worden ist, dass es sehr oberflächlich und wenig hilfreich war und dass es eher eine Alibiaktion geglichen hat, dann kann sich jeder Bürger, jeder freie Bürger etwas dabei denken. Ich frage mich auch, und da spreche ich konkret, der in dieser Frage oder in all diesen Fragen sich sehr intensiv auch inhaltlich einbringt, steht die ÖVP so unter Druck, dass ihr das so durchpeitschen möchtet und müsst, wie derzeit der Zeitplan das ausmacht? Stimmt es, dass, wenn ihr das Projekt nicht in dieser Art und Weise, wie gelebt, betreibt,

bereits getätigte Wahlkampfzusagen nicht schlagend werden, wie man hört? Das sind doch Fragen, die die Bürger einfach interessieren, weil es unverständlich ist, warum so ein komplexes Thema, so eine zweifelsohne wichtige Fragestellung für Graz jetzt vor dem Sommer durchgepeitscht werden muss und nicht die notwendig Zeit aufgewendet wird, um das wirklich seriös zu betreiben. Ich sage daher, diese Art und Weise der Kommunikation, der Umgang mit dem Bürger ist in keiner Weise nachahmenswert, es ist kein Vorbild, es ist eigentlich eine Schande, wie hier mit dem Bürger verfahren wird und ich würde mir wirklich wünschen, dass der Bürger ernst genommen wird und es von der Pike auf, vom Anfang an und nicht die Stadt Graz und dieses Thema in eine so verfahrenere Situation bringen, wie es die ÖVP-grüne Koalition eingereicht hat und jetzt anscheinend von der SPÖ massivst mitbetrieben und forciert wird.

StR. Mag. **Eustacchio**: Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Warum sehen wir uns heute hier alle wieder, das ist schon ausgeführt worden, weil wir halt viele Fragen haben und keine Antworten bekommen. Es sollen Umfragen getätigt werden, die vor Manipulation nur so strotzen. Die ein mutiger Schritt sein sollen, ein mutiger Schritt des Bürgermeisters, weil er zum ersten Mal die Menschen in der Stadt Graz befragen will und einbindet, ein Zeichen für die Zukunft der Zeit. Herr Bürgermeister, es ist nichts anderes als Feigheit, es ist Feigheit, weil Sie, weil du hinausgehst und sagst, ich bin zu feig, um Entscheidungen zu treffen und jetzt frage ich die Bürger und dann kann ich mich wieder aus der Verantwortung ziehen. Genau das steckt dahinter und da spielen wir nicht mit, da spielen wir sicher nicht mit (*Applaus FPÖ*). Was läuft im Hintergrund an Manipulation, es ist ja nicht nur die Fragestellung, es ist ja auch die Agitation über Medien, dieses neue Blattl, das da herausgeworfen wurde, das die Handschrift der ÖVP trägt, die sich nicht einmal zu schade war und das letzte Mal ein Beiblatt hineinzugeben ohne Impressum, um Reininghaus zu bewerben in allen Facetten, in den schönsten Farben, sich nicht gescheut haben, da ein Kreuzerl

hinzumachen, Ja zu Reininghaus, dieses Kreuzerl ja das hat eine historisch heikle Bedeutung, das hatten wir schon einmal in den 30er-Jahren, davon würde ich Abstand nehmen. Der Frau Babel sei das auch in ihr Buch geschrieben. Frau Babel, die übrigens ihr Spielchen, ich glaube, die ihr eigenes Spielchen hier spielt mit billiger Werbung und natürlich mit teurer Beratung. Wenn die teure Beratung jetzt ausschließlich auf Kosten der ÖVP lief, kein Problem, kann sie gerne machen, aber nein, es wird ja wieder auf Steuerzahlerkosten getätigt, durch Umwege, durch Einschaltungen in den Medien, durch dieses Darstellen von Graz, weil das müssen wir ja machen, also holen wir uns wieder Geld heran, wo wir dann diese Dinge, wie auch Reininghaus, bewerben können. Flucht vor der Verantwortung, nein danke, Meinungsbildung durch eine repräsentative Umfrage, Herr Bürgermeister, da hättest du uns dabei gehabt, dann hätten wir uns eine wirkliche Meinung bilden können, das wäre sehr günstig gewesen und hätten uns hier wiedergefunden und darüber abgestimmt. Wir hätten uns sogar selbst verpflichten können, ab einem gewissen Forum das anzunehmen, und das Spannende an dem Ganzen ist ja, dass wir es von der Stadt Graz aus jetzt auch in die Medien, in die österreichweiten geschafft haben. Ich habe gestern verfolgt die Diskussion, ich glaube ATV war das, Puls 4, danke, zwischen der Frau Vizebürgermeisterin und dem Herrn Piffel-Percevic, war spannend anzuschauen, Samy Molcho hätte seine Freude mit dir gehabt, ich wäre interessiert gewesen, was er interpretiert hätte, wie du dich verwunden und gebogen hast, ehrlich war das nicht, was du dort gebracht hast.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Die FPÖ ist nicht einmal erwähnt worden.

StR. Mag. **Eustacchio**: Aber es war auch wieder ein Sinnbild und ein Spiegelbild der ÖVP, so wie sie agiert, bitte aufhören mit diesem Schauspiel der ÖVP-

Bürgerbefragung, dann wirklich mit Hintergrund, mit Information, sodass die Menschen wissen, worüber sie abstimmen und nicht mit Manipulation. Zum Thema Reininghaus werde ich mir heute noch einige andere Bemerkungen vorbehalten (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Jahn**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem es die SPÖ offensichtlich vorzieht, wieder einmal nichts zu sagen, melden wir uns sehr gerne zu Wort. Es ist super, dass es heute diesen Sondergemeinderat gibt zum Thema direkte Demokratie in Formen von Beteiligung. Deswegen haben wir ihn auch unterstützt, es sind wesentliche Punkte, die diese Umfrage, wie sie jetzt geplant ist, betrifft, die sind noch offen geblieben. Ich finde die Diskussion jetzt schon spannend, ich hoffe aber auch, dass von SPÖ und ÖVP noch ein bisschen was Erhellendes zu diesem Thema folgt, denn eines ist klar, es wird sich heute zeigen, wer die BürgerInnenbeteiligung ehrlich und ernst meint und wem das wirklich ein Anliegen ist mit den Menschen in Kontakt zu kommen und gemeinsam an der Zukunft dieser Stadt zu arbeiten und wer die direkte Demokratie instrumentalisiert, um den eigenen Wahlkampf zu bestreiten (*Applaus Grüne und BZÖ*) beziehungsweise auch um eine Parteistrategie, wie sie eben von Parteimitgliedern und auch Nicht-Parteimitgliedern bei manchen entwickelt wird. Danke, Ina Bergmann, für deine Ausführungen zum Thema Umfrage. Ich möchte da auch noch einmal kurz daran erinnern, wie das damals war, es ist ja dann ziemlich hoch her gegangen in der Diskussion ganz zum Schluss, das Tempo war einigermaßen hoch, obwohl es keinen breiten Konsens gab für dieses Umfragemodell. Nicht einmal der BürgerInnenbeirat, der sehr engagiert in der Sache diskutiert hat, konnte letztlich seine Zustimmung zu dieser Form der Umsetzung geben und hat einen sehr spannenden und auch wichtigen Beitrag geleistet mit sehr vielen Forderungen, wie aus ihrer Sicht eine sinnvolle Umfrage ausschauen sollte. Und das wäre ja wohl eigentlich das Erste, das wir uns erwarten könnten oder, wenn wir sagen, wir wollen Menschen beteiligen,

dann sollten wir doch im eigenen Haus beginnen, dann sollten wir doch hier gemeinsam an den Methoden, die BürgerInnenbeteiligung ermöglichen und Mitbestimmung fördern, zumindest gemeinsam diskutieren. Aber bereits damals war es so, dass ÖVP und SPÖ dieses Modell durchgezogen haben, ich behaupte, trotz vieler Kritikpunkte und trotz besserem Wissen. Es war nämlich damals unklar, was passiert mit den Ergebnissen, ab wann sind sie verpflichtend, gibt es ein Forum, ja oder nein, warum wurde der BürgerInnenbeirat nicht wesentlich mehr einbezogen, warum versuchen wir nicht gemeinsam, das Volksrechtegesetz zu reformieren? Damals wurde uns gesagt, nein, nein, dass Modell das passt schon so, das mit dem Volksrechtegesetz das dauert viel zu lange, da kommen wir ja nie zu einer Befragung. Damals, das war im Jänner 2011, jetzt haben wir Juni 2012, da hätten wir schon mehrere Befragungen nach dem Volksrechtegesetz gemütlich, in aller Gemütlichkeit und mit großem Konsens durchführen können. Also soviel zu diesem permanenten Thema Zeitdruck und es muss alles schneller gehen. Letztlich wurde hier, damals schon war die Diskussion chaotisch und sie ist es auch jetzt, wenn es um die Umsetzung der Umfrage geht. Es ist ein Chaos beieinander und alle Klubobleute und Menschen aus den Gemeinderatsklubs, die in den letzten zwei Wochen dabei waren, um diese Umfrage zu diskutieren, können mit mir gemeinsam ein Lied davon singen, dass eine seriöse Vorbereitung, eine ernsthafte Vorbereitung von dieser Umfrage wahrlich anders ausgesehen hätte. Das Chaos aus dem letzten Jänner in diesem Zusammenhang setzt sich also fort, das wird sich auch in den nächsten Gemeinderatssitzungen fortsetzen, denn dort müssen wir nämlich schon die erste Abänderung der Richtlinien zur BürgerInnenumfrage beschließen, ich finde das großartig, wirklich herzlichen Glückwunsch zu diesem wunderbaren Modell. Wie wir sehen, da gehen die Probleme schon los, weil jetzt müssen wir von zehn Tagen auf 14 Tage ausweiten. Wir wurden gestern informiert von dir, Peter, danke auch, dass du uns informiert hast in der Klubobleutekonferenz, aber warum und wieso und was das Ganze soll, dazu gab es null Information, aber bitte, man gewöhnt sich auch an dieses. Eine Frage, die inhaltlich für uns offen geblieben ist, woher kommt der hohe Zeitdruck, warum müssen wir so schnell diese Umfrage, unseriös momentan noch,

durchziehen? Diese Frage wurde mehrere Male gestellt, auch von unterschiedlichen Fraktionen, und es ist aus meiner Sicht noch keine erhellende sinnvolle nachvollziehbare Antwort gegeben worden, die wir auch unseren Bürgerinnen und Bürgern auf der Straße glaubhaft erzählen können, warum dieser Deal jetzt so schnell durchgedrückt werden muss, das versteht kein Mensch. Ein weiterer Punkt: Es ist insofern spannend, auch im Zusammenhang mit dem Zeitdruck, Peter Piffl, du hast gestern uns informiert, dass dieser Beschluss zu Reininghaus sowieso erst im September zustande kommt. Jetzt frage ich mich, warum kann man da nicht die Umfrage seriös gemeinsam vorbereiten, Anfang September die Umfrage machen und dann eine seriöse Entscheidung treffen, es tut mir leid.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das habe ich gestern in Puls 4 erklärt.

GR.ⁱⁿ **Jahn:** Ja, du Peter, das ist mir eigentlich ganz egal, wir sind da der Gemeinderat und wenn dann diskutieren wir da herinnen und nicht über die Zeitung (*Applaus Grüne*).

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic unverständlich.

GR.ⁱⁿ **Jahn:** Ja, das wäre super, wenn du das machen würdest. Wie auch immer. Eine Sache, die mir auch ungut aufgefallen ist in den letzten Tagen, die ÖVP tut so, als ob sie plötzlich eine absolute Mehrheit hätte, das ist ein unglaublich spannendes

Phänomen, also ob jetzt de facto alle Gesetze sind ausgeschaltet, ÖVP hat sowieso immer und überall die Mehrheit, es wird schon kein Problem mit Reininghausbeschlüssen und sonstigen Beschlüssen bis zum Wahltermin geben. Das finde ich eigentlich eine ziemlich kühne Vorgehensweise. Bis jetzt hat das nach außen hin auch ganz gut hingehaut, aber werden wir dann schon sehen, wo die Mehrheiten liegen. Jetzt schaut es nämlich so aus, dass alle Fraktionen um Mehrheiten da herinnen rittern müssen und das gilt auch für Sie, Herr Bürgermeister, auch wenn Sie das nicht gerne hören, das ist mir schon klar. Und dieses Chaos, diese instabile Lage, die ist genau nur von Ihnen verursacht worden und auch dafür werden Sie die Verantwortung übernehmen müssen. Zur SPÖ muss man natürlich sagen, ich hoffe, ihr stellt heute noch die gleichen Fragen wie in der letzten Woche und auch wie diese Woche noch, das würde ich mir sehr wünschen, dass ihr immer noch an den Hintergründen zum Reininghaus interessiert seid, aber gut, vielleicht gab es jetzt in den aufgeregten Hintergrundgesprächen, die in den letzten Tagen stattgefunden haben, eh schon Erhellendes für euch und es ist jetzt für euch da herinnen gar nicht mehr notwendig, das eine oder andere zu besprechen. Es wäre dann aber schön im Sinne der Demokratie, nicht wahr, wenn ihr uns an eurem Wissen auch teilhaben lässt, weil ansonsten wird es nämlich schwierig für euch, wie ihr den BürgerInnen erklären wollt, und das vor allem an die Frau Schröck gerichtet, weil sie ist ja jetzt die Parteichefin, zumindest offiziell, an sie gerichtet, Sie müssen ja auch den Menschen erklären, wie Sie jetzt zu Ihrer neuen Reininghaushaltung kommen oder, das würde mich wirklich auch spannend interessieren. Weil sonst wird das mit dem Wahltag wahrscheinlich ein bisschen problematisch werden für die Sozialdemokratie. Aber ja, vielleicht kann die Dagmar oder der Karl-Heinz noch etwas Erleuchtendes später dazu sagen. Zum Thema Umweltzone, war heute noch nicht Thema, gestern aus den Medien haben wir erfahren, dass auch die Umweltzone bei einer BürgerInnenumfrage Thema sein soll. Hierzu wurde gestern der Zeitplan präsentiert, und das muss man sich schon auf der Zunge zergehen lassen, es wurde uns mitgeteilt, dass heute die Details zum Pro und Kontra zur Umweltzone und die Frage entwickelt werden. Morgen um 8.30 Uhr in der Früh ist dann die Klubobleutekonferenz und bis

dorthin soll man dann bitte eine Rückmeldung geben, wie wir zu diesem Thema stehen zur Umfrage. Ich finde das grandios, wirklich, also ihr seid offensichtlich jetzt in Überschallgeschwindigkeit unterwegs und wir Armseligen können dazu nicht mithalten, aber na ja, das werden wir wahrscheinlich morgen in der Früh auf ganz heitere ironische Art und Weise weiterdiskutieren. Aber wahrscheinlich habt ihr bis nächsten Montag, wo das im Stadtsenat beschlossen werden soll, eh schon alles mit der SPÖ ausgedet, das ist das, was wir anderen Fraktionen vermuten, aber sei es drum. Die Frage zur Umweltzone kommt für mich auch deswegen so überraschend, und da frage ich mich jetzt, ich meine, es ist eigentlich eh offensichtlich, was die ÖVP glaubt, damit zu erreichen. Sie haben das Jahr begonnen mit der Wahlkampfansage, BürgerInnenbeteiligung ist unser wichtigstes Thema, Sie haben mit viel Bombast und viel Geld eine Kampagne aufgezogen, wo sie selbst eine Umfrage in die Wege geleitet haben als ÖVP und gewisse Themen abgefragt haben. Sie haben damals ein Ja zur Umweltzone bekommen, Sie haben damals gesagt, dieses Ergebnis ist für die Grazer Volkspartei bindend. Wieso um Himmels Willen wollen Sie jetzt noch einmal die Umweltzone abfragen, ich verstehe das nicht, vielleicht können Sie uns das später einmal erläutern, was das soll. Es kennt sich keiner mehr aus. Es ist ein Zick-Zack-Kurs bei Ihnen, ein Chaos, eine Instabilität, das ist unglaublich. Aber gut, wahrscheinlich wird die Claudia Babel sich gedacht haben, jetzt wo der interne Druck so groß ist und wo es so schwierig ist mit der Umweltzone und wo uns die Felle davonschwimmen, sollte man da möglichst schnell die Kurve kratzen und wieder weg von der Umweltzone und am besten man lasst sich das dann vom Volk bestätigen und hat dann noch sozusagen über die direkte Demokratie die Bestätigung, dass die eigene Parteilinie eh die richtige ist. Genauso kommt es bei mir an und ehrlich gesagt, ich glaube, auch ganz viele Grazerinnen und Grazer werden das durchschauen, die werden das durchschauen, was Sie hier vorhaben, es ist eine ganz durchsichtige Angelegenheit und so werden sicher keine Wahlen zu gewinnen sein und so werden Sie auch nicht die Menschen von der direkten Demokratie und von der Beteiligung überzeugen können, weil so etwas führt nur dazu, dass die Menschen sich gegängelt fühlen und sagen, na, bei solchen Umfragen der Stadt Graz, wenn es nur der

Parteipolitik dient, wenn es nur dem Wahlkampf dient, dafür werden wir uns sicher nicht hergeben und da werden wir sicher nicht mitmachen. Insoweit einmal zum ersten Thema, zu dem anderen da kommen wir dann eh noch später dazu (*Applaus Grüne*).

GR. **Schröck**: Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuseherinnen und Zuseher auf der Tribüne! Nach dem bisherigen Verlauf der letzten Tage habe ich mir natürlich schon ernsthaft die Frage gestellt, ob es heute überhaupt noch Sinn hat, bei diesem leider sehr billigen schwarz/roten Schauspiel, bei dieser peinlichen Farce zu dieser Bürgerbefragung überhaupt noch das Wort zu ergreifen, denn es geht mir, ehrlich gesagt, wie dem Rest der Grazer Bevölkerung, ich fühle mich recht angewidert von dieser Art der Politik, ich fühle mich eigentlich verraten und ich fühle mich verkauft. Und ich weiß schon, Herr Bürgermeister und auch Karl-Heinz Herper, du Machiavelli für Arme der Sozialdemokratie in diesem Haus, ihr suhlt euch heute wahrscheinlich in eurem vermeintlich gelungenen Coup. Für euch zählt in erster Linie der Machterhalt, das Abgreifen von Posten und Positionen nach der nächsten Wahl, aber in eurer grenzenlosen Selbstüberschätzung habt ihr nämlich gar nicht mehr den Willen, auf die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zu hören. Bis auf ein paar selbstgefällige Parteigänger der Schaltzentralen eurer Machtküchen, da seid ihr vielleicht noch die Helden, aber schon längst nicht mehr bei den Menschen auf der Straße. Ich möchte nur ein paar Auszüge von Kommentaren verärgelter Bürger, die in diversen Foren der Zeitungen der letzten Tage ihren Ärger und ihre Meinung über diese ungenierte und rückhaltlose Moralabstinenz der Politik kundgetan haben, möchte ich euch vorlesen. Heute aus der Kleinen Zeitung, im Forum der Kleinen Zeitung, da stellt ein User die Frage: „Welche Freunde von Nagl sitzen in der Asset One, denn warum will Nagl kaufen und dann an andere weiterverkaufen? Antwort: Weil er seinen Freunden bei Asset One helfen will. Und warum kaufen nicht Private jetzt schon? Antwort: Weil es hier nichts zu gewinnen gibt. Wenn der Nagl der Grazer

SPÖ alle... und das ist nämlich noch einmal der Clou der Sache, selbst euren parteiinternen Schreiberlingen, die immer bei den Foren posten, die haben gegen diese Übermacht der verärgerten Bürger überhaupt keine Chance mehr. Weiter geht es: Wenn der Nagl der Grazer SPÖ alle geforderten Informationen mitteilt, dann erfüllt er ja nur die gleichen Forderungen wie von den Grazer Grünen und hätte dann gleich mit der Rücker statt mit der Schröck alles durchziehen können. Schon komisch das Ganze irgendwie oder hat der Bürgermeister damit ganz etwas anderes im Sinn? Deckel hoch, wir wollen sehen, was da im Topf brodelt oder gärt, bevor es uns auf den Teller geklatscht wird. Zuviel Geheimnistuerei und Hudlerei lässt den Verdacht aufkommen, dass da mehrfach geschummelt wird. Immobilienfirmen sollen verdienen, das ist ihr gutes Recht, aber bitte nicht auf Kosten der Allgemeinheit und nur mit klaren Bedingungen. Rücker hat leider Recht, wenn sie sagt, dass die Vorgangsweise und Eile Nagls suspekt ist. Andere wichtige Dinge werden jahrelang verschleppt, wenn keine mächtige Lobby dahintersteckt, das Leben ist immer eine Frage von Prioritäten. „Und so geht es weiter, seitenweise, das ist die Meinung der Menschen, das denken die Leute über Sie und Ihre Politik. Das ist das traurige Bild, das Sie derzeit abgeben. Von einem vormals sympathischen, von einem offen wirkenden Siegfried Nagl ist in der öffentlichen Wahrnehmung anscheinend nur mehr ein zur Karikatur verzerrtes Abbild eines ehemaligen Bürgermeisters geworden, eines reinen Machterhalters, eines Immobilienlobbyisten und eines eiskalten Zynikers, der nicht zögert, seinen Partner, wenn er einmal nicht mitspielt, auf die Straße zu setzen, ohne mit der Wimper zu zucken. Was nicht mehr zählt, Herr Bürgermeister, ist Verlässlichkeit, Glaubwürdigkeit und Vertrauen der Menschen in die Politik, da helfen auch die unzähligen Inseratenstrecken um abertausende Euro in den verschiedenen Medien überhaupt nichts mehr. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich in der Reininghausfrage schon längst für dumm verkauft, kein Mensch glaubt Ihnen mehr, dass es hier auch nur im Ansatz um das Instrument der direkten Demokratie geht, das haben Sie korrumpiert und für die eigene durchsichtigen Zwecke missbraucht. Was aber der Karl-Heinz Herper in den letzten Tagen hier auch im Gemeinderat, in diesem Saal, in den Klubräumlichkeiten abgezogen hat, das

spottet leider wirklich jeder Beschreibung. Ich habe mich in den letzten Tagen leider nur mehr von Paspertin-Tropfen ernähren müssen, lieber Karl-Heinz, weil diese Art von Wendehalspolitik und auch Käuflichkeit ruft bei mir schon eine gewisse Übelkeit hervor, aber die war durch medizinische Intervention leider auch nicht mehr behandelbar. Das was du hier abgeliefert hast, war der definitive Tiefpunkt einer reichlich gesegneten Gemeinderatsperiode der SPÖ, und warum mich die Vorgehensweise von dir eigentlich so betroffen macht und auch persönlich enttäuscht, muss ich ehrlich sagen, ist eh nicht mehr wirklich erklärbar für mich, aber vielleicht liegt es daran, dass ich dich erst seit vier Jahren kenne. Den Menschen in diesem Haus, die dich schon seit Jahrzehnten kennen, haben dieses Umfallen schon vorausgesehen. Aber ich hätte meine Lehren ziehen können aus dem Umgang mit ehemaligen Genossen, wie du umgegangen bist mit einem Riedler oder mit einem Genossen Müller, aber vielleicht auch demnächst mit der Genossin Schröck. Du hast anschaulich demonstriert, dass hier Anstand, Ehrlichkeit und vor allem Handschlagqualität keine für deinen Gebrauch nutzbaren Cortobirin darstellen. Transparenz...

Zwischenruf GR. Hohensinner unverständlich.

GR. **Schröck:** Machst du inzwischen schon den Vorsitz, Kurt?

Zwischenruf GR. Grosz: Der Hohensinner übernimmt die Roten Falken.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Wir wollen dich sanft auf den Weg zurückführen.

GR. **Schröck:** Danke, lieber Kurt. Also diese Kapazität, diese Möglichkeit hast du, glaube ich nicht. Aber Sie werden auch heute, wie in den vorangegangenen Sitzungen und Konferenzen heute mit Ihren Antworten wieder so sparsam sein, dass man ein bisschen ein Wasser dazufüllen werde müssen, damit die Wahrheit hinter diesen ganzen Konstrukten wirklich ans Licht kommt. Wir sind den Grazerinnen und Grazern verpflichtet, die mit Steuergeldern erst ermöglichen, dass der Bürgermeister sich ein millionenschweres Denkmal errichten will, aber nicht dazu, gescheiterte Immobilienspekulanten vom finanziellen Galgen zu schneiden. Wir sind es dem Instrument der direkten Demokratie, der Bürgerbefragung, der Transparenz und der Ehrlichkeit geschuldet und dürfen nicht zulassen, dass dieses wichtige Instrument zu einer Farce und Schmierensposse in dieser Stadt verkommt. Dankeschön (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Meine geschätzten Damen und Herren! Nachdem Sie beim ersten Tagesordnungspunkt... möchten Sie vorher, bitte Frau Stadträtin, gerne.

StR.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck:** Geschätzte KollegInnen, hohes Haus, werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie! Zuerst möchte ich einmal sagen, ich verstehe voll und ganz diesen Sondergemeinderat. Ich verstehe zutiefst, dass ihn vier Parteien fordern, vier Fraktionen. Ich verstehe, dass die KPÖ das tut, verstehe, dass die freiheitliche Fraktion das macht, dass das BZÖ das macht und auch dass der Kollege Mariacher das

macht. Ich verstehe jedoch nicht die Empörung der Grünen. Es geht heute darum, offene Informationen zu klären, auch das ist unsere Motivation und ich verstehe nicht, mit welcher Empörung die Grünen da herinnen sitzen, die Grünen hatten alle Informationen, die Grünen wissen alles zum Reininghausdeal und bitte vergessen wir nicht, vor eineinhalb Jahren waren wir so knapp davor, einen Gemeinderatsbeschluss zu haben für den Reininghauskauf, wenn da nicht noch wer abgesprungen wäre, der Herr Scholdan, dann wäre niemand gefragt worden, dann hätten Schwarz/Grün das einfach so beschlossen, das müssen wir uns auch vor Augen halten. Und die Grünen waren immer für den Kauf, und mir jetzt einen Zick-Zack-Kurs vorzuwerfen, ist wirklich lächerlich. Die SPÖ hat immer klar gesagt, die SPÖ ist gegen einen Kauf der Asset One und wir verändern diese Richtung um keinen Millimeter. Wir sind ganz klar gegen einen Kauf. Das Gleiche gilt für die Umweltzone und das Gleiche gilt auch, was dieses Befragungsmodell betrifft, und wenn Sie, Herr Gemeinderat Grosz, sagen, dass das gegen irgendeine Mehrheit im Gemeinderat passiert, dann ist das schlichtweg nicht richtig. Es hat im Jänner des Vorjahres eine Entscheidung dieses Gemeinderates für dieses Bürgerbefragungsmodell gegeben und das war keine äußerst knappe Mehrheit, das waren zwei große Fraktionen, nämlich die ÖVP mit der SPÖ.

Zwischenruf GR. Grosz: So groß seid ihr aber nicht mehr.

StR.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Und wir sind immer zu diesem Bürgerbefragungsmodell gestanden. Wir sind deswegen nicht mitgegangen sofort und haben gezweifelt, weil wir es gleich gesehen haben, wie die KPÖ, wir haben auch gefunden, dass diese Frage, wie sie formuliert ist, äußert suggestiv ist und diese Frage wird so nicht gestellt werden, weil dann wird die SPÖ diesem Bürgerbefragungsmodell nicht zustimmen. Wir wollen klare Informationen, wir haben einen Fragenkatalog an die ÖVP

übergeben und sobald dieser Fragenkatalog fertig beantwortet ist, wird er natürlich öffentlich gemacht, das ist ja vollkommen klar, das war ja unser Ansinnen. Wir waren genauso abgeschirmt von der Information, wie es viele andere auch waren und darum geht es uns. Uns geht es darum, Klarheit zu schaffen und die Bevölkerung wirklich aufzuklären, nicht mehr und nicht weniger (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Politik, liebe Vertreterinnen und Vertreter unsere Medien, meine Damen und Herren auf der ZuhörerInnengalerie! Manchmal denke ich mir, diese vielen Ausschusssitzungen, diese viele Fragestellungen haben irgendwie nicht stattgefunden und man hätte das alles nur geträumt. Zum Beispiel die letzte Sitzung, wo ausdrücklich Gerhard Rüschi noch einmal unter Anwesenheit aller Fraktionen die halt erschienen sind, gefragt hat, gibt es jetzt noch irgendeine Frage, die ich beantworten kann, ja oder nein, und es ist keine mehr gekommen. Interessanterweise werden dann immer Unterstellungen und Fragestellungen publiziert und öffentlich gemacht am nächsten Tag in Medien, aber in der täglichen Sacharbeit kennt jeder den Herrn Kollegen Rüschi, der diese Verhandlungen gemeinsam mit dem Herrn Dr. Kamper auch leitet und weiß, dass das zwei seriöse Persönlichkeiten sind, die versuchen, alle Antworten, sofern sie sie geben können, auch zu geben und das werden wir auch heute tun. Dazu kommen wir aber ein bisschen später zum Thema Reininghaus. Ich möchte beim Thema der Bürgerbeteiligung bleiben, weil ich auch manchmal das Gefühl habe, dass in der Politik noch immer eine große Mehrheit nicht verstanden hat, wie es jetzt eine Parallelgesellschaft gibt zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den Vertreterinnen und Vertretern, die legitimiert da hereingewählt worden sind. Es stellen mir manche vielleicht die Frage, ob ich noch Bürgermeister bin, ich bin gewählter Gemeinderat und der Gemeinderat hat mich zum Bürgermeister gewählt. Es gibt Gemeinderäte, die haben auf der Fraktionsliste einmal kandidiert, sind dann zu einer anderen

Fraktion weitergegangen und ist jetzt einzelner Mandatar. Wenn du mir eine solche Frage stellst, frage ich zurück, mit welcher Legitimation sitzt du heute hier im Gemeinderat und hast diese Position auch nicht woanders zurückgegeben (*Applaus ÖVP*)? Wenn der Gemeinderat das oberste Organ ist, und davon gehe ich aus, dass da alle hier herinnen begriffen haben und auch alles so leben, dann hat auch jeder zu akzeptieren, dass der Gemeinderat exakt am 20. Jänner 2011 mehrheitlich die Richtlinien für die Grazer BürgerInnenumfrage gemäß § 45 Abs. 6 des Statutes beschlossen hat und damit gibt es diese BürgerInnenumfrage, ob man nun persönlich oder als Fraktion dafür ist oder nicht. Und ich habe weit vor diesem Zeitpunkt dafür gekämpft, dass wir in der Politik endlich einsehen, dass die Bürgerinnen und Bürger und die Politiker mittlerweile soweit auseinander sind, dass sie zum Teil nicht einmal mehr alle fünf Jahre von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, aber auch sehr, sehr viele täglich dazu beitragen, dass diese Kluft noch größer wird. Und ich kann als jemand, der das 15. Jahr in der Stadtregierung jetzt politische Verantwortung und Hauptverantwortung trägt, nicht einfach das so stehen lassen, sondern ich möchte einen Beitrag liefern, dass das wieder zusammengeführt wird und dafür gibt es mehrere Methoden. Unter anderem, dass man die Bürgerinnen und Bürger einer Stadt ernsthaft beteiligt, und da geht es nicht nur darum, dass du von Zeit zu Zeit nach dem Volksrechtgesetz, wenn es jemandem gerade wieder einmal der Mühe wert erscheint, eine BürgerInnenbefragung durchführst in Form einer gesetzlichen Volksbefragung. Liebe grüne Fraktion, seit über einem Jahr versucht ihr, 10.000 Unterschriften zustande zu bringen und habt ihr bis heute beim Thema Murkraftwerk nicht einmal geschafft. Das steht vorher, bevor ihr mit den Unterschriften fertig seid. Die Bürgerinnen und Bürger haben längst Lust auf eine ganz andere Art der Beteiligung, die wir auch mannigfach leben. In Form der vielen Beiräte, die wir haben, bis hin zum BürgerInnenbeirat. Hin zu den neuen Methoden, die wir im Stadtentwicklungsbereich jetzt auch gemeinsam entwickelt haben, damit Projekte wie eine Annenstraße Wirklichkeit werden können, ohne dass es die Aufregung gibt. Das heißt, das rechtzeitige Einbinden von Bürgerinnen und Bürgern, und ich habe vor rund zwei Jahren mit dem Thema begonnen, es ist kein Wahlkampf und ein paar

muss ich anscheinend wirklich daran erinnern, es ist kein Wahlkampfthema, ich muss ein paar daran erinnern, dass es eine Einladung zu einem Sondergemeinderat gegeben hat, der hat stattgefunden am 13. Jänner 2011, um 15.00 Uhr. Die meisten werden ihn vergessen haben, am 13. Jänner 2011 um 15.00 Uhr vor eineinhalb Jahren haben hier Gemeinderätinnen und Gemeinderäte einen Sondergemeinderat beantragt mit folgenden Tagesordnungspunkten, umgekehrt: 1.) Reininghausgründe Asset One, 2.) Bürgerinnenumfrage, das war das zweite Mal, dass da alle so aufregt und dass alle so davon betroffen sind. Ich bleibe dabei und ich werde mit all meiner Kraft dafür kämpfen, dass wir künftig Bürgerinnen und Bürger anders beteiligen und zwar bei wichtigen Themen im Besonderen. Und für mich gibt es drei wichtige Themen, erstens die Menschen wollen beteiligt sein und ich weiß, ich habe es zu Anfang gesagt auch in allen Pressekonferenzen gegenüber den Medienvertretern, nachdem niemand mehr mitgehen will, gehen wir als ÖVP allein diesen Weg und schlagen eine Bresche und versuchen einfach einmal, die Menschen so zu sensibilisieren, die Politik vor allem zu sensibilisieren, dass das vielleicht nicht nur ein Thema in Graz ist, dass das ein Thema in Österreich wird, weil wir diesen Verdruss in ganz Österreich haben, auch in ganz Europa und wir drüber nachdenken sollten, wie es geht.

Zwischenruf GR. Grosz: Danke SPÖ und ÖVP.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, ich habe eine Idee geboren und mit einer eigenen Umfrage nicht alle Kriterien erfüllt, aber jetzt bin ich zumindest dankbar, dass die Sozialdemokratie, die vor rund eineinhalb Jahren, im Jänner 2011, diese BürgerInnenumfrage auch mitermöglicht hat, sich jetzt, ich sage das jetzt, in den letzten Tagen ganz gewaltig eingebracht hat, dass wir auch gemeinsam eine Umfrage zustande bringen, die zwei ganz, ganz wichtige Themen von Graz betreffen. Es ist nicht leicht in einer Regierung

mit fünf Fraktionen von sechs im Gemeinderat vertretenen Funktionen immer wieder Partnerschaften zu finden, ja, es gibt jetzt wieder das freie Spiel der Kräfte, weil es ja, wenn ich so sagen darf, in den letzten vier Jahren viele, viele Entscheidungen gegeben hat, die unterschiedliche Mehrheiten bekommen haben und wir haben ein System, das in der Bundesverfassung niedergeschrieben ist, also bleibt es auch dabei. Aber ich will auch zeigen, wenn die Politik in manchen wichtigen Angelegenheiten nicht weiterkommt, dann sollen die Bürgerinnen und Bürger auch sich melden können und ich sage Ihnen nur noch einmal, von all jenen, die mir bei der BürgerInnenumfrage, die wir als ÖVP durchgeführt haben, von 104.000 gedruckten Karten sind immerhin 35.000 Menschen eingestiegen und haben das erste Mal mitgemacht, bei diesen uns zugesandten Karten haben 75 % der Menschen, ich will es hier noch einmal wiederholen, eine Marke aufgeklebt, weil es ihnen sogar persönlich etwas wert war, wieder beteiligt zu werden und es irren alle, die da herinnen sich nur hinter dem Volksrechtgesetz verschanzen wollen und echte Bürgerbeteiligung nicht leben wollen. Das ist ein Modell der Zukunft und wir werden, so hoffe ich, in Graz am 11. Juni, so haben wir es uns einmal gemeinsam vorgenommen, eine solche BürgerInnenumfrage starten (*Applaus ÖVP*). Dann werden 230.000 Grazerinnen und Grazer ein persönliches Kuvert in ihrem Briefkasten vorfinden und dann werden wir sehen, wie sie sich zu zwei ganz wichtigen Themen auch selbst kommiten, wie sie in diesen nächsten Jahren diese Dinge umgesetzt haben wollen oder nicht. Auch da gilt es umzudenken, mich fragen Journalisten, auch Menschen auf der Straße, Herr Bürgermeister, du hast gesagt, du bist für eine Umweltzone und deine Fraktion steht hinter dir, du hast gesagt, du willst Reininghaus entwickeln und wir werden im zweiten Stück dann dazu kommen, warum wir das tun wollen und warum das dringend notwendig ist, dass wir es endlich mitanpacken und da kann es ja sein, dass die BürgerInnenumfrage anders ausgeht, als ihr das wolltet. Habe ich gesagt, ja, das ist nämlich auch die neue Denke und da bricht auch die Welt nicht zusammen, die Menschen werden nämlich feststellen, wer hat denn gearbeitet, wer hat denn überhaupt Ideen, wer hat denn Vorschläge für diese Stadt, wer will sie denn wohin entwickeln und sie können mit dem einen oder anderen einverstanden

sein oder aber auch nicht einverstanden sein, das ist weder ein Rücktrittsgrund, für wen auch immer von uns, wenn er sich anders kommittet hat und zu einer Idee gestanden ist. Ich werfe nur meistens jenen vor, dass sie es nicht ernst meinen, die selber keine Ideen haben und nur dagegen gehen und dieses nur Dagegehen macht es jetzt notwendig, dass wir die Hand des Bürgers ergreifen, damit auch wieder was weitergeht und das ist Dynamik in unserer Stadt gibt (*Applaus ÖVP*). Jetzt komme ich zum Modell. Wir haben in den letzten Tagen viele, viele Stunden gearbeitet, um das optimal vorzubereiten. Es war ein sehr guter Vorschlag und da möchte ich auf den Befragungszeitraum eingehen und warum wir, Frau Kollegin Jahn, ein kleines Wörtchen bei unserem offiziellen Gemeinderatsstück hier anfügen wollen. Erster Vorschlag, der von der Sozialdemokratie gekommen ist, bitte nochmals einen externen Begleiter. Der BürgerInnenbeirat hat gesagt, ihm ist das zu schnell, das schaffen sie in dieser Form nicht, ich habe heute mit Herrn Ing. Berger auch noch einmal telefoniert und ihn eingeladen, ab morgen bei den Ergebnissen noch einmal drüberzuschauen, bevor ein ehrliches Urteil fällt. Wir haben versucht, einen Profi zu bekommen und wir haben mit dem Herrn Plaikner einen wirklich Profi bekommen, der gestern und heute und auch morgen mit uns arbeiten wird. Es sind nach wie vor alle eingeladen, sich einzubringen bei den Fragestellungen und es wird, wenn ich so sagen darf, eine Kurzdarstellung mit Pro und Kontra geben neben einer Einleitung und Sie werden sehen, die Fragen sind gar nicht so kompliziert. Und verlassen Sie sich drauf, die Grazerinnen und Grazer werden wissen, was wir meinen und um was es geht, nämlich um die grundsätzliche Frage, sollen wir betreffend das Feinstaubproblem auch so etwas wie eine Umweltzone, und damit Fahrverbote für Diesel-Pkws, aussprechen und auf der anderen Seite wird es die Frage geben, soll die Stadt Graz den gordischen Steuerknoten, den es dort gibt, den sie lösen kann, auch wirklich lösen, diese Grundstücke erwerben und einen Stadtteil entwickeln, weil, und das möchte ich Ihnen da sagen, herausgekommen ist die Bevölkerungsprognose bis zum Jahr 2031 ganz frisch und das ist vielleicht für viele interessant.

Zwischenruf GR. Grosz: Ist das die Umfrage über die Lebenserwartung?

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist die Statistik der Stadt Graz, ich werde es dir danach geben. Nach den Ergebnissen der vorliegenden Prognosen wird die Bevölkerungszahl der Stadt Graz auch in Zukunft wachsen. Dies gilt nicht nur für die Landeshauptstadt insgesamt, sondern auch für alle 17 Bezirke. Insgesamt nimmt die Bevölkerung zwischen dem 1. Jänner 2011 und dem 1.1.2031 um 27.000 Personen beziehungsweise um 10 % zu. Dies bedeutet für 2031 eine Einwohnerzahl von 289.000 gegenüber 262.000 im Vorjahr. Heuer sind es schon knapp 268.000, ich glaube, die Prognose wird sogar noch untertrieben und auf Bezirksebene wird es einige Bezirke ganz massiv betreffen, vor allem St. Leonhard, Mariatrost, Wetzelsdorf etc. Das können wir aber dann im zweiten Teil dann noch einmal klären. Für mich ist wichtig, dass wir in den nächsten Tagen, vor allem bis zum Montag, im Stadtsenat aufzeigen werden, wie die Befragung lautet, dass die gut vorbereitet ist, sie ist nicht manipulativ, sondern es liegt in den Händen der Magistratsdirektion, des Präsidialamtes, unseres Wahlamtes und es wird ordnungsgemäß zugehen. Und nach diesem Modellversuch, an dem wir 230.000 Grazer erstmals einladen und auch Premiere in Österreich haben, werde ich gerne die Ergebnisse mit Ihnen hier herinnen wieder weiterdiskutieren. Ich halte es für längst an der Zeit, dass die Politik sich neue Wege zutraut und ich bin dankbar, dass auch die Sozialdemokraten jetzt zu diesem Modell stehen. Zur Verlängerung auch noch, das war auch ein Wunsch der Sozialdemokraten, nachdem wir vorhatten vom 29. Juni weg so zu befragen, wie es in der BürgerInnenumfrage vorgesehen ist bis zum darauffolgenden Sonntag, haben wir aufgrund dieses Schnitts zwischen Schulzeit und Ferienzeit uns vorgenommen, dass es eine Woche länger diese Möglichkeit geben soll, das wird ja wohl kein Problem sein, dass Menschen länger Zeit haben, vor allem jene, die vorher schon Urlaub gehen, damit sie nicht in der Hauptreisezeit weg sind und jene, die dann losfahren. Alle werden die Möglichkeit haben, hier teilzunehmen, sie können es im Übrigen,

wenn ich so sagen darf, auch elektronisch jederzeit von einem Laptop oder PC dann auch letzten Endes tun.

Zwischenruf GR. Mag. Mariacher: Die werden mehrfach abstimmen können.

Bgm. Mag. **Nagl**: Und wenn diese Ergebnisse da sind... ich stehe nach wie vor, ist vielleicht eine wichtige Botschaft an die grüne Fraktion, zum Einsetzen einer Umweltzone, dann werden wir hier herinnen wieder weiterdiskutieren (*Applaus ÖVP*). Ein Nachsatz sei mir noch erlaubt. Das war auch eine Frage, wie hoch wird das Quorum sein, dann werden vielleicht die einen oder anderen wieder dabei sein. Das Quorum, und soweit sind wir jetzt im Moment einmal gekommen, so bei 45.000 Antworten, also das sind knapp 20 %, das ist auch das, was uns alle Experten raten, sei es in der Schweiz oder auch in Deutschland, fährt man mit diesem Wert gut. Das heißt, 45.000 Menschen sollen dabei sein, dann sollen sich aber auch die, die diese Frage veranlassen, kommitten, dass sie sich an das Ergebnis auch halten und da kann es auch passieren, dass ein Ergebnis herauskommt, das du dir als Politiker oder als Fraktion nicht gewünscht hast. Aber ich gehe davon aus, dass die Grazerinnen und Grazer eine solche Entwicklung haben wollen, eine gesündere Luft und auch eine rasante Entwicklung im Stadtentwicklungsbereich (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Die Diskussion über direkte Demokratie, die wir jetzt seit ungefähr einem Jahr, nicht nur in Graz, sondern insgesamt bis über Österreichs Grenzen hinaus in Europa führen, verfolge ich und beobachte ich sehr genau. Auch was so in den letzten Tagen und Wochen in Österreich zum Thema direkte

Demokratie von unterschiedlichen Fraktionen, Personen eingebracht wird. Wenn eine FPÖ argumentiert, wenn eine ÖVP argumentiert, eine SPÖ, die Grünen etc. BürgerInnen, Aktivbürger, WutbürgerInnen, wie immer der Begriff dann ist, den man sich selber zuschreibt. Ich kann mittlerweile und das bestätigt sich heute, das treibt irgendwie so in eine Richtung, nicht mehr gut unterscheiden zwischen dem, wo liegt ehrliches Bemühen um Demokratie und wo liegt parteipolitisches Spektakel aus dem Kalkül heraus, kurzfristig Stimmung zu machen (*Applaus Grüne und FPÖ*), und man wird schon sehr sensibel, wenn es Richtung Wahlkampf geht und wenn man bestimmte Abläufe beobachtet. Und jetzt kommen wir auf die Grazer Situation. Wir haben eine Diskussion geführt über Reininghaus, wozu die Grünen ihre Position die ganzen letzten drei Jahre nicht verändert haben, wir stehen dazu, wir sind überzeugt davon, dass Reininghaus, wenn es ökologisch entwickelt ist, eine optimale Chance für die Stadt darstellt und dass die Stadt sich dort selbst engagieren soll, hat sich nicht verändert. Wir haben auch nach schwierigen Diskussionen, nachdem wir dem BürgerInnenbefragungsmodell, wie es damals abgestimmt wurde, nicht folgen konnten, weil es nicht ausgegoren wirkt, Christina Jahn hat da schon einiges ausgeführt, haben wir uns, als die Idee aufkam, Reininghaus abzufragen, dazu durchgerungen zu sagen, ok, befragen wir es, und auch das hat sich generell nicht geändert. Aber, und da bin ich jetzt bei dieser Nicht-mehr-Unterscheidbarkeit zwischen ernst gemeintem Bemühen um diese Stadt und parteipolitischem Kalkül und da habe ich doch einige Erfahrungen sammeln können. Nicht nur in den letzten Wochen...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Euer Rückzug.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: ...aber jetzt besonders in den letzten Tagen. Da gibt es eine Diskussion über eine Befragung, die angeblich BürgerInnen ernst nehmen soll, Bürgerinnen und Bürger im Vorfeld Information vermitteln soll und Bürgern und Bürgerinnen die Möglichkeit geben soll, eine klare Entscheidung zu treffen. Während wir diese Diskussion führen, läuft eine ÖVP-Kampagne an, während wir in der Diskussion sind, jeder hat die Druckstreifen lesen können, wenn man nicht genau hingeschaut hat, hat man hier nicht unterscheiden können, ob es jetzt die Zeitung abdruckt oder die ÖVP bezahlt hat, war ja sehr gut gemacht, aber doch sehr durchsichtig. Eine Kampagne, die eine Propaganda zum Thema Reininghaus bedeutet hat, parallel zu Gesprächen darüber, wie eine seriöse, objektive, gut vorbereitete BürgerInnenbefragung ablaufen soll. Im Nachhinein gab es so einige Dinge, und es geht jetzt nicht um Szenen einer Scheidung oder was auch immer, ich bin überhaupt mit diesem Ehevergleich, denke ich mir, es bringt niemandem was, weil es nie eine Ehe war, aber manche Dinge, dass jedes Mal, wenn eine Entscheidung in dem Raum gestanden ist, schon ein Paket da war, eine Druckstrecke oder eine vorbereitete Kampagne und es ziemlich viel Kraft gekostet hat, immer wieder klar zu definieren, dass wir hier in einem politischen Gremium sind, nicht in einem Auftraggebergremium für eine Beauftragte der ÖVP, das ist schon etwas, was sich jetzt genau parallel zu dieser BürgerInnenbefragung wieder sehr deutlich gezeigt hat, hier war etwas sehr auf Zeitdruck, auf Terminplan aufgebaut und da war überhaupt kein Interesse da, das inhaltlich so astrein fertigzubesprechen, dass man dann wirklich auch zu einem den Menschen gegenüber gut argumentierbaren Projekt kommt. Deswegen bin ich ganz neugierig, wie die Sozialdemokratie, die wirklich einen Wackelkurs zum Thema Reininghaus in den letzten Jahren gehabt hat und so oft, wie ich den Klubobmann in den letzten Jahren umfallen habe gesehen von der SPÖ, bin ich ganz gespannt, wie das noch weitergeht. Ich habe den Eindruck, bei dem, was hier unter politischer ernst gemeinter Diskussion über direkte Demokratie verkauft wird, es geht um nichts anderes als um ein Vehikel für politische Ratlosigkeit (*Applaus Grüne und BZÖ*). Demokratie, die ändert sich spürbar rundherum, wir wissen, dass wir nicht mehr davon ausgehen können, dass in zehn Jahren die Demokratie noch so

funktionieren wird, wie sie jetzt funktioniert, dass sie im Wandel begriffen ist, ist uns allen bekannt, aber jetzt so zu tun, als würde man sie ganz neu erfinden und den Kontakt zum Bürger neu erfinden, indem man Befragungsmodelle macht zu Dingen, die eigentlich schon längst im Hintergrund mit Versprechungen oder was immer schon mit Zeitplan alles schon fixiert ist, das ist wirklich eine ganz heftige Absage an das Ernstnehmen von Bürgern und Bürgerinnen. Und in dem Sinn ist mit dem, was in den letzten Wochen passiert ist, der wesentlich nachhaltigere Schaden entstanden, was das Vertrauen von Bürgern und Bürgerinnen in die Politik in dieser Stadt angeht (*Applaus Grüne, FPÖ und Mag. Mariacher*) und da geht es nicht um den Koalitionsbruch. Der Koalitionsbruch, das ist so ein I-Tüpfelchen nach einer langen Geschichte, da gibt es einiges, was sich inzwischen herauskristallisiert hat, dass es da viele Punkte gegeben hat, die nicht mehr tragbar und nicht mehr tragfähig waren innerhalb der ÖVP, soll so sein, aber die direkte Demokratie wird hier missbraucht, wenn man sie reduziert auf eine Möglichkeit, ganz schnell etwas durchzudrücken, was man sowieso schon längst mit irgendjemandem vereinbart hat. Das ist etwas, wo wir uns nicht mehr vor den Karren spannen lassen (*Applaus Grüne*), wir werden weiterhin dafür eintreten, dass in Reininghaus ein Öko-Stadtteil entwickelt wird, das nachhaltige Stadtplanung, Stadtentwicklungspolitik passiert, und wenn es zu einer seriösen Befragung kommt, sind wir dabei, aber dann würde ich doch darum ersuchen, dass man manche Mechanismen, die da schon längst ins Laufen geschickt worden sind von der ÖVP, doch wieder einstellt, weil einseitige Propaganda verträgt sich nicht mit objektiver BürgerInneninformation und das ist die Voraussetzung für jede sinnvolle Befragung. In dem Sinn werden wir ja sehen, was in den nächsten Tagen noch an Überraschungen auf uns wartet (*Applaus Grüne*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 15.35 Uhr den Vorsitz.

GR. **Schneider**: Das kann er gerne tun, der Herr Bürgermeister, eine Pressekonferenz halten, aber am besten nicht, während der Gemeinderat tagt (*Applaus Grüne*). Sehr geehrte Damen und Herren! Ich finde ja nicht nur, dass der Herr Bürgermeister mit dieser Vorlesung über direkte Demokratie, die er gerade da vorne gehalten hat, die BürgerInnen und eben BürgerInnenbeteiligung missachtet, nein, er missachtet hier auch die gewählten Vertreterinnen und Vertreter dieser Stadt (*Applaus Grüne*). Aber gut, ich habe ein bisschen länger Zeit zu reden, vielleicht kommt er ja inzwischen wieder herein. Ganz im Ernst, ich muss dem Herrn Bürgermeister für diesen Vortrag über BürgerInnenbeteiligung, das ist ein glattes Nichtgenügend, das muss man sagen. Dieses Instrument, von dem hier die Rede ist, und dieses Instrument dieser BürgerInnenumfrage, das wir hier geschaffen haben in Graz, ist weit entfernt von einer BürgerInnenbeteiligung. Das ist ein Instrument, ein total herrschaftliches, ein total hoheitliches Instrument, wo von oben eine Frage offensichtlich, wie das jetzt gemacht wird, in kurzer Zeit den BürgerInnen zum Fraß vorgeworfen wird, friss oder stirb. Informationen werden nicht ausreichend zur Verfügung gestellt, es bleibt weder Zeit noch werden Ressourcen zur Verfügung gestellt, dass auch die Zivilgesellschaft überhaupt einen Diskurs führen kann über die Fragen, die hier gestellt werden. Wo soll da die BürgerInnenbeteiligung sein? Das ist reines Instrument, das womöglich der Eitelkeit von ein paar Leuten, die tatsächlich Fragen hier abstimmen lassen, die suggestiv gestellt sind...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Krامل: *Das waren doch eure Vorschläge. Das war abgestimmt.*

GR. **Schneider**: ...die suggestiv gestellt sind und wo die Informationen nicht entsprechend zur Verfügung stehen, was dahinter steht, wie der genaue Plan

ausschaut. Bei diesem Instrument, wo ist denn hier die Möglichkeit, dass auch die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt dieses Instrument in Kraft setzen können, das ist hier gar nicht vorgesehen und das soll BürgerInnenbeteiligung sein? Das ist ganz bestimmt nicht BürgerInnenbeteiligung...

Zwischenruf GR. Herper: Was meinst du damit?

GR. **Schneider:** ...und hier wird ständig von der Schweiz etc. gesprochen. Dass das in der Schweiz so gut funktioniert und dass das in der Schweiz einen derart guten Dienst auch für eine eher positive Stimmung im politischen System sorgt, das ist ja gerade der Punkt, dass die Bürgerinnen und Bürger auf mehrfache Art und Weise und in mehreren Stufen von politischen Verfahren selbst diese Verfahren einsetzen und auslösen können und ihnen nicht von oben was zugeworfen wird. Das Instrument, wie wir es in Graz haben, ist ein typisches Instrument nicht für die BürgerInnen, sondern für die Parteien, für die Stadtregierung, die eigentlich nur die Ressourcen haben, erstens sie können es nur einsetzen das Instrument, zweitens auch die Ressourcen, dann entsprechend die Stimmung zu machen, sind ja wieder nur konzentriert. Also das ist eine BürgerInnenbefragung, die den Parteien nützt und die nicht den BürgerInnen zur Verfügung steht, da irgendwas beitragen zu können, auch wie hier Pro- und Kontratexte verwendet werden beziehungsweise formuliert werden, das ist ja auch total hoheitlich nur angesiedelt. Ich finde es ja schade und die ÖVP entlarvt sich ein bisschen selbst, sie inszeniert, das haben wir ja vor den letzten Wahlen auch gesehen, ein bisschen BürgerInnenbeteiligung, allerdings auf eine Art und Weise, wo nichts schiefgehen kann im Sinne der ÖVP und wo alles in geordneten Bahnen nur abläuft. Es hat das zweifellos nicht schlechte Instrument des „Zeit für Graz“ vor den letzten Gemeinderatswahlen gegeben, waren gute Diskussion, nur es

hätte da nichts schiefgehen können und man ja dann auch, wenn man sich die Umsetzung anschaut von dem, was dort erarbeitet wurde, da fehlt noch einiges. Zum Glück hat es dann ein paar Bürgerinnen und Bürger gegeben, die im Rahmen von „Mehr Zeit für Graz“ nicht lockergelassen haben und es erkämpft haben, dass es einen BürgerInnenbeirat gibt, der wird ständig schlecht informiert, der wird ständig eigentlich an den Rand gedrängt und man merkt, dass der Herr Bürgermeister und die ÖVP, ein Großteil der ÖVP, nicht so übermäßig gut heißen. Was anderes ist auch noch interessant bei der ÖVP in Graz. Ihr habt bei den letzten Wahlen etwas sehr interessantes gehabt, wo ich eigentlich neidisch bin, was ich für meine Partei sehr gerne hätte, ihr habt eure Gemeinderätinnen und Gemeinderäte mit einem Vorzugsstimmensystem bestellt, das halte ich für sehr sinnvoll im Sinne, dass es mehr Mitbestimmung gibt von den Bürgerinnen und Bürgern. Wie ich höre, will man von diesem System wieder abgehen, also soviel...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Was du alles hörst.

GR. **Schneider:** ...zum Thema, wie die ÖVP in Wirklichkeit zur BürgerInnenbeteiligung steht.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Potzinger: Ohren waschen.

GR. **Schneider**: Keine Sorge, wir werden das schon sehen, wie ihr das macht. Ich finde das nur interessant, es hat ja durchaus Stellungnahmen aus euren Reihen gegeben zu diesem Thema. Der Herr Bürgermeister ist bis jetzt nicht aufgetaucht, ich sage nur, wenn wir hier eine BürgerInnenbeteiligung, die diesen Namen verdient, in Graz schaffen wollen, dann müssen wir zu ganz anderen Instrumenten übergehen, dann kann das nicht so ein von oben gesteuertes, in kurzer Zeit über eine Frage, wo die BürgerInnen ja auch nicht mitgestalten können, was eigentlich gefragt wird, das wird ja nur von hier entschieden, abstimmen können, sondern dann muss man Informationen entsprechend zur Verfügung stellen, dann muss man Ressourcen zur Verfügung stellen und dann muss man diese Instrumente in die Hand der Bürgerinnen und Bürger geben und nicht solche, und der Name des Ganzen, BürgerInnenenumfrage, sagt ja schon genug über das Instrument auch aus. Dann muss man da einen anderen Weg beschreiten, ich hoffe, dass das gelingen wird, in Zukunft hier auch einen anderen Weg zu beschreiten und in diesem Sinne vielen Dank für die Aufmerksamkeit (*Applaus Grüne*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 15.40 Uhr den Vorsitz.

GR. **Rajakovics**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht ist es doch deutlicher geworden an der Wortmeldung des Kollegen Schneider, wo es dann letztlich hapert in der Zusammenarbeit, wenn bei Basisthemen, die man eigentlich den Grünen so unterstellt, die zumindest auch von Seiten der Grünen gegenüber uns immer wieder geäußert werden, nämlich stark Einbeziehen der Menschen, mitreden lassen, befragen, wenn dort dann ein Kurs gefahren wird, der für uns nicht nachvollziehbar ist. Und zu beiden Themen, ob jetzt Umweltzone oder auch Reininghaus, glaube ich nicht, dass da irgendjemand einen Schnellschuss macht. Seit Jahren sind beides

Themen dieses Hauses, der Medien etc. Wir haben 2007, damals noch mit dem Kollegen Ferk, eine Förderung für die Dieselpartikelfilter eingeführt mit dem Hinweis darauf, dass wir diese Förderung gewähren, weil es Fahrverbote für Autos geben wird, die keinen Dieselpartikelfilter haben. Jetzt haben wir das Jahr 2012 und wir stehen dazu, dass diese Umweltzone kommen soll und es gibt aber auch sehr medial breit gestreut, offensichtlich, wenn es stimmt, was da an Unterschriften gesammelt wird, sehr viele, die scheinbar anderer Meinung sind und ich glaube, dass es gescheit ist, dass man sich noch einmal die Unterstützung der Menschen holt und das ist nicht Vorführen, parteitaktisches Vorführen...

Zwischenruf Bgm.-Stv.in Rucker: Das ist ein billiger Ausstieg.

GR. **Rajakovics:** ...das ist auch ein bisschen eine Notwehr, weil letztlich die letzten Wochen in der Umweltzone sehr allein dagestanden sind, weil nur der Bürgermeister die ganze Zeit das verteidigen hat müssen und von anderen Partnern das eher aus dem Hintergrund verfolgt wurde (*Applaus ÖVP*). Die Umweltzone ist keine Sache, die von heute auf morgen gekommen ist, die haben wir bereits mit dem Wegscheider beschlossen, wir beide, Grün/Schwarz, das ist sehr lange schon ein Thema und es ist gut, wenn wir das noch einmal fixieren, weil letztlich ja nicht wir das entscheiden können, sondern wir müssen diese ganze Umweltzone ja auch mit einer entsprechenden Unterstützung der Grazerinnen und Grazer an das Land Steiermark schicken, damit das dann tatsächlich auch Wirklichkeit wird und das ist der Grund, warum wir uns diese Unterstützung der BürgerInnen von Graz oder auch die Absage, das ist ja offen letztlich, darum gibt es ja eine BürgerInnenbefragung, warum wir diese Befragung haben wollen. Und auch zum Thema Reininghaus, wir sind seit Jahren jetzt dabei, zum Thema Reininghaus und die Möglichkeiten zu diskutieren. Wir

haben sogar einen entsprechenden Plan entwickelt, wie soll dieses Reininghausareal entwickelt werden, und jeder von euch und auch vor allem auch in Richtung kommunistische Fraktion immer dann, wenn in irgendeinem Quartier oder auf irgendeinem freien Platz ein Wohnquartier entsteht und ein Aufschreien der Bürgerinitiativen ist, kommen ein paar und sagen, könnten wir nicht als Stadt Graz das kaufen, weil das ist schon blöd, wenn dort gebaut wird und es ist eh schon alles so dicht, können wir nicht was machen. Und die Bürger und wo wir rechtlich gar keine andere Möglichkeit gehabt haben, als dem Bauträger das zu ermöglichen, weil es eben nur sehr wenig Instrumente sind, die wir als Stadt Graz in der Hand haben, ihm vorzuschreiben, ob er ein bisschen höher, ein bisschen tiefer, ein bisschen dicker, ein bisschen schöner, ein bisschen schiacher baut, weil wir sehr wenige Möglichkeiten haben, ist es für uns wichtig, dass wir nicht, wie in solchen Fällen, wo wir dann sagen müssen, leider, liebe Bürgerinitiativen, das ist das Recht des Besitzers, es gibt eine Dichte und im Rahmen der Dichte darf der bauen. Und wir haben nicht das Geld, ihm jetzt jedes Mal, wenn wir irgendwo eine Grünfläche haben, ihm das abzukaufen, aber wir haben jetzt die einmalige Möglichkeit zwei Kilometer von der Innenstadt, ein fast gleich großes Areal, um 145 Euro zu erwerben und auch das ist alles ungefähr gleich, wie wir es seit drei Jahren diskutieren. Jeder in Graz hat das mitbekommen, um was es da geht und es ist überhaupt nicht wahr, dass da irgendjemand überfahren wird und dass dies parteipolitisch und ruck-zuck ist. Faktum ist, dass dieses Paket am Tisch liegt, dass es lange diskutiert worden ist und dass viele Menschen sehr wohl ein Gefühl dafür haben, ob sie wollen, dass die Stadt Graz das selbst entwickelt oder ob sie auch mit den Erfahrungen, die sie machen in ihrer Nachbarschaft, wenn was gebaut wird, glauben, dass die Investoren eh so bauen, wie die Stadt Graz sie bittet, also Entschuldigung, ihr wisst alle, dass es einen großen Unterschied macht, ob du als Besitzer etwas ausmachst mit einem Investor oder ob du über die Stadtplanungsinstrumente das vorschreiben kannst, das ist ja eine Illusion von euch (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR.in Binder: Wovon redest du, Thomas?

GR. **Rajakovics:** Und genau deshalb möchten wir eine BürgerInnenbefragung, und zwar nicht eine BürgerInnenbefragung in der Intensivwahlkampfphase, sondern die BürgerInnenbefragung in der Zeit davor, wo man in Ruhe darüber diskutieren kann. Und, wie gesagt, informiert sind die Menschen, es ist ja nicht wahr, es sind zum Glück tragen die Medien alle Pro- und Kontraargumente, nach unsere Geschmacksrichtung eher zu viele Kontraargumente, aber es werden doch alle Argumente aufgelistet. Die BürgerInnen sind informiert darüber und sind fähig zu entscheiden, wollen sie einen Stadtteil neu von Seiten der Stadt entwickelt wissen oder nicht und alles andere wird in Ausschüssen, ihr sitzt jeden Montag fünf bis sechs Stunden mit uns zusammen und alle fragen dann. Jetzt tu nicht so, als ob du nichts weißt, Sigggi, ist ja wirklich ein Witz. Also ich verstehe nicht dieses Skepsis gegenüber der Befragung von Bürgern und zum Volksrechtegesetz und die Volksbefragung nach dem Volksrechtegesetz. Der Bindungscharakter ist genau gleich groß wie bei einer BürgerInnenbefragung. Es ist nämlich genau Null, außer wir kommitten uns, dass wir ab einem gewissen Quorum, einer gewissen Beteiligung, es ernst nehmen. Die Volksbefragung hat auch nur Empfehlungscharakter, das ist keine Volksabstimmung, weil eine Volksabstimmung ist auf kommunaler Ebene nicht vorgesehen. Also mit der BürgerInnenbefragung haben die Menschen die Möglichkeit, einen Brief zu Hause zu bekommen und dort Ja oder Nein zu sagen und damit teilzunehmen. Ihr wollt unbedingt, dass die Leute den Sonntag nicht irgendwohin einen Ausflug machen, sondern dass sie mit dem Zettel in der Hand...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Binder: Geh hör auf!

GR. **Rajakovics**: ...ins Wahllokal pilgern, damit ja wenige Leute mitmachen, das ist ja unglaublich von einer Fraktion, die behauptet, dass sie die Menschen, einbinden will (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), es ist unglaublich, eine Fraktion, die ständig von der Basis redet, dass sie zumutet den Menschen ausschließlich im Wahllokal ihre Stimme abzugeben, wo heute alles über elektronische Medien passiert. Also da seid ihr wirklich vom Verbindlichkeitscharakter ... ist das vollkommen egal, ob ich eine BürgerInnenbefragung mache oder eine Volksbefragung (*Applaus ÖVP*). Deshalb bitte, die die sagen Volksbefragung ja, aber BürgerInnenbefragung nein, bitte noch einmal ein bisschen darüber nachdenken, wo der schliche Inhalt wirklich ist. Uns geht es darum, dass möglichst viele Menschen möglichst einfach mitmachen und wir waren immer der Meinung, zumindest die letzten viereinhalb Jahre waren wir der Meinung, dass es gerade der grünen Fraktion ein Anliegen ist, dass die BürgerInnen möglichst leicht und einfach an der Gesellschaft teilhaben können und das möchte ich schon unterstreichen, das was der Bürgermeister am Anfang gesagt hat, diese Parallelgesellschaft, die wird oft apostrophiert, meistens nicht in dem Zusammenhang, in dem Zusammenhang ist Parallelgesellschaft, da ist Bürger, dort die Politiker, denen man nichts mehr glaubt. Diese Parallelgesellschaft zusammenzuführen durch eine BürgerInnenbefragung, ist jedenfalls ein Gewinn (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Lieber Thomas! Wir brauchen da nicht drüber reden, ob Grüne für BürgerInnenbeteiligung sind oder nicht...

Zwischenruf GR. Rajakovics: Oh ja.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Nein, brauchen wir hier nicht diskutieren, ist überhaupt gar keine Frage. Ist auch nie eine Diskussion gewesen in der ganzen Debatte über diese BürgerInnenbefragung. Was wir vertreten haben in der ganzen Debatte war, dass wir eine seriöse, gut vorbereitete haben wollen und das mit dem Seriösen, das kann man auch bei der Umweltzone noch einmal diskutieren. Der Bürgermeister ist deswegen allein draußen gestanden mit der Umweltzone, weil jedes Mal, wenn wir vereinbart haben, wir reden dann öffentlich darüber, wenn wir das Paket fertig haben, am nächsten Tag ihr ausgeritten seid und wieder was Neues behauptet habt zur Umweltzone, soviel zum seriösen Zusammenarbeiten, und zum seriösen Entwickeln etwas, das man dann den Menschen auch vorlegen kann. Es war unseriös, wie hier gearbeitet wurde, was die Vorbereitung für die Befragung anbelangt und das haben wir kritisiert, nicht, dass es in dem Zusammenhang zu einer Befragung kommt. Und das ist der Punkt, wo wir einfach so nicht zusammenkommen werden.

GR. **Dreisiebner**: Thomas Rajakovics behauptet doch allen Ernstes jetzt im Nachhinein, um vielleicht noch einiges glattzubügeln, was nicht mehr glattzukriegen ist, nämlich mangelhafte Begründung für den Koalitionsbruch durch den Herrn Bürgermeister. Ja, es war ganz klar vereinbart in den Sitzungen, ein Modell für die Umweltzonen fertigzudiskutieren, fertigausarbeiten zu lassen von unseren Expertinnen und Experten und das dann gemeinsam im Juni, ich könnte hier auch das Datum sagen, zu präsentieren. Aber mittlerweile wird dann halt Geschichte geklittert, Rajakovics, jetzt rede ich, lieber Kollege, jetzt rede ich, wird Geschichte geklittert und man sagt, wir haben euch allein gelassen, Lisa Rücker hat euch allein gelassen. Dem ist nicht so. Zum eigentlichen Thema Reininghaus. In Bezug auf die Raumordnung bitte ich dich, mit dem Kollegen Topf in deiner Fraktion Kontakt aufzunehmen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), weil wenn du sagst, wenn jemand Anspruch auf eine Dichte hat usw. dann kann man nicht verhindern, was der wie baut. Gilt im Bauverfahren, gilt nicht im Bebauungsplanbereich und gilt nicht in

anderen weiter oben anstehenden Bereichen, aber Georg Topf und auch ich können dir das nachher noch im Detail sagen. Das heißt, wir können jetzt im Bereich der Raumordnung sehr wohl auch als Nichteigentümer bei Bebauungsplanpflicht, bei Architekturwettbewerben, die ausgeschrieben sind, sehr wohl vorgeben, wo es hingehet, denke an den Andreas-Hofer-Platz, wo man über die Quadratmeterzahlen reden. Die Diskussion, sind die Grünen gegen BürgerInnenbeteiligung, gegen BürgerInnenumfragen, und wie schade ist es denn, wenn man am Sonntag nicht rausfahren kann. Erstens gibt es die Briefwahl, zweitens gibt es den vorgezogenen Wahltag, drittens gibt es Wahllokale, die sehr lange offen haben, das heißt, ich kann sehr spät wählen und trotzdem meinen Sonntag genießen. Es gibt sehr viele Möglichkeiten und wenn man dann noch behauptet, der elektronische Weg ist einer, BürgerInnenrechte- und -pflichten wahrzunehmen, sprich abzustimmen, zu wählen oder bei einer Befragung mitzutun, sei ganz normal, dann muss ich das in Abrede stellen. Das einzige Mal, das Ähnliches passiert ist, war eine Wahl der Österreichischen Hochschülerschaft und die ist aufgehoben worden. Alle anderen Wahlen gehen noch immer analog und das hat auch seine Gründe. Was uns stört, was wir in den ganzen Verhandlungen in den letzten zwei/drei Wochen auch immer wieder eingebracht haben in Sachen Reininghaus, war ein großes Informationsdefizit. Ich kann Menschen nicht in einem kurzen Zeitraum unter Ausstreuerung von Werbeaussendungen mit wunderschönen Renderings und gebürsteten Worten und Sätzen aus der Werbeagentur, von wem auch immer, damit abspeisen und dann sagen und jetzt entscheide bitte. Es gibt nur ein paar Eckpunkte, die bekannt sind, wie groß ist das Ding, was kostet das Ding und das war es, was wollen wir, ist sehr sanft umschrieben. Von unserer Seite wurde frühzeitig eingefordert, ein Gemeinratsstück rechtzeitig vor der BürgerInnenbefragung fertigzumachen und zu veröffentlichen, in dem ganz klar festgehalten wird, wie soll diese nachhaltige, lebenswerte, ökologische, sprich: autoarme, energieautarke und sozial verträgliche Entwicklung von Reininghaus passieren. Das ist für uns ein Teil von Information...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Krampl: Warum hast du nicht gefragt? Du hast immer böse geschwiegen.

GR. **Dreisiebner:** Nein, ich habe nicht böse geschwiegen, nein, wir haben auch solche Dinge zum Beispiel ins Argumentarium eingebracht, egal, es mag sich vielleicht der eine oder andere nicht mehr erinnern, einfach die E-Mails wieder aufmachen und dort findet ihr dann alle Unterlagen. Es gibt von uns Unterlagen, auch die ÖVP hat von uns Unterlagen. Und wir werden weiterhin im Bereich der Reininghausfragestellung, wenn die BürgerInnenbefragung jetzt in kurzer Zeit kommt, darauf beharren und darauf Wert legen, dass wir diese Klarheit entlang von Entwicklungsqualitäten und anderen Eckpunkten haben wollen. Wie soll dort der Verkehr abgewickelt werden, was sind dafür die Rahmenbedingungen, denn wenn man davon redet und schreibt, dass 12.000 Menschen mehr in diesem Stadtteil wohnen sollen und noch mehr dort arbeiten sollen und wir wissen, dass jeder zweite Grazer und jede zweite Grazerin über ein Kfz verfügt, dann könnt euch vorstellen, Peter Piffli höre zu, dann könnt euch vorstellen, was da an zusätzlichem Verkehr passieren wird. 6.000 Autos mehr in Graz, wenn man das auf konventionelle altmodische Art und Weise des 20. Jahrhunderts entwickelt, dann geht Eggenberg unter Peter Piffli-Percevic und der Rest von Grazer Westen im Autoverkehr unter. Und all diese Dinge, um die spielt ihr euch herum, wir haben einen unverbindlichen Rahmenplan, glaubt denn wirklich irgendwer, der Investor, der da morgen um den Kauf ansteht (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), wird dann nachher aufgrund dieses Rahmenplanes sagen, ja natürlich wollen wir in die Richtung entwickeln, nein, entweder ich habe es festgemacht oder ich habe es nicht festgemacht. Wir fordern das ein, das Gemeinderatsstück muss fertig sein, bevor die Befragung passiert, damit die Menschen eine ausreichende Informationsunterlage und Grundlage haben. Ähnliches gilt für die anderen Fraktionen, die andere Fragen stellen, nämlich welche Gesellschafterstruktur, wer soll das alles organisieren,

verwalten und wie ist es um den Einfluss der Stadt Graz bestellt und wie schaut es mit den Krediten aus? Diese Dinge müssen alle klar auf den Tisch und das habt ihr über Wochen nicht getan, liebe Freunde und Freundinnen von der ÖVP, und die SPÖ sagt ja auch ganz großartig, wir haben einen Fragenkatalog formuliert und wenn wir die Antworten haben, tun wir den veröffentlichen den Katalog. Wieso veröffentlicht ihr, liebe Martina Schröck, nicht jetzt schon den Fragenkatalog, das wäre ein interessanter Zugang in der Sache (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungslocke*)? Die SPÖ fährt sowieso einen sonderbaren Kurs (Applaus Grüne), was fällt mir da ein, 40.000 Gespräche und mehr, ich habe es nie wirklich glauben wollen von der Martina Schröck, aber jetzt glaube ich es, 40.000 Gespräche in Eile, in Hektik, Tag und Nacht mit der ÖVP und dann vor allem noch mit den innerparteilichen Ausreitern, wie dem Klubobmann Herper usw., die sich um die Personalpolitik der SPÖ Sorgen machen und um sonst schon nichts mehr.

Zwischenruf GR. Schröck: So viele sind eh nicht mehr zu versorgen, ist eh schnell fertig.

GR. **Dreisiebner**: Glaube mir, die haben im Hintergrund noch genug Sorgen in dieser Richtung. Also das sind für uns Grundlagen, die da sein müssen und ohne diese Grundlagen können wir ein inhaltliches Ja aus meiner Sicht zu dieser Reininghausvolksbefragung nicht abgeben, und für mich stellen sich einige andere Fragen in der Folge dann auch, denn eine konventionelle, nach hinten gerichtete Entwicklung mit massiv zuwachsendem Autoverkehr ist für die Stadt schädlich, ist für die Verkehrssituation, für die Gesundheitssituation und für die Lebenssituation der Menschen schädlich. Eine nach vorne gerichtete Entwicklung der Stadt Graz müsste ich im Vorfeld festschreiben, nämlich mit Zahlen, Daten und Kanten befüllen, wie soll

diese ökologische Stadt, Ökostadt Reininghaus aussehen. Das fehlt uns, das kann bitte noch geliefert werden, darüber können wir gerne weiterreden und dann werden wir wie bisher Ja zu Reininghaus sagen. Denn wir wollen diesen Erwerb nur dann mittragen, wenn wir wirklich etwas entwickeln, was nur die Stadt entwickeln kann und keine Privaten tun (*Applaus Grüne*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.00 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Ich übernehme wieder den Vorsitz, möchte aber auch darauf aufmerksam machen, dass wir ja zwei Tagesordnungspunkte haben, die wir, glaube ich, jetzt laufend vermischen. Das eine ist das Thema der Bürgerbeteiligung, das zweite sind dann die Informationen zu Reininghaus. Manche wollen schon jetzt direkt bei Reininghaus auch gerne Antworten sagen, aber wir sind noch beim Tagesordnungspunkt Bürgerbeteiligung. Wenn alle einverstanden sind, gehen wir jetzt dann zum Tagesordnungspunkt zwei oder möchte noch jemand zur Bürgerbeteiligung ...bitte.

GR.ⁱⁿ **Binder**: Also der Thomas ist jetzt nicht da, aber es war irgendwie ein schlechtes Kabarett, ach der Thomas ist eh da, Thomas, das war irgendwie eine schlechte Kabarettnummer. Ich habe so den Eindruck, das ist von euch aus, lieber Thomas, irgendwie wie ein Sturm im Wasserglas, wenn ihr den Grünen da jetzt ganz aufgeregt und ganz aufgebracht vorwerfen wollt, wir wären nicht für Bürgerbeteiligung. Ihr, lieber Thomas oder sehr geehrte Herr Bürgermeister, die ÖVP in der Koalition, wart es, der es immer viel zu langsam gegangen ist mit uns in sehr wichtigen Fragen und

zwar warum, weil wir in sehr wichtigen Fragen unsere Menschen, unsere Mitglieder sehr ernst nehmen und in sehr wichtigen Fragen sie immer sehr intensiv auch eingebunden haben. Da hat es nicht nur einmal geheißen, das geht zu langsam, so kann das nicht weitergehen, das ist irgendwie sogar ein bisschen mit Stillstand verbunden worden, was ich überhaupt nicht verstanden habe. Herr Bürgermeister, wieso habe ich manchmal das Gefühl, dass Demokratie oder Instrumente der Demokratie zu einer Farce bei Ihnen werden? Das habe ich mich jetzt auch in dieser Diskussion gefragt. Es ist mehrmals heute gekommen, dass Demokratie ersetzt, nicht ersetzt, sondern ergänzt werden muss, ja, die repräsentative Demokratie muss ergänzt werden durch Instrumente direkter Demokratie, aber soviel kann ich Ihnen sagen, ich bin schon bei den Menschen dort, die mit dieser repräsentativen Demokratie in dieser Form nichts mehr anfangen können und die aber auch keine Demokratie light wollen und das ist das, wo Sie hingehen, Herr Bürgermeister, Demokratie light, das ist mit Unterstützung auch der Genossen von der SPÖ, wobei ich überzeugt bin, dass einige nur zähneknirschend dem zugestimmt haben, aber immerhin es war eine Zustimmung, das ist es. Denn ich erinnere mich noch sehr gut, wie das mit dem Atomkraftwerk Zwentendorf war, dem Kreisky hat man viel nachsagen können, irgendwie bin ich aber gestanden auf ihn, weil er war zumindest hart im Einstecken. Er hat nämlich dann akzeptiert, was dabei herausgekommen ist, aber vorher hat es in ganz Österreich Foren gegeben, Diskussionsforen mit Expertinnen und Experten, mit Politikerinnen und Politikern und ich kann mich erinnern, der große Saal der Arbeiterkammer war bumvoll damals mit Menschen, die informiert werden wollten und von diesen Informationsveranstaltungen hat es einige allein nur in Graz gegeben und dann kam der große Moment und dieser Moment ist dann eben sehr qualifiziert, sicher kann ich sagen für mich sehr qualifiziert, weil mir hat es getaugt das Ergebnis, aber nur so kann ich mir auch eine ernstzunehmende Befragung vorstellen. Die Befragung, die hier im Gemeinderat mit knapper Mehrheit beschlossen wurde, ich muss mich halt auch immer wieder fragen als Politikerin, worauf fußt sie? Wir sind in einem Rechtsstaat und im Rechtsstaat sind die Instrumente sehr, sehr gut verankert, die Leute haben sich ja was gedacht, die diese

Instrumente entwickelt haben, die unsere Verfassung entwickelt haben, die die Rechte von uns Bürgerinnen und Bürgern entwickelt haben, die haben sich was dabei gedacht und sind nicht auf dieser Oberfläche hängen geblieben, das ist das, wo ich nicht verstehe, warum Sie, Herr Bürgermeister, federführend für diese Geschichte sind, machen wir alles ein bisschen oberflächlicher und die Leute kommen dann schon. Ich weiß, Demokratie...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Niederschwellig.

GR.ⁱⁿ **Binder**: Nein, das ist nicht niederschwellig, es ist oberflächlicher und die Menschen die verstehen das, wir dürfen die Menschen nicht unterschätzen. Der Thomas Rajakovics meint, wir würden, weil wir dem kritisch gegenüberstehen, sozusagen den Menschen eine Möglichkeit nicht geben wollen. Stimmt ja nicht, das wissen Sie, Herr Bürgermeister, ganz genau, das weiß der Kollege Rüschi, das wisst ihr alle. Wir haben hineingebissen in das saure Zuckerl, das Sie uns mit dieser BürgerInnenbefragung gegeben haben und haben gesagt, na ja, dann machen wir es halt, aber vorher muss etwas anderes passieren und das haben Sie nicht gemacht. Das hat die ÖVP nicht gemacht...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic unverständlich.

GR.ⁱⁿ **Binder**: Du wirst Zeit zum Kirchengehen haben, brauchst keine Angst haben, das wird kein Problem sein (*Applaus Grüne*). Lieber Peter Piffli-Percevic, ich habe schon gesagt, tu Buße, es ist einiges, wo du Buße tun solltest. Nur mehr eines zur BürgerInnenbeteiligung. Wir haben im letzten Gemeinderat oder im vorletzten Gemeinderat ein Stück beschlossen, in dem ganz klar drinnen steht, dass die Beiräte, in denen Bürgerinnen und Bürger tätig sind, gestärkt werden sollen. Ich warte ganz konkret jetzt auf diese Schritte, die da beschlossen wurden und bin neugierig, ob wir im Oktober, im November schon oder spätestens im Dezember die ersten Berichte auch bekommen, wie diese Beiräte ernst genommen auch eingebunden wurden in Ihre Politik, nicht nur in Ihre Politik, sondern in die Politik aller hier vertretenen gewählten Stadträtinnen und Stadträte. Wir hatten das Modell „Zeit für Graz“, das hat uns sehr, sehr viel Geld gekostet in der vorigen Gemeinderatsperiode, ich schätze so an die 800.000, mehr oder? 600.000 Euro waren jedenfalls beschlossen im Gemeinderat, es hat ein bisschen mehr gekostet. Gerhard Rüschi meint nein, gut, will es ihm glauben, aber es hat trotzdem eine Menge Geld gekostet. Wir haben aus diesem „Zeit für Graz“ mit Hängen und Würgen und auch nur, weil einige BürgerInnen so hartnäckig geblieben sind, dieses „Mehr Zeit für Graz“ dann gehabt. Aber entwickelt, mehr Instrumente der direkten Demokratie daraus entwickelt wurden nicht, dafür ist sehr viel Geld aufgewendet worden für dieses Modell. Na gut, damit lassen ich es auch bleiben, ich weiß, dass dieser Gemeinderat die Meinung zur Befragung nicht verändern wird, auch das ist wieder etwas, wo der Herr Bürgermeister dieses Gremium da herinnen nicht wirklich ernst nimmt, das ist für mich so ein Widerspruch auch. Sie wollen die Bürgerinnen und Bürger, Sie wollen ihnen zeigen, dass Sie die Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen, uns da herinnen nehmen Sie nicht ernst. Also die massive Kritik der Art und Weise, wie befragt wird, das perlt ab an Ihnen, so habe ich den Eindruck (*Applaus Grüne und FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: So, dann kommen wir vor allem zu den offenen Fragen, die immer wieder auch lautstark verkündet werden. Ich darf dann auch bitten, zum Thema Reininghaus diese offenen Fragen jetzt an uns zu stellen. Kollege Rüschi und ich werden versuchen, diese auch gerne zu beantworten.

2) Asset One/Reininghausgründe:
detaillierte Informationen zu offenen
Fragestellungen

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Die KPÖ musste in den vergangenen Tagen und Wochen, seit also über den Ankauf der Reininghausgründe und die damit verbundene BürgerInnenbefragung diskutiert wird, keine Kursänderung vornehmen oder gar pirouettenartige Hochseilakte aus parteitaktischen Gründen vollführen. Wir haben, seit der Ankauf der Reininghausgründe zum ersten Mal auf der Tagesordnung stand, vor rund eineinhalb Jahren einen klaren Standpunkt bezogen. Nein zum Ankauf, nein zur Schuldenfalle Reininghaus. In einem Interview mit einer Tageszeitung sagen Sie, Herr Bürgermeister: „Die Kommunisten müssten ja jubeln, wenn die Stadt die Reininghausgründe kauft.“ Sie wissen natürlich ebenfalls seit eineinhalb Jahren, dass die Kommunisten nicht jubeln, von daher gehe ich auch davon aus...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Warum, das würden wir gerne wissen.

GR. **Eber**: Von daher gehe ich auch davon aus, dass Ihre Enttäuschung oder Ihre Traurigkeit darüber, dass wir heute nicht jubeln, sich in Grenzen halten wird. Denn im

Gegenteil, die Kommunistische Partei warnt davor, diesen Ankauf zu tätigen und diese hochriskante Übernahme durchzuführen. Auch sind für uns noch einige Fragen offen. Es gibt, so hört man, einen Businessplan für die nächsten Jahre, also die Entwicklung der Kosten und der Einnahmen in Zahlen. So vorsichtig oder so beherzt dieser Plan auch gemacht wurde, wer bleibt auf den Kosten sitzen, wenn die Grundstücke nicht zum jeweils geplanten Zeitpunkt verkauft werden können? In einem Lied von Bert Brecht heißt es: „Die im Dunkeln sieht man nicht“, die im Dunkeln sind aber fürwahr nicht immer die besten Leute mit der edelsten Gesinnung. Wer, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, sind die im Dunkeln, wer sind die Hintermänner von Asset One? Können Sie ausschließen, dass Dr. Alfred Müller beispielsweise von namhaften Grazer oder steirischen Investoren nur vorgeschoben wird und andere Investoren eben im Hintergrund die Fäden ziehen? Auch hier gilt meines Erachtens, wer mit der Stadt Graz Geschäfte machen möchte und noch dazu in einem derartig großen Stil, der darf sich auch nicht davor scheuen, vor den Vorhang zu treten und seine konkreten Pläne vorzustellen. 24 Millionen Euro soll die Stadt in eine zu gründende Gesellschaft zahlen. Dieses Geld soll durch den Verkauf von stadteigenen Grundstücken hereinkommen. Stadtrat Rüscher spricht in diesem Zusammenhang gar von einer Vergoldung des Familiensilbers. Tatsache ist aber, diese Grundstücke sind dann für die Stadt Graz unwiederbringlich verloren. Um welche Grundstücke handelt es sich dabei? Wer sind die Käufer? Was ist darauf geplant? Die Erfahrungen, nicht nur in Graz, sondern weit darüber hinaus, zeigen, wer Familiensilber vergolden möchte, dem bleibt am Ende oft nur Blech. Stadträtin Elke Kahr hat bereits in der außerordentlichen Gemeinderatssitzung zu Reininghaus, wie es heute schon angesprochen wurde, am 13. Jänner 2011 auf das folgende Problem hingewiesen: Wenn nun mit Hochdruck unter Einsatz enormer nicht nur finanzieller Mittel und Ressourcen an der Entwicklung von Reininghaus gearbeitet wird, was bleibt dann für die Entwicklung, für die Erneuerung der anderen Stadtgebiete übrig? Durch die Umsetzung kostenintensiver Großprojekte, zum Beispiel die Umgestaltung der Annenstraße, des Bahnhofareals und den Ausbau des Straßenbahnnetzes, zu dem wir uns natürlich auch weiterhin bekennen ist auf absehbare Zeit ein Großteil des

außerordentlichen Budgets gebunden. Die zusätzliche Belastung in Reininghaus, allein durch den Infrastrukturausbau, geht natürlich zu Lasten anderer Bezirke in unserer Stadt. Wir aber wollen eine soziale und eine ökologische, nachhaltige Entwicklung in ganz Graz, daher sagen wir Nein zum Ankauf einer Gesellschaft, von der wir bis jetzt im Wesentlichen nur wissen, dass sie viele Schulden hat. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

GR. **Hötzl:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Mehrere Jahre versuchte die Grundstücksverwertungsgesellschaft Asset One rund um ihren damaligen Mehrheitseigentümer Ernst Scholdan, der die Brauereigründe als Berater des Brauunion-Verkaufs an Heiningen einst erworben hat, das in ihrem Eigentum befindliche Gebiet rund um die ehemaligen Reininghausgründe medienwirksam zu verkaufen. Bisher ohne nennenswerte Erfolge. Erst wurde die Idee, einen neuen Stadtteil zu kreieren, geboren, dann folgte der Versuch, die Liegenschaft zu veräußern und schließlich scheiterten zwei Verkaufsversuche im Endstadium. Einmal mit der Stadt Graz selber, ein weiteres Mal mit dem Petruswerk, ein christlich-katholischer Immobilienentwickler in der Hand eines gewissen Douglas Fernando. Schließlich erwarb ein Mobilienspekulant und Verwerter namens Alfred Müller die Gesellschaft als Mehrheitseigentümer und setzte als Vorstandsvorsitzenden einen bekannten Grazer Rechtsanwalt, Dr. Bernhard Astner, ein. Im Hintergrund wirken vier ungekannte Investoren so wie weiterhin die Steiermärkische Bank und Sparkassen AG als hauptfinanzierende Bank. Es liegt nahe, dass die Investoren und die Bank mit Herrn Scholdan die Geduld verloren haben und sich einen Strohmännchen gesucht haben, Alfred Müller, der die Gesellschaft erwirbt, um dann aus gesicherter Position wieder mit der Stadt Graz in Verhandlungen treten zu können. Derzeit ist das Areal größtenteils als Gewerbegebiet und Freiland ausgewiesen, gemäß des künftigen Stadtentwicklungskonzeptes wurde aber folgende Widmung in Aussicht gestellt: Aufschließungsgebiet mit möglicher Baugebietsnutzung Kern-, Büro-

und Geschäftsgebiet, öffentliche Parkanlagen, Sportplatz, öffentliche Gewässer, Brunnenschutzgebiet, Industrie- und Gewerbegebiet 1, Sanierungsgebiet, fehlende Abwasserreinigung, Industrie- und Gewerbegebiet 1 und 2, teilweise geplante Gemeindestraßen. Wie ersichtlich, wird über das Instrument des Aufschließungsgebietes ein Teppich mit nahezu allen Entwicklungsmöglichkeiten über das Gebiet gespannt. Dies resultiert aus einem Verbesserungsauftrag zum Stadtentwicklungskonzept durch die zuständige Aufsichtsbehörde des Landes Steiermark. Demnach sei eine zum Zwecke der späteren Entwicklung geplante Herausschälung dieses Gebietes aus den städtischen Verordnungswerken rechtswidrig. Daher ist man seitens der Stadt Graz nun den umgekehrten Weg gegangen und hat sämtliche Entwicklungsmöglichkeiten in diesem Gebiet über das Aufschließungsgebiet ausgewiesen. Der neue Vorsitzende des Vorstandes der Asset One AG, Dr. Astner, ist sodann im Zuge einer persönlichen Vorstellung an alle politischen Fraktionen herangetreten und hat in diesem Rahmen mögliche Verwertungsszenarien der Grundstücke dargestellt. Fairerweise muss angeführt werden, dass Dr. Astner seitens der Asset One die Variante des Gesamtverkaufs der Gesellschaft oder der Grundstücke an die Stadt Graz den Vorzug gegeben hat. In der Folge hat nun die ÖVP den Ball sofort aufgenommen und betreibt seither eben diese Vorgehensweise sehr offensiv. Bis zum heutigen Tage wurden hierbei weder die Investoren noch genauere Details über die Vereinbarung mit der Steiermärkischen Sparkassen AG bekanntgegeben. Hier gilt es zu kritisieren, dass der Volkspartei ein alter Beschluss des Gemeinderates als Legitimation dient, um mit den sogenannten neuen Eigentümern in Verhandlungen zu treten. Es stellt sich aber die berechtigte Frage, ob nicht aufgrund der geänderten Situation ein neuer Gemeinderatsbeschluss notwendig gewesen wäre. Zumindest aber hätten der zuständige Reininghausausschuss und der Gemeinderat über die genauen Details und den Verhandlungsstand informiert werden müssen. Dieser Informationspflicht ist die ÖVP bislang konsequent nicht nachgekommen. Zwar wurde ein Redaktionsteam eingesetzt, das die Inhalte einer möglichen Bürgerbefragung erarbeiten sollte, so wie auch ein Alibi-Reininghausausschuss einberufen, detaillierte Antworten blieben

allerdings bislang aus. Es stellt sich also die Frage, warum bislang keine Alternativen zum Kauf der Reininghausgründe erarbeitet wurden und präsentiert wurden. Wäre es nicht sinnvoller, das Projekt über die Instrumente der örtlichen Raumplanung zu begleiten? Die Kosten, Chancen und Risiken einer derartigen Vorgehensweise wurden jedenfalls nicht ausreichend erarbeitet und präsentiert. Nun soll sich die öffentliche Hand stattdessen in eine dubiose Gesellschaftsstruktur einbringen, ohne hierbei genau über geplante interne Verflechtungen Bescheid zu wissen. Ebenso erstaunlich ist der Umstand, dass erstmals in der Geschichte von Reininghaus bares Geld in diese Gesellschaft fließen soll. Bislang hat jedenfalls niemand Geldwerte aus Eigenmitteln in diese Gesellschaft eingebracht. Eine Tochtergesellschaft der Stadt Graz, so der Plan der Volkspartei, soll die angekündigten 24 Millionen Euro vorfinanzieren und die Stadt Graz avisiert eine Refinanzierung über Grundstücksverkäufe in eben dieser Höhe. Wieso sollte die Stadt Graz Grundstücke aus eigenem Eigentum verkaufen, um den Erlös in eine Gesellschaft einzubringen? Auch steht hier wiederholt die Frage im Vordergrund, weshalb nicht über die Instrumente der örtlichen Raumplanung eine Handhabe genützt wird, dieses Gebiet auch ohne wirtschaftliche Beteiligung der Stadt zu entwickeln? Zudem wäre, um Eigenkapital zu bilden, eine Bargeldeinlage gar nicht notwendig. Vielleicht liegt der Grund aber in dem Umstand, dass die Summe von 24 Millionen Euro innerhalb der Gesellschaft nicht das Eigenkapital erhöhen, sondern vielmehr in eine Rückstellung fließen soll. Während einerseits 24 Millionen Euro an Steuergeldern dazu dienen werden, Zinsen zu tilgen, Investoren zu befriedigen und andere uns verschwiegene vertragliche Verpflichtungen der Gesellschaft zu erfüllen, muss die öffentliche Hand die Steuerlast tragen. Wenn nämlich ebendiese Rückstellung zu einem späteren Zeitpunkt einmal aufgelöst werden soll, und dies wird sicher der Fall sein, so fällt hierfür ein Steuersatz um 25 % an Körperschaftssteuer an. Dies resultiert aus dem Umstand, dass der Gesetzgeber die Bildung von Rückstellungen aus fiskalpolitischen Gründen nicht privilegiert behandelt wissen möchte. In diesem Zusammenhang drängen sich bereits weitere Fragen auf, die bislang unbeantwortet blieben. Wurden bis zum heutigen Tag jemals Verbindlichkeiten an die Gesellschaftsgläubiger getilgt oder werden die

Steuermillionen, die die ÖVP in die Gesellschaft einzubringen gedenkt, erstmals für diesen Zweck verwendet? Soll also der Steuerzahler einmal mehr zum Goldesel für Immobilieninvestoren und Geldinstitute werden? Soweit eine beginnende einleitende Positionierung der freiheitlichen Partei, weitere Inhalte werden meine Klubkollegen noch erörtern (*Applaus KPÖ, FPÖ und Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe zuerst einmal, dass die Fragen, die im Tagesordnungspunkt 1 schon inhaltlich genannt wurden, nachher beantwortet werden. Ich möchte aber noch einiges hinzufügen, was bisher noch nicht gesagt worden ist. Die Frage stellt sich, warum die Stadt Graz ein schlechterer Investor ist, zumindest aus der Sicht der Banken, als es die bisherigen Investoren sind. Denn die Stadt Graz muss, um diesen Deal überhaupt machen zu können, 24 Millionen Euro an Eigenmitteln, an Barschaften sozusagen heranschaffen, um überhaupt in diesen Deal einsteigen zu können, mit weiterer Übernahme bekanntlich von 50 Millionen Euro, wo hingegen die bisherigen Investoren, soweit berichtet, bisher alleine nur mit den Grundstücken gehaftet haben und keine Barmittel eingebracht haben. Da frage ich mich, da kann doch wohl etwas nicht mit rechten Dingen zugehen. Die zweite Sache, die sehr bemerkenswert ist, im Reininghausausschuss befragt, wieso 50 Millionen seitens der Banken an Kredite gewährt werden, antwortete Stadtrat Rüschi sinngemäß nach etwas Zögern, was mir aufgefallen ist, dass die Banken bis zu 50 % sozusagen des Wertes einer Immobilie als Belehnungsmaß, als Belehnungswert akzeptieren. Ich habe damals schon gesagt, es kommt mir unglaublich vor und ich habe mich auch informiert von Banken aus den Bezirken Graz-Umgebung, dass bei solchen Deals, noch dazu bei diesem Deal in dieser Größe und diese Möglichkeiten, die sich daraus ergeben im Sinne nachher auch der Teilung, die ja kommen wird, egal welches Modell zum Tragen kommt, ein Belehnungsmaß von 75 bis 80 % absolut üblich ist. Wenn man das dann wiederum auf den Kaufpreis umrechnet, dann sieht man, dass der

geplante Kaufpreis von 75 Millionen Euro zu hoch ist, ich sage es einmal rund um 10 Millionen Euro zu hoch, und interessanterweise ist das genau jener Betrag, den seinerzeit auch die Grünen eingebracht haben, dass sie gesagt haben, eigentlich ist der Preis zu hoch, da schließt sich sozusagen der Kreis der Kette. Eine bemerkenswerte Sache. Ich frage mich auch, wieso diese Annahme immer im Raum steht, auch im Bericht sozusagen der Abteilung, die den vorliegenden Bericht mit der Frage entworfen hat im Magistrat Graz, wieso man immer davon ausgeht, dass kein Risiko damit verbunden ist, weil ja die Grundstücke sozusagen als Sicherheiten im Hintergrund stehen. Hat den niemand beobachtet, dass die Grundstückspreise nicht immer nur nach oben gehen können, sondern das auch Grundstückspreise genauso wie jede andere Ressource des Lebens genauso einer Schwankung unterworfen wird, einem Auf und Ab, so wie das Leben halt auch spielt. Ich erinnere daran an die Immobilienblase in Spanien, die geplatzt ist. Wir haben in Griechenland... stehen wir vor einer Immobilienblase, wo die Investoren, die ihr Geld rechtzeitig ins Ausland geschafft haben, nur darauf warten, günstig wieder in Griechenland einzusteigen, das aber tunlichst erst tätigen werden, wenn der Euro dort abgeschafft und die Drachme wieder eingeführt worden ist, weil dann ist das Geld ja wieder billig. Sie kommen ja mit ihren harten Euros und können sich dann ihr Land, ihren Besitz wieder zu einem Spottpreis zurückholen. Und genauso ist es in vielen Städten Europas, dass wir kurz vor einer Immobilienblase oder schon drinnen stehen, sodass dieser Deal, der hier geplant ist, durchaus unter der Etikette einer Spekulation zu werten ist und das soll man ganz klar dem Bürger sagen. Soll die Stadt Graz spekulieren, dass hier im Reininghaus dieser Deal wirklich entsprechend umgesetzt wird. Und ich sage ganz konkret an die Adresse der SPÖ, die sich hier als Steigbügelhalter dieses ganzen Deals nämlich auftut, wer wird denn dort wohnen nach dem Plan des Herrn Stadtrat Rüscher im Bezirk Reininghaus? Dort werden einige Sozialwohnungen gebaut werden, einige hundert, dort werden gut verdienende Yuppies wohnen, aber es werden dort keine Leute wohnen, keine Hackler, die sich am freien Markt ihre Wohnung selber finanzieren können ohne über Subventionen der öffentlichen Hand. Das sind Äußerungen, die auch von Seiten des ÖGB mitgetragen werden, auch über die

Landesebene hinaus und ich frage mich, warum hier die SPÖ diesen Steigbügelhalter macht, um hier entsprechend einer Umverteilung von den Hacklern...

Zwischenruf GR. Herper: Hast du die Martina Schröck nicht verstanden?

GR. Mag. **Mariacher**: ... an die anderen Bevölkerungsschichten zu machen. Und ich frage mich auch, warum immer noch in diesen Plänen seitens der Stadt Graz rein nur von Wohnungen ausgegangen wird und kein Augenmerk, keine entsprechende Wertung, keine entsprechende Prämisse geschaffen wird, um hier auf diesem Gebiet entsprechende Arbeitsplätze zu schaffen. 1.000 bis 2.000 Wohnungen hat keiner hier etwas hier einzuwenden im Grazer Gemeinderat...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Krampl. Das stimmt ja nicht.

GR. Mag. **Mariacher**: ... aber, dass entsprechende Betriebe entsprechende Flächen brauchen, ansonsten würde man auf diese 13.000 Wohnungen überhaupt nicht kommen. Und eines interessiert die BürgerIn der Stadt Graz auch, nämlich das angeschnittene Thema, wer macht denn den Schnitt, wer macht denn den Profit dieses Deals und ganz sichere Gewinner stehen mit heutigen Datum schon fest. Ganz sichere Gewinner sind einmal die konsortialführende Bank sozusagen, die mit einem Schlag bei Zustandekommen dieses Deals 95 Millionen Euro bar auf die Krallen bekommt, sozusagen ihre Kredithaftung entsprechend verringern kann. Ganz sicher

Gewinner dieses Deals sind Makler, Planer und Baufirmen, die mit diesem Deal zum Zug kommen und denen sozusagen auch eine Zwischenfinanzierung seitens der Stadt Graz mit der kompletten Übernahme der Haftung abgenommen wird. Das soll man dem Bürger sagen und man soll auch dem Bürger sagen, wie viel Euro dieser gesamte Deal, und da geht es nicht nur um die 75 Millionen Euro, die das Investment kostet, da geht es um weitere mindestens 120 Millionen Euro für Investitionsmaßnahmen in die Infrastruktur, da geht es sicher um 50 bis 60 Millionen Euro an Finanzierungskosten, die der ganze Deal im Laufe der Jahre aufwenden wird. Man soll dem Bürger sagen, wie diese Viertelmilliarde Euro, wie das zum Tragen sein wird und ob der Bürger bereit sein wird, zwei- bis zweieinhalbtausend Euro pro Haushalt dafür aufzuwenden, zusätzlich zu seinen bisherigen Abgaben und Steuern, die er zu entrichten hat, damit dieser Deal verwirklicht wird und ein Bürgermeister Nagl sozusagen dann einen entsprechenden Triumpfbogen dort errichten kann, damit er in die Geschichte der Stadt Graz endlich dann wirklich eingeht. Und diese Dinge erwarte ich mir und ich bin gespannt, ob die SPÖ das in ihren Fragenkatalog und ihre Pro- und Kontraargumente aufnehmen wird. Danke.

GR. **Grosz:** Nach dem Vortrag des Helden der Arbeit und des Vertreters der Hackler ist es schwer, na ja, wenn man dem Herrn Mariacher kennt, weiß man, aus welcher Begründung er tatsächlich hier das Wort ergreift. Aber das nur so nebenbei, der sogenannte Held der Arbeit. Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Wir haben ja beim letzten Tagesordnungspunkt dieser Gemeinderatssitzung, die ja nur zwei Tagesordnungspunkte andauert, bereits Fragen gestellt und zwar über alle Fraktionen hinweg, haben aber bis dato noch keine Antwort bekommen. Ich gehe aber davon aus, dass Stadtrat Rück, wie angekündigt, uns die Antworten geben wird, wie wohl ich der Meinung bin, dass die Antworten gar nicht mehr notwendig sind, sehr geehrte Damen und Herren. Denn für die Zustimmung der Sozialdemokratie braucht ihr keine inhaltlichen Antworten geben, das ist der falsche Weg. Für die

Zustimmung der Sozialdemokratie muss es Posten geben, für die Zustimmung der Sozialdemokratie ist der Preis zu zahlen, den Karl-Heinz Herper in Interviews bereits lanciert hat, der Preis, wir haben einen Preis, Freundschaft, das ist für die Sozialdemokratie notwendig, da braucht ihr keine Antworten geben. Wie wohl ich ja genau zugehört habe, die Stadträtin und Parteivorsitzende Frau Schröck hat ja hier gesagt, die SPÖ wird keine Zustimmung erteilen, solange nicht die 21 Fragen beantwortet sind, ist das richtig? Und jetzt hören wir dann drei Redner weiter, dass der Herr Bürgermeister bereits morgen die Präsentation der Befragung angekündigt hat und dann spricht man mit Vertretern der Österreichischen Volkspartei und ihr habt seid gestern bereits die Antworten bekommen. Also was ist das für ein Theaterstück, das uns hier vorgeführt wird, eine SPÖ-Vorsitzende, die hinausgeht und sagt, sie wartet drauf, dass 21 Fragen beantwortet werden, bevor sie sich ziert, überhaupt zuzustimmen und dann kommt man drauf, dass die 21 Antworten gestern schon bei der Sozialdemokratie sind. Sehr geehrte Damen und Herren, lügen Sie nicht ein weiteres Mal diesen Gemeinderat an, sehr geehrte Damen und Herren von der SPÖ, das ist ja eine Farce, was sich hier abspielt. Eure Zustimmung, Genossinnen und Genossen mit dem Nadelstreif, eure Zustimmung ist bereits seit voriger Woche fix paktiert. Euer eigener Klubobmann hat schon den tatsächlichen Preis genannt, und dieser Preis war nicht die Abgabe von Antworten zum Inhalt von Reininghaus. Ihr würdet eure eigene Großmutter verkaufen, da kommt es nicht auf Inhalte drauf an, sondern auf den Kaufpreis, wie man sie ordentlich anbringt, das ist die charakterliche Haltung der Sozialdemokratie. Und nicht umsonst haben mir SPÖ-Mitglieder die letzten Tage mitgeteilt, dass jede ehrbare VertreterIn eines der ältesten Berufe dieser Erde mehr Charakter hat als die Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit in dieser Frage.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Herr Gemeinderat, es hat mit dem Lügen begonnen und jetzt geht es zu weit. Ich ersuche, das zurückzunehmen.

GR. **Grosz:** Nein, ich werde es nicht zurücknehmen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker:** Herr Gemeinderat, wir sind hier in einer sehr heftigen und emotionalen Debatte, aber manche Untergriffe sind nicht notwendig, ich ersuche Sie, das zurückzunehmen.

GR. **Grosz:** Nein, ich werde es nicht zurücknehmen, Sie können mir einen Ordnungsruf erteilen, aber ich werde es nicht zurücknehmen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker:** Ja, ich erteile damit einen Ordnungsruf.

GR. **Grosz:** Herzlichen Dank, ich trage einen Ordnungsruf von einer Vizebürgermeisterin wie einen Orden auf meinem Revers, die Dritte geworden ist, und nach wie vor...

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker:** Die Vizebürgermeisterin, die hier den Vorsitz führt, erteilt einen Ordnungsruf, da kann man drüber erläutern, wie Sie wollen, es ist ein Ordnungsruf erteilt.

GR. **Grosz:** Führen Sie den Vorsitz oder mit mir ein Zwiegespräch?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker:** Als Vorsitzende habe ich Ihnen einen Ordnungsruf erteilt.

GR. **Grosz:** Ist das jetzt ein Zwiegespräch, das ich mit der Vorsitzenden führe oder bin ich jetzt wieder auf meiner Redezeit und darf weiterreden? Gut, den Ordnungsruf einer Vorsitzenden trage ich wie einen Orden auf meinem Revers, einer vorsitzenden Vizebürgermeisterin, die zwar drittstärkste Partei geworden ist, die nächsten acht Monate auf ihrem Amt klammern wird, anstatt dass sie das einzig Richtige in dieser Situation tut, nämlich vorgezogene Neuwahlen ausrichtet, damit wir uns auch die weitere Chimäre in der Reininghausaffäre endlich ersparen und nämlich die Volksbefragung zu Reininghaus mit einer vorgezogenen Neuwahl zusammenzulegen. Ich glaube, das wäre viel sinnvoller. Aber sehr geehrte Damen und Herren von der SPÖ, ich würde die Redezeit stoppen, es gibt heftige Aufregung beim Vorsitzenden.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker:** Zur Sache, Herr Gemeinderat.

GR. **Grosz:** Geht wieder, sehr gut, dann fangen wir weiter an mit der Redezeit. Ich halte es daher tatsächlich so, dass, solange die SPÖ wie ein Steigbügelhalter für die Österreichische Volkspartei und den Bürgermeister hier agiert, eine inhaltliche Befassung zu Reininghaus für komplett unnötig. Weil, sehr geehrte Damen und Herren von der SPÖ, Sie interessiert doch nicht, wem Reininghaus tatsächlich gehört, Ihnen ist wichtig, ob der Herr Messner die erst unlängst eingesetzte Vorständin

Barbara Kunzfeld nur endlich verdrängen kann. Reden wir doch über die Wahrheit, Reininghaus, der Inhaber interessiert Sie nicht, Sie interessiert, wer wird bei der Holding Graz wieder mehr Einfluss seitens der Sozialdemokratie bekommen. Sie interessiert nicht, ob dort 1.000 Sozialwohnungen gebaut werden, Sie interessiert auch nicht, wer dort im Firmenbuch drinnen steht, Sie haben das einzige Interesse, dass sie jene Niederlage, die Sie emotional schwer überwunden haben, der letzten vier Jahre endlich tilgen, nämlich der Machtverlust. Sie haben jetzt drei Vorsitzende verbraucht, ich glaube vier Stadträte, damit Sie endlich unter der Einflussnahme Ihres Klubobmannes Herper wieder dort sind, wo Sie hingehören, nämlich an der Macht. Ich habe Klubobmann Herper befragt kurz nach dieser Koalitionsauflösung, sage ich, warum macht ihr aus eurer Situation eigentlich jetzt wieder diese Steigbügelhaltertum für die ÖVP? Daraufhin sagt er zu mir, ja weißt du, wir sind genetisch nicht in der Lage, auf der Oppositionsbank zu sitzen. Das ist die Antwort der Grazer Sozialdemokratie und ihres Vorsitzenden. Wir sind genetisch nicht dazu in der Lage, Gemeinderatsarbeit zu tun, wir sind genetisch nicht dazu in der Lage, für die Stadt zu arbeiten, wir sind genetisch nicht dazu in der Lage, Oppositionspolitik zu betreiben, wir sind genetisch nur dazu in der Lage, wir sind offenbar als Sozialdemokratie genetisch nur dazu in der Lage, den Ton anzugeben, Macht auszuüben, Posten für sich einzuheimsen und daher sage ich Ihnen noch einmal, die inhaltliche, um auch bei der Sache zu bleiben, die inhaltliche Erläuterung der Fragen rund um Reininghaus, sind wir uns ehrlich, sehr geehrte Damen und Herren, bei all Ihrer künstlichen Erregung, die Sie jetzt gezeigt haben, die Sie jetzt bei Ihren Nachrednern noch zeigen werden und alles Mögliche herunterleiern wollen, das ist Ihnen doch vollkommen egal, sind wir uns ehrlich. Bevor der Wähler noch befragt wird, wollen Sie de facto die Nummer zwei dieser Stadt spielen in einer trauten Zweisamkeit mit dem Herrn Bürgermeister Nagl. Weil Sie es im Bund sehen, dass das so hervorragend funktioniert, Rot/Schwarz ist ja das Modell, das wünschen sich ja alle Österreicherinnen und Österreicher in den Alpträumen, wenn sie sich das im Bund ansehen, weil diese Reformpartnerschaft im Land Steiermark so gut funktioniert, wo man Bezirkszusammenlegungen nach dem Pensionsalter des ehemaligen

Bezirkshauptmannes definiert und nicht nach guten Gesichtsründen, jetzt glauben Sie halt, das machen wir jetzt in der Stadt auch noch. Sie haben weder eine Vision für Reininghaus, Sie haben weder ein Ziel und Sie wissen offenbar gar nicht, um was es bei Reininghaus geht. Sie haben offenbar die Mechanik einer Stadt gar nicht verstanden, die es mit den Instrumenten dieses Gemeinderates ja ohnedies in der Hand hat, dieses Grundstück zu entwickeln. Das interessiert Sie alles nicht und das gehört bei dieser Debatte auch einmal gesagt. Das willfährige Tun der Grazer Sozialdemokratie, nach vier Jahren und zwei Monaten Erniedrigung nun endlich wieder die Luft des Geldes und der Macht in der Stadtregierung zu spüren und endlich können wir wieder mit Posterln versorgen, unsere Genossinnen und Genossen haben wieder mehr Einfluss, der Vorstandsdirektor der Holding Graz geht wieder mit stolzem Kamm durch die Gegend herum, der ist jetzt wieder was, weil derzeit hatte er ja eher ein Schattendasein geführt unter einer schwarz/grünen Koalition, aber, sehr geehrte Damen und Herren, das ist sicherlich nicht die Intention der Grazerinnen und Grazer und daher, bevor wir Reininghaus und über die Modalitäten diskutieren, sollten wir das einzig Richtige machen, diese achte Monate bis zur Wahl, wo jetzt über Reininghaus und Umweltzonen nur so auf- und abgehen wird, diese acht Monate bis zur Wahl für die Grazerinnen und Grazer verkürzen, im September eine Neuwahl einberufen, die Grazerinnen und Grazer befragen, auch mit dem Inhalt, dazu sparen wir uns eine halbe Million Euro, wie es mit Reininghaus ausschauen soll, mit einer ordentlichen Volksbefragung, ein Wahltag, drei Stimmzettel am gleichen Tag wie die Wahl und das wäre allemal gescheiter, als dieses Jammerbild der Grazer Sozialdemokratie an der Seite der ÖVP als neue billige Marionette hier im Gemeinderat die nächsten sechs Sitzungen bis zum 20. Jänner mitzerleben, das ist ja unerträglich, dieses Schauspiel, das Sie hier unter Anleitung Ihres Klubobmannes die letzten eineinhalb Wochen aufgeführt haben (*Applaus BZÖ*).

StR.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Also, Herr Kollege Grosz, noch einmal langsam und zum Mitschreiben. Die Grazer Sozialdemokratie ist nicht für den Kauf von Reininghaus, wie oft soll ich das jetzt in diesem Haus noch betonen? Sie können sich noch 20 Mal da herstellen und völlig empört das Gegenteil behaupten, es ist lächerlich und ich betone jetzt noch einmal, wir werden diesen Fragekatalog, wenn er fertig beantwortet ist, das ist er zurzeit noch nicht, werden wir diesen Fragenkatalog offenlegen, das war unsere Bedingung, das zu tun und wenn ich von den Grünen höre, wir sollen die Fragen offenlegen, frage ich die Grünen, warum haben Sie bisher nicht die Antworten offengelegt, weil die hätten sie alle gehabt, soviel einmal dazu (*Applaus SPÖ*). Und eines möchte ich auch noch dazusagen und da bin ich jetzt auch etwas selbstkritisch. Es gibt keine Absprachen mit der ÖVP, es gibt keine Koalition, es gibt Einzelmeinungen, die in den Medien kolportiert wurden, die gibt es.

Zwischenruf GR. Grosz: *Er kann Sie klagen, wenn er es nicht gesagt hat.*

GR. **Grosz**: Und ich kann Ihnen nur sagen, ich distanziere mich von diesen Einzelmeinungen, ich bin nicht der gleichen Meinung wie die in den Medien abgedruckten Meinungen. Es geht überhaupt nicht um irgendwelche Posten, es geht überhaupt nicht um irgendwelche Versprechungen, und ich habe mich am 14. Jänner, das war der Tag der Grazer Parteikonferenz der SPÖ, habe ich mich hingestellt und habe eine Forderung aufgestellt und zu dieser Forderung stehe ich nach wie vor. Diese Forderung lautet: Politiker raus aus Aufsichtsräten und aus Vorständen, das ist das, was die Martina Schröck sagt und das ist das, was in der SPÖ Graz zählt. Und eines sage ich Ihnen auch noch, Herr Kollege Grosz. Ich wundere mich schon, warum Sie für Neuwahlen sind, ich denke mir, Sie sollten ein bisschen egoistischer sein, weil eines ist klar, bei der nächsten Wahl werden Sie nicht mehr da sein, weil Ihre

unappetitlichen Äußerungen, die Sie in Presseaussendungen loslassen, die wirklich ungeheuerlich sind, die werden die Grazer nicht goutieren (*Applaus SPÖ*).

GR. Dreisiebner: Es ist nicht richtig, liebe Martina Schröck, dass wir die Antworten auf unsere Fragen schon hatten. Aber wir haben in der Klubobleutekonferenz beziehungsweise im Redaktionsteam die Fragen, die damals schon im Zuge der Reininghausdiskussion da waren, an euch alle veröffentlicht. Wir können sie auch heute noch einmal diskutieren und ich bitte, ersuche dich, liebe Martina, beziehungsweise deine Kolleginnen und Kollegen in der sozialdemokratischen Fraktion, die 21 Fragen, die ihr bestellt habt, dem Gemeinderat zur Verfügung zu stellen und hier zu referieren. Das wäre meine Bitte, meine Frage an euch, ob ihr dazu bereit seid, das war es schon in eure Richtung, mehr will ich von euch gar nicht wissen heute (*Applaus Grüne*).

Zwischenruf GR. Herper: Im Reininghausausschuss hast du bereits Ja gesagt.

GR. Dreisiebner: Was ich aber stattdessen schon wissen möchte, leider ist der Herr Bürgermeister trotz des doch eher lautstarken Vorredners beziehungsweise des Ablaufes noch immer nicht zurückgekehrt, da sind einige Fragen, die ich vorher schon angerissen habe. Für uns ist es ursächlich wichtig, befinden wir uns auf Basis des Rahmenplans für Reininghaus, wie wird es weiter zugespitzt beziehungsweise wie wird das weiter quantifiziert und festgeschrieben und wann wird dies geschehen und wann wird dies dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit bekanntgemacht?

Zwischenruf GR. Kolar: Vor drei Wochen hast du was ganz anderes erzählt als wie jetzt.

GR. **Dreisiebner:** Das macht ja nichts, das ist ei euch ganz normal, bei euch erzählt einer am selben Tag was anderes als der andere, also so schnell sind wir noch nie gewesen. Ich habe von der ÖVP trotz mehrerer Aufforderungen und Nachfragen keine Bereitschaft erlebt, oder zumindest sind wir nicht weitergekommen, festzumachen, wie wir es anstellen, einen ökologisch nachhaltigen lebenswerten Stadtteil Reininghaus zu entwickeln und anhand welcher Daten, Zahlen und Fakten wir das definieren. Stattdessen höre ich von Spitzenbeamten dieser Stadt Graz Sätze wie, wir werden Reininghaus entlang der Interessen der Investoren entwickeln oder auch aus dem Munde des Bürgermeisters, der leider nicht da ist, wir müssen über Einkaufszentren nachdenken, wenn wir über Reininghaus reden, wir müssen über die Dichtefrage nachdenken und ganz hoch bauen oder wir müssen die Josef-Huber-Gasse verlängern, damit wir da eine Kfz-Aufschließung für Reininghaus erreichen können. Das sind die Dinge, die ich gehört habe, das waren teilweise Konflikte, das war teilweise auch wieder halbwegs auszuräumen, aber wie machen wir fest, dass wir eine autofreie oder autoarme Stadtentwicklung in Reininghaus gewährleisten, wie machen wir fest, dass dort dementsprechende öffentliche Verkehrsmittel, Fahrradanlagen und FußgängerInnenmöglichkeiten da sind, wann wird das hier berichtet beziehungsweise ist dazu die ÖVP und der Herr Bürgermeister, der leider nicht zuhört, bereit? Dasselbe ist, mit welchen Entwicklungspartnerinnen und -partnern wollen wir sicherstellen, dass es eine Nutzungsvielfalt gibt, dass Wohnen, Gewerbe, Freizeit, Kultur, Nahversorgung, soziale Infrastruktur und diese Dinge alle in Reininghaus dementsprechend da sind, um das ökologische Leben, Arbeiten und Dasein möglich zu machen. Ist dazu der Herr Bürgermeister bereit, das hier zu beantworten und wann wird er das tun? Ist der Herr Bürgermeister bereit, davon

Abstand zu nehmen, Einkaufszentren, wie im Fachjargon genannt, im Kerngebiet Reininghaus zu entwickeln...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Krampl: Sag einmal, Karl, du sitzt im Unterausschuss und hast den Mund nicht aufgemacht.

GR. **Dreisiebner:** Aber hier sitzen Menschen, die sitzen nicht im Unterausschuss und die haben auch das Recht darauf, das sind weitere 50 Kolleginnen und Kollegen, die diese Informationen so nicht haben. Was regst du dich so auf, darf ich meine Fragen stellen? Scheinbar regt dich das auf, muss einen Grund geben, liebe Dagmar Krampl. Wie stellt der Herr Bürgermeister sicher und ist er bereit dazu, das entsprechend festzumachen beziehungsweise mit dem Gemeinderat gemeinsam zu diskutieren und wann ist er bereit dazu, dass Reininghaus ein energieautarker Stadtteil wird? Wie sichern wir die öffentlichen Grün- und Freiräume, welche Nutzungsmöglichkeiten, welcher Nutzungsmix im Bereich der Grün- und Freiräume ist dort vorgesehen und wie machen wir das fest für die Zukunft, für die Menschen, die dort wohnen werden? Und ist schlussendlich der Bürgermeister bereit, hier dazulegen, wie die Entwicklungsgesellschaft, wenn Reininghaus einmal erworben sein sollte oder Asset One erworben sein sollte, wie die Entwicklungsgesellschaft gemanagt werden sollte, wie das kontrolliert werden soll und nach welchen internationalen Beispielen und Schulen man sich dahingehend orientiert? Das sind meine Fragen, auch wenn es die Kollegin Krampl nicht freut, herzlichen Dank (*Applaus Grüne*).

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Krampl. Aber es ist eh egal, wie du vorher gesagt hast.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.45 Uhr den Vorsitz.

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr verehrte Gäste! Nach der Seelenbefundung von der SPÖ wieder zum Projekt Reininghaus. Ein Projekt ohne konkrete Umsetzungsversuche. Die Blase eines Immobilienentwicklers hat sich festgesetzt in den Köpfen zahlreicher Politiker der Volkspartei. Hochglanzbroschüren sind erzeugt worden, aufwändige Präsentationen, sie haben aber ihre Wirkung nicht verfehlt. Zahlreiche Verbindlichkeiten haften aus, Investoren bangen um ihr Geld. Nun soll der Steuerzahler aushelfen. Sehr geehrte Damen und Herren! Kein konkretes Bauvorhaben, keine Projektierung, kein Planungsinteresse, wohl aber sind jede Menge rhetorische Blasen erzeugt worden, um den Wert des eigenen Grundstücks zu erhöhen. Das ist die bisherige Leistungsbilanz der Asset One. Plötzlich dauert es der Bank zu lange, Strohmänner werden ausgetauscht und die Bank steht plötzlich im Grundbuch als Gläubiger im ersten Rang. Allein dieser Vorgang wird sich mit 75.000 Euro an Eintragungsgebühr im Grundbuch zu Buche schlagen. 75.000 Euro, kein Problem, auch dafür wird der Steuerzahler geradestehen. Nichts Greifbares, jede Menge Atmosphärisches, eine Bank mit 50 Millionen Euro im Grundbuch gesichert, eine dubiose Gesellschaftskonstruktion mit unbekanntem Investoren im Hintergrund, vertragliche Verpflichtungen unbekannter Natur. An jeder Ecke also Immobilienspekulanten und mitten drinnen der Grazer Bürgermeister, der sich in der Rolle von Bob dem Baumeister sehr wohl zu gefallen scheint. Herr Bürgermeister, und ich habe gehört, Sie waren ja vorher schon wieder in Verhandlungen mit dem Dr. Fabisch von der Bank unterwegs. Hier geht es nicht um Steuermillionen, die verpulvert werden, sondern es geht, und das ist vorhersehbar, um die Geschichte eines vorhersehbaren Konkurses. Nun aber soll es, geht es nach Bürgermeister Nagl, die Geschichte eines gigantischen Rettungsschirms für ein Geldinstitut so wie für unbekannte Investoren werden. Aus Sicht der SPÖ müssen nun die Investoren innerhalb dieser Gesellschaft offengelegt werden und ich schließe

folgende Fragen an: Sind Ihnen, Herr Bürgermeister, die Namen dieser Personen bekannt und wenn ja, warum verschweigen Sie die derartig hartnäckig? Sollen Ihnen die Personen nicht bekannt sein, weshalb wollen Sie die öffentliche Hand in ein wirtschaftliches Unterfangen mit unbekanntem Vertragspartnern stürzen? Sehen Sie darin etwa keine grobe Fahrlässigkeit? Sofern die stillen Gesellschafter die Asset One wirklich verlassen haben, stellt sich die Frage, zu welchen Bedingungen, auch wenn nämlich für die künftige Vorgehensweise eine eigene Gesellschaft gegründet werden soll, werden diese allfälligen vertraglichen Verpflichtungen auch auf die Rechtsnachfolger, also die künftige Eigentümergesellschaft, übergehen. So wie eine Gesellschaft überhaupt, abgesehen vom Gesellschaftsvertrag, in einer Fülle von Rechtsbeziehungen und vertraglichen Pflichten stehen kann. Gibt es also auch wie immer geartete vertragliche Verpflichtungen, Nebenabreden oder andere Verpflichtungen gegenüber unbekanntem Personen? Sehr geehrte Damen und Herren! Ferner gilt es, den vom Stadtrat Rüschi kommunizierten Kaufpreis in der Höhe von 145 Euro pro Quadratmeter sowie den avisierten Gewinn von 29 bis 42 Millionen Euro zu hinterfragen, woher beziehen Sie, Herr Stadtrat, diese Zahlen? Also Sie haben das ja als günstigen Kaufpreis bezeichnet, ist es so einer? Von welcher Dichte und welcher Widmung wird hier ausgegangen? Wir wissen noch alle, dass STEK ist noch nicht beschlossen, also worin liegen da Ihre Grundlagen? Es könnte nämlich durchaus sein, dass sich dieser Kaufpreis, auf die Gesamtfläche projiziert, nicht als ein Schnäppchen erweist, das uns der Herr Stadtrat Rüschi einzureden versucht. Wäre es nämlich eine derartige Gelegenheit, müssen wir uns die berechtigte Frage stellen, warum keiner der angeblich interessierten internationalen Immobilienentwickler tätig geworden ist. Warum werden die Gründe, die allfällige private Entwickler abgehalten haben, hier tätig zu werden, nicht kommuniziert? In einer Tageszeitung durften wir in den letzten Wochen die Überschrift „Nagl entwickelt Reininghaus“ lesen. Wie er das machen möchte, wurde uns vorenthalten. Zur aktuell geführten Diskussion um die Ethik in der Politik und vor Beschlussfassung von Transparenzkriterien passt die Geheimnistuerei rund um die Reininghausgründe wie die Faust aufs Auge. Auch die Gesellschaftskonstruktion ist alles andere als

unverdächtig. Aus Steuergründen sollen im Zuge eines Share Deals nicht die relevanten Grundstücke, sondern es soll eine Gesellschaft erworben werden, dieses Modell begünstigt in steuerlicher Hinsicht allerdings den Verkäufer und nicht die Stadt Graz. Fällt doch bei Grundstücksverkäufen die übliche Immobilientransaktionssteuer nicht an, wohl aber wird diese wohl fällig, wenn die künftige Gesellschaft im Mehrheitseigentum der Stadt die Grundstücke, zu einem späteren Zeitpunkt also selbst veräußert oder soll hier mit der Einräumung von Baurechten für die üblichen Wohnbaugenossenschaften, und das haben wir ja heute herausgehört, aus dem Umfeld von ÖVP und SPÖ operiert werden? Steuermillionen fließen in nicht mehr definierte Gesellschaft, um zugunsten von Investoren und Bank steuerschonend Gesellschaftsanteile und darin enthaltene Grundstücke verkaufen zu können. Während dieses Privileg dem Steuerzahler, also der öffentlichen Hand durch den Steuerzahler beim Wiederverkauf nicht zugute kommt. Es sei denn, man beabsichtigt mit jedem künftigen Immobilienentwickler in Reininghaus eine eigene Gesellschaft zu gründen. Ganz bewusst dürfte der Volkspartei selber nicht gewesen sein, was sie hier tut. War doch der ursprüngliche Fragevorschlag für die Bürgerbefragung dahingehend formuliert, ob die Stadt Graz die Gründe kaufen soll, das ist insofern interessant, also ja nie ein Immobiliendeal geplant war, sondern immer der Kauf von Gesellschaftsanteilen. Wollte man den Bürger hier im Unklaren lassen? Wohlgedenkt, ich behaupte nichts, aber ich frage mich ernsthaft, wie viel Geld fließt da auf dem Umweg von Projekten an die ÖVP, an ihre Vorfeldorganisationen oder nahestehende Wohnbaugenossenschaften, das wäre heute bitte zu beantworten.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das wissen wir nicht so genau.

GR. Ing. **Lohr**: Die aktuelle Gesellschaftsorganisation erinnert an ein Grasser'sches Erfolgsmodell, den haben wir in Wien sehr lange Zeit als Finanzminister gehabt, mit dem Unterschied, dass der Bürgermeister Nagl diesmal den Geldkoffer bringt, Scholdan, Alfred Müller und Investoren können sich dann bei einem gediegenen Glas Rotwein die Frage stellen, wo war eigentlich meine Leistung (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich möchte das nur ganz schnell klarstellen. Es mag schon sein, dass ich manches Mal dort oder da einen Ordnungsruf erteilen muss, weil jemand persönlich angegriffen wird. Aber ich möchte Ihnen auch sagen, diese unglaublichen Unterstellungen, ich weiß, man kann damit auch Politik machen, man kann Menschen und Fraktionen einfach anschütten und Dinge behaupten und nachher sagen, ich kann das ja in irgendeiner Form mich selber fragen etc., ich kann Ihnen aber nur sagen, wenn Sie überhaupt von Ethik, das Sie da als Wort mit hineingenommen haben, ein bisschen was halten würden, dann würden Sie solche Äußerungen und Fragestellungen, wer immer es für Sie geschrieben hat, da nicht einmal verlesen. Ich kann Ihnen sagen, es ist ungeheuerlich, was Sie da tun und man denkt eigentlich lange darüber nach, wie man so etwas begegnen soll. Wir als Volkspartei haben die Absicht, einen Stadtteil zu entwickeln, es arbeiten daran seriöse Personen, so wie es sich gehört, und die werden heute zum Teil auch noch zu Wort kommen. Wir haben einen Herrn Dr. Astner, der verhandelt, wir haben hier mit dem Herrn Dr. Pilz, mit unserem Finanzdirektor Kamper und mit Gerhard Rüscher seriöse Persönlichkeiten, die verhandeln und ich will hier ein- für allemal alles, was da heute so kommt an Anschuldigungen, Beschmutzungen, Unterstellungen und Verleumdungen, ich möchte Ihnen nur sagen, ich finde es eigentlich widerwärtig (*Applaus ÖVP*). Ich finde es eigentlich ungeheuerlich, was da gemacht wird und man kann in der Sache unterschiedliche Auffassungen haben, aber solche Dinge unterstelle überhaupt keinem Menschen und schon gar nicht jenen Menschen, die hier verhandeln. Ich bin in keiner Verhandlung mit diesen Personen, mir geht es nur darum, dass wir einen gordischen Knoten lösen, der über Jahrzehnte in unserer Stadt entstanden ist an Grundstücken, die steuerlich einen Buchwert, wenn ich so sagen darf, so benutzt worden sind, dass jetzt kein Privater was weiterbringen will. Und wir

können das angehen, man kann auch gleich dagegen sein. Ich hätte mich nur gefreut, wenn vielleicht auch ein Ex-Banker, der heute die Fraktion der FPÖ anführt, vielleicht auch einmal den Weg gesucht hätte und vielleicht einmal mit Bank und Investoren selbst gesprochen hätte. Seit Jahren diskutieren wir über die Geschichte...

Zwischenruf StR. Mag. Eustacchio: Ich kann mit niemandem reden, den ich nicht kenne.

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, das ist genau der Punkt, man glaubt immer... also es ist ganz schwer, dass man einmal hinübergeht und vielleicht mit den ehemaligen Kollegen der Steiermärkischen Bank, die du wahrscheinlich kennen wirst, vielleicht einmal das Gespräch gesucht hättet, damit wir nicht in das hineinverfallen, was da jetzt gerade letzten Endes auch ist. Aber es gibt dann eh noch Antworten von uns, aber ich musste nur auf das was sagen, weil diese Unterstellungen weder mir persönlich noch unserer Fraktion hier gefallen (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Gerald Grosz! Eingangs hast du erwähnt zum Sondergemeinderat, es ist ein Akt der Notwehr, um zu Informationen zu kommen. Meine Wortmeldung ist ein Akt der Notwehr, um zu einer politischen Kultur zu kommen. Es ist wirklich skandalös (*Applaus ÖVP und SPÖ*), es ist skandalös, deine sexistischen Aussagen nicht nur in Aussendungen zu lesen, ich zitiere: „Die SPÖ macht die Beine breit“, es ist unerträglich, es ist aus meiner Sicht wirklich ein Grund, deinen Rücktritt zu fordern, wenn du ein bisschen eine ethische und moralische Gesinnung hast, trittst du zurück (*Applaus ÖVP, SPÖ und Grüne*), weil

wir alle sind da in einem politischen Diskurs und keiner ist kleinlich. Aber deine Wortwahl, das ist wirklich letztklassig, sexistisch und letztklassig und ich erinnere mich, vor gut einem Jahr haben zwei Kollegen hier am Podium den Abschied zelebriert und beide, das war der Bernhard Hoffmann-Wellenhof und der Kollege Hagenauer, beide haben gesagt, die politische Kultur im Gemeinderat hat sich verschlechtert und es sollte wirklich nicht so sein und ich muss wirklich sagen, deine Aussagen sind letztklassig und man kann mit dir auch nicht die intellektuelle Klinge kreuzen, weil du bist wirklich unbewaffnet (*Applaus ÖVP, SPÖ und Grüne*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Hoher Gemeinderat! Ich finde es auch gut, dass dieser Sondergemeinderat stattfindet, diese Sitzung und zwar deshalb, weil es auch wieder einmal Gelegenheit gibt, auf sehr oft gestellte Fragen auch sehr oft gegebene Antworten zu geben. Ich finde es auch durchaus gut, dass immer wieder neue Fragen kommen, wir sind selbst im Verhandlungsteam sehr bemüht, auch die für uns relevanten Fragen immer wieder zu stellen und es gibt tausende, ja, wenn man so will, zehntausende Fragen in diesem Zusammenhang. Dass hier nicht informiert wurde, ist ja wirklich ein Märchen, es gab nicht nur Ausschüsse, wir haben am 13. Jänner, wurde heute schon erwähnt, einen eigenen Sondergemeinderat wegen Reininghaus gehabt, wir haben im April einen Informationsbericht gemacht, wir haben im Ausschuss informiert, es wurde schon gesagt, dass der Dr. Astner bei allen Parteien sich jedenfalls angeboten hat und meines Wissens auch dort gewesen ist. Also bitte, lassen wir dieses Märchen weg. Es gibt von der SPÖ im Zusammenhang mit Reininghaus, mit der BürgerInnenbefragung einen Fragenkatalog von 21 Fragen. Diese Fragen, die sind schriftlich vorgelegt worden, etwas mehr als zwei Seiten, die Fragen wurden im Team über das Wochenende bearbeitet, wir haben die ersten Antworten am Montag gegeben. Morgen findet eine Klubobleutekonferenz statt ab 8.30 Uhr, zu der alle Parteien eingeladen sind, dort wird der Rest der Antworten gegeben, es wird morgen auch der Dr. Astner mit dabei sein, wiederum der Dr. Pilz,

der heute auch anwesend ist, es wird ein Vertreter der Steiermärkischen Bank anwesend sein, es werden selbstverständlich alle Expertinnen und Experten der Verwaltung dabei sein, Immobilienabteilung, Finanzdirektion, Baudirektion und Stadtplanungsamt, also es wird dort ebenfalls wiederum und genügend, eben auch mit den Experten und mit dem Herrn Astner, Möglichkeit gegeben, Fragen zu beantworten. Ich gehe jetzt alle Fragen durch, die gestellt worden sind und ich darf auch gleich ankündigen, dass wir das durchaus im Team machen werden. Ich habe die Experten aus der Verwaltung und den Herrn Dr. Pilz nicht umsonst genannt, sondern ich werde Ihnen eine politische Antwort auf Ihre Fragen geben. Technische Details, finanzwirtschaftliche Details werden dann der Kollege Kamper mit dem Herrn Dr. Pilz und die Frau Peer die Antworten geben. Ich möchte gerne etwas vorausschicken. Es wurde heute, ich glaube, es war der Kollege Lohr, zur Ethik in der Politik gesprochen und das hat mich heute jetzt am Nachmittag in sehr vielen Situationen daran erinnert, was ich wirklich für unerträglich halte, das ist sozusagen das politische Instrumentarium der aus der Luft gegriffenen böartigen Spekulation und ich fühle mich persönlich betroffen davon. Denn wenn Sie sagen, wir liefern Geld in eine dubiose Konstruktion, wenn Sie fragen, wer steckt denn dahinter hinter diesen Investoren mit dem Mitklingen, das sind ja lauter Spekulanten, die Stadt hat mit ihnen längst vereinbart, dass wir diese Grundstücke kaufen, damit die Spekulanten mit einem blauen Auge davonkommen, dann fühle ich mich zunächst einmal persönlich betroffen, das mag hier durchaus irrelevant sein, macht mir auch weiter nichts aus, aber ich mache mir meine Gedanken. Ich behaupte nicht, Herr Lohr, Ihre Worte, ich frage lediglich. Jetzt drehen wir das Spielchen einmal um, nachdem diese Vorwürfe hauptsächlich von der FPÖ gekommen sind, ich frage einmal den Kollegen Mario Eustacchio, ist er damals wirklich freiwillig aus der Bank ausgeschieden? Ich habe gehört, es habe Machenschaften gegeben und ich habe gehört, dass es für den Kollegen Eustacchio besser ist, jetzt diese Bank zu verlassen, denn es könnte zu problematischen Gerichtsverhandlungen kommen, zu Anklagen könnte es kommen.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Das ist aber nicht das Thema auf der Tagesordnung.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Das habe ich gehört, ich behaupte ja nichts, ich frage nur, ich frage den Kollegen Eustacchio, ich möchte gerne, dass er hier aufsteht...

Zwischenrufe unverständlich.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ja, das ist eine wichtige Frage, ich denke es ist für den Gemeinderat wichtig und für die Stadtregierung wichtig, ob er ein Stadtsenatsmitglied hat, das vor einem Prozess davongelaufen ist, das ist wichtig aus meiner Sicht. Und jetzt werden Sie sagen, bitte Hinweise, haben Sie irgendwelche Verdachtsmomente, ich frage ja nur und fragen Sie mich bitte nicht nach Personen, die gebe ich nicht preis, das ist doch selbstverständlich, dass ich diese Personen nicht preisgebe (*Applaus ÖVP und SPÖ*). Ich halte das demokratiepolitisch für höchst gefährlich und für völlig unwürdig und ich bitte Sie von der FPÖ, nehmen Sie sich diese Worte zu Herzen, es ist unerträglich, wie hier herinnen argumentiert wird. Ich bin für jede sachliche Auseinandersetzung, auch für jede politische Auseinandersetzung, das ist keine politische Auseinandersetzung, sondern ich behaupte es nochmals, es sind aus der Luft gegriffene bössartige Spekulationen (*Applaus ÖVP und SPÖ*). Ich gehe nun zu den einzelnen Fragen, die gekommen sind. Die erste Frage, die immer wieder dieselbe Frage ist, ist die Frage nach den Eigentümern. Es wird manchmal so getan, als wüssten wir nicht, mit wem wir verhandeln, als würden wir mit Phantomen verhandeln. Im Firmenbuch, das jedem

offensteht, nicht unmittelbar, aber indirekt jedenfalls, aus dem Firmenbuch ist klar herauslesbar, dass die AOA, so wie wir sie verkürzt nennen, die Asset One AG, Immobilienentwicklungsgesellschaft, die Gesellschaft, in der die Reininghausgründe drinnen sind, verkauft. 100%-Eigentümer dieser Gesellschaft ist über eine Firmenkette der Herr Dr. Alfred Müller mit seiner Gesellschaft der Property AG. Das ist aus dem Firmenbuch ersichtlich, selbstverständlich ist es aus dem Firmenbuch ersichtlich, dass der rechtmäßige Vertreter und Vorstand dieser Firma, früher war das Ernst Scholdan, derzeit ist es der Herr Dr. Astner, das heißt, die Firma, die die Reininghausgründe in der Gesellschaft verkauft, ist zu 100 % klar und wir haben darüber auch von Anfang an deshalb immer mit den rechtmäßigen Eigentümern verhandelt. Es gibt vielleicht eine Unschärfe, die hier durchaus genannt werden kann, es gibt bei dieser Firma drei Minderheiteneigentümer, die allerdings kein Stimmrecht haben, deshalb diese Frage auch des Verkaufs nicht mitentscheiden können. Ich habe vom Herrn Dr. Astner die Erlaubnis, diese drei Miteigentümer zu nennen, es sind die ehemaligen Mitarbeiter von Asset One der Herr Döbl, der Herr Gadermaier und der Herr Dr. Wolf, der diese Firma auch als Rechtsanwalt vertritt. Damit, ich sage noch einmal, diese Minderheiteneigentümer haben kein Stimmrecht und auch kein Mitbestimmungsrecht, das Minderheiteneigentum wird von Herrn Dr. Müller treuhänderisch verwaltet. Ist das einmal, hoffe ich, einmal klar. Bei den Kosten der Übernahme weiß ich auch nicht, weshalb da immer wieder Fragen gestellt werden, ich nenne sie gerne. Zum x-ten Mal wahrscheinlich, es sind insgesamt 75 Millionen Euro, dieser Wert leitet sich ab von dem Ergebnis vom Jänner 2011, damals hätten wir 79,5 Millionen Euro bezahlt, inzwischen ist ein Grundstück von zirka 20.000 m² verkauft worden und wenn man das abzieht von dem Kaufpreis, dann sind wir bei 75 Millionen Euro. Es geht um die 75 Millionen, ist gleich 79,5 Millionen abzüglich des Preises für das Gelände des ÖAMTC. Die technische Abfolge, denke ich, ist ebenfalls sehr oft genannt worden und da wirklich, lieber Kollege Dreisiebner, das ist schon klar, wie diese Abfolge läuft, das haben wir auch gemeinsam ausgearbeitet, es ist eben ein sogenannter Share Deal, wir kaufen nicht direkt die Grundstücke, sondern diese AOA Immobilienentwicklungsgesellschaft spaltet eine Gesellschaft ab, in der

ausschließlich die Reininghausgründe drinnen sind und die Stadt übernimmt diese Gesellschaft und die Belastung. Wir zahlen eben keinen Preis von 75 Millionen, sondern die Belastung der Gesellschaft sind die genannten 75 Millionen. Aufgebracht oder dieser Summe entgegengestellt sind ein Kredit der Steiermärkischen Bank im Ausmaß von 50 Millionen Euro und als Eigenkapital 24 Millionen die Stadt und eine Million die Steiermärkische Bank. Die Steiermärkische Bank verlangt für diese 50 Millionen keine Haftung und zwar deshalb, weil die Grundstücke selbst eine Sicherheit dafür bieten und die Stadt, und da bitte ich Sie, genau zuzuhören, weil ich da auch immer wieder falsch zitiert werde, ich habe nie gesagt, dass wir für Reininghaus keine Schulden machen, sondern ich habe gesagt, dass die Übernahme der Gesellschaft den Schuldenstand, den konsolidierten Schuldenstand der Stadt nicht erhöht. Übernahme der Gesellschaft erhöht nicht den konsolidierten Schuldenstand. Was ist der konsolidierte Schuldenstand? Der konsolidierte Schuldenstand ist per Definitionem eben der Schuldenstand der Stadt selbst und aller ihrer Beteiligungen soweit, und das ist wichtig, soweit die Stadt Haftungen übernimmt und soweit die Stadt diese Schulden bedient, per Definitionem. Beides ist bei der Übernahme der Reininghausgesellschaft nicht der Fall und zwar deshalb, weil wir, ich komme dann gleich noch zu den Grundstücken, aus unserem Bestand Grundstücke verkaufen und den Verkaufswert in die Gesellschaft einbringen, keine Haftung übernehmen wir, ist vereinbart mit der Bank, kann übrigens auch morgen für die Klubobleute die Bank selber, der Vertreter der Bank gefragt werden, dass es auch durchaus üblich ist, dass die Grundstücke als Besicherung ausreichen und dass keine Haftung dafür übernommen werden muss. Damit das einmal klar ist. Was noch wichtig ist, es wird immer wieder verwechselt, dass die Infrastrukturkosten keine Verschuldung erzeugen, das wurde nie behauptet, sondern die Geschichte ist die, wir rechnen mit zirka 140 bis 150 Millionen Euro an Infrastrukturkosten und wir erwarten uns einen Beitrag von der Gesellschaft nach Abwicklung der Verkäufe mit den Aufwertungsgewinnen zur Finanzierung dieser Infrastruktur in einer zweistelligen Höhe. Wird sich herausstellen, die Chance ist jedenfalls sehr, sehr hoch, das erwarten wir uns. Den Rest müssen wir selbstverständlich mit unseren üblichen Finanzierungen

über das Budget leisten. Ein einfaches Rechenbeispiel, angenommen ich gehe einmal davon aus, es sind 140 Millionen Euro, wenn diese Infrastrukturkosten über zehn Jahre verteilt werden, statistisch gesehen, dann müssen wir 14 Millionen Euro pro Jahr in die AOG einstellen, das müssen wir, das werden wir auch tun, das ist auch durchaus leistbar, ohne, um auch eine Frage zu beantworten, die gekommen ist, ohne dass wir in anderen Stadtteilen eine, ich sage es einmal so, eine sehr drastische Reduzierung von Infrastruktur machen müssen. Selbstverständlich haben wir nicht unbegrenzt Geld zur Verfügung und selbstverständlich bedeutet das, dass wir in der AOG dann auch Verschiebungen vornehmen müssen, no na, das ist klar, das muss man auch wissen, aber es ist jedenfalls auch klar, dass diese Summe, wenn wir etwa denken, dass wir derzeit Jahreswerte von 50/60 Millionen Euro allein in der Stadt haben, dann ist diese Summe leistbar. Zu den Grundstücken. Ich weiß, dass da immer wieder das Wort gekommen ist, übrigens es ist nicht von mir gekommen, sondern der Kollege Hötzl weiß es, dass ich von ihm eine Metapher aufgegriffen habe, der sich einmal hier versprochen hat und vom Vergolden des Familiensilbers gesprochen hat, mir hat das sehr gut gefallen, darum habe ich es auch verwendet. Aber ich denke, es liegt schon ein ernster und ein richtiger Kern dahinter. Ich bin der festen Überzeugung, dass es für die Stadt mehr Chancen bietet, mehr Zukunftschancen eröffnet, wenn wir etwa, wie immer genannt, die Fröhlichgasse oder auch Puntigam verkaufen und damit in die Grundstücke für Reininghaus investieren. Da kann man unterschiedlicher Meinung sein, da kann man dagegen sein, aber ich bin der festen Überzeugung, dass die Stadt mit Reininghaus in der Entwicklung viel, viel größere Chancen hat, also wie bei diesen Grundstücken getrennt. Aus diesem Grunde hat, wenn man es so definiert, dann hat diese Metapher durchaus ihren Sinn, indem man sagt, man vergoldet das Familiensilber. Ich darf kurz meine Punkte, die ich mir aufgeschrieben habe, abhaken, damit ich auch nichts vergesse. Es hat einige Fragen gegeben, die das Stadtentwicklungskonzept betreffen, die möchte ich nicht beantworten. Eine Frage, die immer wieder auftaucht, das ist, wieso kauft die Stadt und wieso lassen wir das nicht den privaten Investoren über? Es gibt viele Antworten, die erste Antwort ist die, wir sind uns wahrscheinlich alle einig, dass der stärkste

Gestaltungsmoment in unserer Gesellschaft und in unserer Wirtschaft das Eigentum ist. Es ist das stärkste Gestaltungselement und ich bin überzeugt, dass wenn die Stadt das klug anstellt und auch in der Planung entsprechende Entwürfe macht, eben alles das, was wir uns vorgenommen haben, von ökologisch, über verkehrarm, umzusetzen ist. Ich komme immer mit einem sehr einfachen Beispiel, das sehr drastisch aus meiner Sicht ist, die geringe Möglichkeit des Eingriffs ausschließlich über die Raumordnungsinstrumente darstellt. Wir können über das Raumordnungsinstrument nicht einmal festsetzen, nicht einmal garantieren, dass ein Wettbewerbsergebnis umgesetzt wird, das können wir weder über die Bebauungsplanung noch über den Baubescheid festsetzen. Es gibt ein Ihnen allen bekanntes Beispiel, das ist die Pensionsversicherungsanstalt beim Bahnhof. Der Vorgänger vom Herrn Schöttli, Heinz Roßmann, hat verbissen gekämpft, dass die Porr-AG damals einen Wettbewerb gemacht hat, war nicht leicht umzusetzen, letztlich hat die Porr-AG nachgegeben, hat gesagt, ok, wir machen einen Wettbewerb. Ein Wettbewerb wurde gemacht, wunderschönes Beispiel, Baubescheid wurde erteilt im Rahmen dieses Bescheides war es möglich, dass die Porr-AG und die Pensionsversicherungsanstalt etwas ganz anderes gebaut hat...

Zwischenruf GR. Mag. Mariacher: Das Bauamtsgebäude hat die Stadt Graz selbst gebaut.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Die Stadt hat nicht selber gebaut, die Stadt wird auch nicht bauen, sondern es war nicht möglich, ich bleibe dabei, das ist das Argument, es war nicht möglich, über unser traditionelles Raumplanungsinstrumentarium allein das Ergebnis eines Wettbewerbes umzusetzen, das war nicht möglich. Wenn die Stadt Eigentümer ist, und jeder Eigentümer kann das, der kann seine Verkäufe

selbstverständlich den Verkauf an Bedingungen knüpfen und bevor diese Bedingungen nicht erfüllt sind, zum Beispiel bevor der Baubescheid ausgestellt wurde, auf das Wettbewerbsergebnis. Davor gibt es keinen wirklich Verkauf, sondern es gibt eine Option, die damit eingelöst werden kann, das ist in kurzen Worten aus meiner Sicht der wesentliche Unterschied zwischen einem privaten Eigentümer und der Stadt. Ich möchte auch ein zweites Argument angeben, wir wissen von der Stadtplanung, dass wir für die nächsten 15 Jahre zirka zwei Drittel Baulandreserven für den entsprechenden Bevölkerungszuwachs haben. Alle Baulandreserven, die nicht im Eigentum der Stadt sind, für die können wir nicht sicherstellen, dass sie im Laufe der nächsten 15 Jahren verbaut werden. Sicherstellen können wir es nur auf unseren eigenen Grundstücken (*Applaus ÖVP*). Reininghaus ist nicht der einzige Grund, den wir haben, das einzige Bauland, aber das ist jedenfalls so.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Ohne Reininghaus geht Graz unter.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Nein, das ist mein Abschlusswort, Sie haben es mir gegeben. Ich hoffe nicht, dass irgendjemand hier heraußen, der für Reininghaus ist, den Eindruck erweckt, die Stadt ginge unter, wenn Reininghaus nicht gebaut wird und ich hoffe auch, dass niemand von Ihnen den Eindruck hat, dass wir bei der Übernahme durch die Stadt kein Risiko sehen oder keine Unsicherheit. Wir haben es mit Zukunft zu tun und zwar mit einer sehr langfristigen Zukunft und es ist völlig klar, dass wir Unsicherheit haben und Risiken haben. Ich glaube nur, dass alle, die dastehen und dieses Projekt verteidigen, einfach der Meinung sind, dass dieses Projekt eine Riesenchance für die Stadt ist, Zukunft zu gestalten, ein Zukunftsbild eines neuen Stadtteils zu entwerfen. Alles das, was wir diskutieren über steuerliche Belastung usw. sind aus meiner Sicht Hausaufgaben. Die müssen erfüllt werden, wir haben ein

hervorragendes Team, die müssen erfüllt werden, aber das ist nicht der Grund, wieso wir das machen. Es ist auch nicht der Grund, dass wir uns einen Betrag in zweistelliger Millionenhöhe für die Finanzierung der Infrastruktur erwarten. Das ist wichtig und das ist gescheit, wenn wir das machen, das ist gut, aber es ist nicht der Grund. Der Grund ist, dass wir ein Zukunftsbild von Reininghaus haben. An dem arbeiten wir und wir hoffen auch, dass es Realität wird. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Haßler**: liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Frau Vizebürgermeisterin hat gestern bei der Puls4-Diskussion gesagt, Reininghaus ist kein neues Thema, eigentlich besteht das Reininghaus in Graz schon seit fast drei Jahrzehnten, inhaltlich zumindest. Ich glaube, wir haben viele Visionen zu Reininghaus gesehen, es gibt viel Papier, ich glaube, das wird ausreichen, um da den ganzen Gemeinderatssaal bis zur Decke zu füllen, so viel ist da schon zusammengekommen, deshalb wundert es schon sehr, dass sich da immer wieder Gemeinderätinnen und Gemeinderäte hinausstellen und irgendwo den Eindruck erwecken, als wie wenn Reininghaus zum ersten Mal diskutiert wird und dass man eigentlich die Fakten, die rund um Reininghaus im Raum stehen, nicht kennt. Ich glaube, wenn man mich in der Nacht aufwecken würde, könnte ich über Reininghaus schon ziemlich alles fast auswendig herunterbeten. Wir haben 2010 den Rahmenplan beschlossen und uns einhellig dazu bekannt, da etwas zu machen. Im Jahr 2009, ich habe jetzt in den Medien einmal nachgelesen, im Juni 2009 habe ich die erste Schlagzeile gefunden: "Stadt zittert, Vision in Reininghaus geplatzt, ein Kauf der Stadt wird überlegt", also drei Jahre ist das her, dass wir diesen Kauf überlegen. Es gab im Jahr 2010, im Juni, einen Grundsatzbeschluss, etwas vorzubereiten, es gab im Herbst 2010 Businesspläne, die übrigens noch nachzulesen sind, also wer sich die Mühe macht, im Bereich des Finanzausschusses nachzusehen, die alten Businesspläne stehen noch da und ich denke, die neuen werden sich nicht wesentlich davon unterscheiden. Und wir hatten im Jänner 2011 einen Sondergemeinderat, wo wir alle

oder wo ein Teil zumindest gejammert hat, dass jetzt dieses Grundstück der Stadt weggenommen wird und der Herr Dr. Fernando sozusagen jetzt das Sagen in Reininghaus hat. Was Sie diskutieren, unterscheidet sich in der Faktenlage von dem, was wir in den vergangenen Jahren schon gehört haben, nur marginal und deshalb sagen wir von der SPÖ, dass die Entscheidung endlich her muss. Ich glaube, viele im Gemeinderat haben es satt und vor allem viele Bürgerinnen und Bürger haben es satt, weiter über dieses Thema zu spekulieren und zu diskutieren, sie wollen endlich, dass eine Entscheidung fällt in dieser Sache. Da kann man jetzt geteilter Meinung sein, wie die fallen soll, aber die Entscheidung muss her und ich glaube, dass auch die Investoren dort in Reininghaus, also sprich die Besitzer von Reininghaus ein Recht darauf haben, dass eine Entscheidung getroffen wird, ob die Stadt das kauft oder nicht kauft. Und wir sagen, dass dies in Form einer BürgerInnenbefragung jetzt herbeigeführt werden soll, wir bekennen uns zu dem Modell, das wir gemeinsam mit der ÖVP damals beschlossen haben. Weil die Grünen heute gesagt haben, sie haben kein Problem mit BürgerInnenbeteiligung: Ich muss euch schon sagen, wenn ich an den Bereich des Hirtenklosters denke und an die Geschichte mit der Straßenbahn dort, dann habt ihr da auf die Bürger sehr wenig gehört, da hat es massive Bewegungen gegeben von Seiten der Bürger und die Resonanz von eurer Seite war gleich null in dieser Angelegenheit (*Applaus SPÖ*). Wir auf jeden Fall trauen den Bürgerinnen und Bürgern zu, dass sie mündig genug sind, in dieser Sache eine klare Entscheidung zu treffen und was wir ihnen empfehlen werden, das werde ich nachher noch ein bisschen näher ausführen. Wir bekennen uns zu dem Modell, das wir mitbeschlossen haben. Warum wir am Anfang Skepsis gehabt haben, ist auch ganz klar gesagt, weil das, was uns vorgelegt wurde, und das wurde auch vorgelegt mit Unterstützung der Grünen, weil das was uns vorgelegt wurde, weder neutral noch fair, noch ausgewogen war. Die Fragestellung war tendenziös und auch die Argumente, die dagegen gesprochen hätten, waren aus unserer Sicht tendenziös und deshalb hat sich damals auch die Opposition gemeinsam gefunden, um das so nicht hinzunehmen. Dann hat es einen Bruch in einer Partnerschaft gegeben, warum auch immer, das ist mir jetzt egal und eine neue Situation, dass man auf uns zugekommen

ist und wahrscheinlich auch deshalb, weil wir die Einzigen waren, die auch im Vorfeld schon konkrete Argumente ausgearbeitet haben, die von dem abgewichen sind, was uns vorgelegt wurde. Das heißt, wir haben konkrete Vorschläge gehabt. Und ich glaube, dass es gut ist, dass jetzt eine andere Kraft mitwirkt bei dieser Bürgerbefragung, denn bisher waren zwei Kräfte am Werk, die beide das Gleiche wollten, beide wollten Reininghaus kaufen, beide wollten die Umweltzone in Graz. Jetzt gibt es eine Kraft, die mit dabei ist, die eine Gegenposition hat und ich glaube, jetzt ist auch gesichert, dass diese Gegenpositionen ausgewogen auch in diese Umfrage mithineinkommen. Viele Fragen wurden schon beantwortet, wir haben heute mit dem Dr. Astner gesprochen, wo auch sehr vieles von dem, was wir wissen wollten, auf den Tisch gekommen ist, ein paar Fragen sind noch offen, die betreffen steuerliche Fragen, die werden morgen beantwortet, soweit wir das jetzt auch mitvernommen haben, mit dem Dr. Pilz gemeinsam mit Dr. Kamper. Eine Frage ist heute neu aufgetaucht. In den Medien hat der Herr Bürgermeister, wenn die Aussage stimmt, verkündet, dass Reininghaus zu dem Preis weiterverkauft werden soll, wie wir kaufen, also 145 Millionen Euro und dass im Gegenzug sozusagen die Investoren sich an den Investitionen in die Infrastruktur beteiligen sollen. Da bin ich jetzt ein bisschen verunsichert, was gilt jetzt, wollen wir Aufwertungsgewinne haben oder wollen wir es zu dem Preis verkaufen, zu dem wir sozusagen kaufen? Weil heute gesagt wurde, die SPÖ hat keine klare Position und ist wankelmütig, da kann ich auch ganz klar feststellen, die Position der SPÖ war immer ganz klar, die SPÖ bekennt sich zu Reininghaus, die SPÖ bekennt sich zu einer Entwicklung bei den Reininghausgründen, die SPÖ ist aber klar gegen einen Ankauf der Stadt Graz, dass diese die Reininghausgründe sozusagen selbst übernimmt (*Applaus SPÖ*). Wir haben gute Gründe dafür und die will ich jetzt nicht polemisch, sondern versuchen, sehr sachlich darzulegen. Wir sind überzeugt davon, dass alle Grazer Stadtbezirke ein Recht auf eine bessere Wohn- und Lebensqualität haben. Wir fordern ein, dass die Investitionen für alle Grazer BürgerInnen gleichmäßig verteilt werden. Wir sehen nicht ein, dass so viele Millionen in Reininghaus fließen, ich kann es aus meinem eigenen Stadtbezirk sagen, wo ich wohne, da sind auch zwei große Wohnprojekte in

der Pipeline, eine nennt sich Green City, das andere sind die Martinhofgründe, in Summe 1.500 Wohneinheiten, da ist von Infrastruktur und solchen Dingen gar nicht oder sehr wenig die Rede, da geht es nicht um Millionen, da geht es vielleicht um ein paar hunderttausend Euro, wenn überhaupt. Da haben wir wegen einer Ampelanlage gestritten um die Mitfinanzierung und das Projekt ist, glaube ich, drei oder vier Jahre gestanden, also wir wollen eine bessere Verteilung dieser Mittel in der Stadt. Graz ist schon heute hoch verschuldet, der Herr Stadtrat hat ausgeführt, das sind keine neuen Schulden, technisch mag es stimmen, in Wirklichkeit, glaube ich, sind die 15 Millionen trotzdem etwas, was den Bereich der Stadt zumindest vom Gefühl her zuzuordnen ist und auch wenn alles ausfällt, wird letztendlich die Stadt da einspringen müssen und mit der Infrastruktur zusammen reden wir da von neuen Belastungen im Ausmaß von über 200 Millionen Euro. Außerdem sind wir davon überzeugt, dass die Stadt auch ohne Kauf einen attraktiven, modernen Stadtteil entwickeln kann, wir haben das Mittel der Bebauungspläne und weitere Maßnahmen in der Raumordnung, die wir da einsetzen können und der Herr Stadtrat hat es schon ausgeführt, auch wenn er meint, wir können darauf nicht einwirken, was sicher stimmt, dass da genügend unbebaute Flächen vorhanden sind, um das, was an Zuzug in Graz erwartet wird, auch wohnmäßig zu bedienen. Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen, weil immer gesagt wurde, das Ganze ist ein Geschäft für die Stadt Graz, wir werden Aufwertungsgewinne im zweistelligen Millionenbereich lukrieren können. Ich möchte eine Rechnung anstellen, und ich werde es dann auch begründen, dass wir jetzt beim Kauf einmal 30 Millionen Euro verschenken, ich sage es noch einmal, 30 Millionen Euro verschenken, und ich werde es auch ganz einfach begründen. Wenn wir nicht selber kaufen, müssen Investoren bis zu 10 % oder mehr als 10 % der Fläche laut Bauordnung für Infrastrukturmaßnahmen abtreten. Es gibt 80.000 m² Gewässer und Straßen, die dort geplant sind, also man kann davon ausgehen, dass würden wir kostenlos erhalten, um einfach im Kopf zu rechnen, 150 Euro gerechnet, 12 Millionen Euro verschenken wir da. Es gibt einen Park mit 165.000 m², der geplant ist im Businessplan, der 2010 aufgelegt wurde, steht drinnen, 20 Euro ungefähr der Kaufpreis, wenn ich die Differenz rechne, also ungefähr 126 Euro, komme ich auf acht

Millionen Euro, die wir da verschenken, acht Millionen plus 12 Millionen ist 20 Millionen Euro und wenn ich rechne, wir haben 50 Millionen an Schulden, die wir verdienen müssen, dann rechne ich für fünf Jahre allein mit Zinsen von 10 Millionen Euro. Das heißt, 30 Millionen Euro verschenken wir, die müssen wir erst einmal verdienen, damit wir überhaupt in die Lage kommen, zusätzlich etwas für die Infrastruktur zu haben. Deshalb aus diesem Grund ein klares Nein von der SPÖ zum Ankauf von Reininghaus, ein klares Ja zur Bürgerbefragung, wenn die Rahmenbedingungen passen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Gemeinderat Haßler, ich darf da nur nachfragen, das geht ja immer nur davon aus, dass jene, die das besitzen oder besitzen würden, künftig genau das machen, was wir jetzt in einem Rahmenplan auch geträumt haben. Für den Fall, nämlich wir haben festgelegt wie viele Parkanlagen etc. wir möchten oder wie viele Flächen abzutreten sind, das heißt aber jetzt umgekehrt, wenn es gar nicht zu dem kommt und Industrieansiedlungen oder Gewerbeansiedlungen dort stattfinden, dann verschenken wir nämlich nichts, weil dann kriegst du...

Zwischenruf GR. Mag. Haßler unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, das musst du gar nicht, weil die brauchen keinen Bebauungsplan und keine Umwidmung, das was abgetreten wird, wird im freiwilligen Bereich gemacht. Also ich sage es nur, wenn man das will, was wir wollen, könnte man diese Rechnung aufstellen und dem muss man natürlich auch

Aufwertungsgewinne gegenüberstellen. Aber zu dieser genauen Berechnung können wir dann ja auch noch einmal unsere Experten zu Wort kommen lassen.

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Bürgerbefragung, Bürgerbeteiligung, Volksabstimmung, Volksbefragung; alle Instrumente sind gut, sind zu begrüßen. Die Entwicklung eines neuen Stadtteils ist auch gut, ist auch zu begrüßen, wobei natürlich bei Bürgerbefragungen usw. stellt sich halt immer die Frage, wie viele Leute machen mit, wie hoch ist die Quote, alles Fragen, über die heute eh schon gesprochen wurde. Was weniger gut in diesem Falle war und was mir aufgefallen ist, war aus meiner Sicht die mangelnde Transparenz. Kollege Rüschi hat ja jetzt ein bisschen aufgeklärt, ich darf hier vielleicht einen kleinen Sidestep aus meinem Beruf machen, bin immerhin jetzt 23 Jahre in der Bank tätig, davon 23 Jahre immer im Kreditgeschäft tätig und habe da wohl feststellen können, dass das Wichtigste, was unter Kreditnehmern und Kreditgebern herrschen sollte ist Transparenz und das ist etwas, was ich heute leider vermisse, was ich auch in dem letzten Dreiviertel-Jahr vermisst habe und darf auch noch einmal kurz eine gestrige Sitzung hier in Erinnerung rufen, gerade vor 24 Stunden haben wir uns hier im Nebensaal getroffen im Kontrollausschuss, wo auch leider mangelnde Transparenz auf der Tagesordnung war. Es ist darum gegangen um die City of Design Graz, vor zwei Sitzungen hatten wir die Stadträtin Grabner zu Gast, die bei zirka 90 % der Fragen immer wieder darauf hingewiesen hat, dass zuständig ist der Kollege Rüschi und Sie oder du, Herr Bürgermeister, wir haben uns dann erlaubt als Kontrollausschuss zu bitten, dass du und der Herr Rüschi und der Geschäftsführer und die Kollegin Grabner noch einmal kommen sollten, dort mit uns eben über diese Fragen zu diskutieren, leider wurde das zweimal abgelehnt. Uns wurde immer beschieden, wir sollen die Fragen schriftlich einreichen. Da hat dann der Kollege Rajakovic gestern gesagt, wahrscheinlich in deinem Auftrag, na ja wenn Fragen kommen, dann ist der Bürgermeister doch bereit zu kommen, also das kann man

auch unter dem Thema mangelnde Transparenz leider subsumieren. Und das Gleiche haben wir auch in dem Fall...

Zwischenruf GR. Rajakovics: Ihr habt ja keine Fragen gehabt.

GR. Mag. **Korschelt**: Gestern waren ja noch keine Fragen auf der Tagesordnung, wurde eingeladen der Bürgermeister und Kollege Rüschi, sie sind leider nicht gekommen, erst dann werden wir Fragen stellen. Sie haben ja selber gesagt, wenn der Bürgermeister schriftliche Fragen kriegt, dann wird er kommen, nein das haben Sie nicht gesagt, das haben Sie gestern nicht gesagt, das ist ja gar nicht das Thema, das haben Sie gestern das erste Mal eben wieder gesagt.

Zwischenruf GR. Rajakovics: Nein.

GR. Mag. **Korschelt**: Jetzt ruderst wieder ein bisschen zurück, weil gestern haben Sie sich vielleicht ein bisschen zu weit hinausgewagt. Aber sei es wie es sei, es sollte nur ein Beispiel sein, dass mir die Transparenz eben fehlt in diesem ganzen relativ großen Deal. Deswegen von mir eine konkrete Frage an den Kollegen Rüschi und zwar es geht um diese 24 Millionen Euro, die ja immerhin, wenn man das umrechnet, so geschwind umrechnet, fast 300 Millionen Schilling sind. Lieber Kollege Rüschi, kannst du genau sagen, wer ist der Endadressat und welche Verpflichtungen werden mit diesen 24 Millionen Euro getilgt? Noch einmal, kannst du, sehr geehrter Herr

Stadtrat, den geplanten Weg dieses Geldflusses mitteilen, darstellen und bist du gegebenenfalls bereit, den tatsächlichen Geldfluss dem Gemeinderat auch überprüfen zu lassen? Und dann möchte ich noch auf etwas darauf hinweisen, was vielleicht auch ein bisschen ein Wermutstropfen bei dieser ganzen Entwicklungsdiskussion ist und zwar, das war der Artikel, der am 31. Mai in der Kronen Zeitung erschienen ist, wo zwei Experten, der eine ist der Herr Christian Krainer und der andere ist ein Kollege von mir aus der Bank, der Kollege Lallitsch, darauf hingewiesen haben, der Stadt Graz droht eine Immobilienblase. Beide Herren sind ja sicher bekannt, sie sind euch ja nicht ganz fremd, wie wir alle wissen. Ich darf nur zitieren und ich zitiere aus dem Artikel: „Graz steuert auf eine Immobilienblase zu, die in zwei bis drei Jahren zu platzen droht“, schlägt Krainer Alarm, Ende dieses Artikels. Und da glaube ich, dass man das auch, und über das ist noch immer zu wenig gesprochen worden, dass man bei eurer Euphorie diesen Stadtteil zu entwickeln, das ja durchaus positiv zu sehen ist, aber dass man deshalb vielleicht auch hier ins Kalkül ziehen müsste, dass es vielleicht wir jetzt etwas entwickeln und dann eben die Preise, die Kunden zahlen diese Preise und dann die Preise ins Bodenlose fallen, wie wir jetzt ja auch in den umliegenden Ländern, zum Beispiel in Spanien und auch in Amerika, erlebt haben und ob man da etwas Gutes tun, ich darf bitten, auch auf diese Fragen Antwort zu geben, ob hier auch etwas vorgesehen ist, falls es wirklich zum Platzen dieser Immobilienblase kommt, was dann die Stadt Graz beziehungsweise was werden wir dann den Herrschaften oder den Grazer Bürgern, die dort gekauft haben, was werden wir denen dann sagen. Um Beantwortung dieser Fragen bitte ich (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, das mit der Immobilienblase habe ich anders gelesen, als du es jetzt interpretiert hast, die beiden Herrn haben aus dem Wohnungsbereich...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, ganz richtig. Sie warnen, weil wir jetzt in der Stadt Graz zu wenig Wohnungen haben und so einen Zuzug haben, haben wir ein Riesenproblem, wir haben eine Überhitzung der Preise und junge Menschen und Menschen in dieser Stadt, die können sich zum Teil, wenn ich so sagen darf, jetzt schon weder den Ankauf noch die Miete leisten, und das ist genau der Inhalt dieses Artikels. Bitte nicht nur die Überschrift zu lesen, sondern das haben wir generell und wenn wir einen Zuzug haben, und ich sage jetzt noch einmal, das war die Bevölkerungsprognose für die Landeshauptstadt Graz 2012 bis 2031, im Übrigen vielleicht auch ganz, ganz wichtig, dass verfasst wurde die ganze Geschichte von Mag. Alexander Hanika, Statistik Austria, die uns bescheinigen, dass wir wieder 30.000 Menschen mehr haben werden und in dieser Geschwindigkeit auch für Wohnraum nicht sorgen können, weil weder im Gemeindewohnungsbau noch generell in der Stadt haben wir eher das Problem oder umgekehrt, wir haben die Chance, mit einer starken Entwicklung, die wir vorantreiben und forcieren, eine solche Überhitzung, eine totale, für die Stadt auch zu verhindern, das ist einmal eine Antwort auf diese Frage.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich möchte gerne eine Klarstellung abgeben und zwar eine Klarstellung zu dem, was ich zu meinem Stadtratskollegen Mario Eustacchio über den Stadtratskollegen Mario Eustacchio gesagt habe. Ich möchte klarstellen, dass es für mich überhaupt nie in der Vergangenheit irgendeinen Hinweis gegeben hat auf das, was ich gesagt habe, ich deshalb auch überhaupt kein Problem habe, mich hier, nachdem sich der Mario Eustacchio selbstverständlich betroffen fühlt, in aller Form zu entschuldigen, was ich hiermit tue. Meine Absicht war, eine Methode aufzuzeigen, eine Methode aufzuzeigen, wie man ohne einen realen Hintergrund natürlich nichts

behauptet, sondern einfach nur fragt. Und nachdem das heute im Laufe des Nachmittags sehr, sehr oft der Fall war, habe ich mich zu diesem Gedankenexperiment, zu dieser Methode entschlossen. Aber ich möchte nicht, und das ist mir ein echtes Anliegen, ich möchte nicht, dass irgendjemand hier glaubt, dass auch nur irgendein Gerücht oder irgendein Funke Wahrheit, was auch immer, an dieser Geschichte dran ist. Sie ist von mir in diesem Moment, als ich es gesagt habe, völlig frei erfunden worden, das ist mir wichtig, das zu sagen und ich glaube, das ist auch die richtige Ergänzung zu dem, wie ich diese Methode angewandt habe (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Der Herr Dr. Kamper wird jetzt auch noch aus seiner Sicht als unser Finanzdirektor zu dieser geplanten Transaktion, die wir vorhaben, zu diesem Gemeinderatsstück, das er ja seit langem mitbegleitet und vorbereitet, auch einige Ausführungen... ich würde auch bitten, ihm zuzuhören, weil es ist ein kleines, wenn ich so sagen darf, es ist eine kleine Doktorarbeit, die hier entstanden ist, um diesen gordischen Knoten, den wir seit drei Jahrzehnten haben, zu lösen. Ich glaube, dass der Herr Dr. Kamper es sich verdient hat, dass wir ihm jetzt auch unsere Aufmerksamkeit schenken.

Finanzdirektor Dr. **Kamper**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hohes Haus! Ich werde nicht die Doktorarbeit vorlesen, ich habe allerdings eine Doktorarbeit wirklich geschrieben über Finanzierungsmodelle im Immobilienbereich, insofern hat es eine gewisse Nahebeziehung und insofern habe ich mich auch gerne beschäftigt mit der Materie schon seit langem ja, wie Sie alle wissen, und möchte vielleicht kurz damit beginnen, dass wir vor eineinhalb Jahren ziemlich intensiv preisverhandelt hatten und man könnte den Standpunkt vertreten, hier vielleicht etwas überzogen haben. Denn

das, was dann passiert ist, dass nämlich ein Alternativangebot gekommen ist und wir dann zwei Tage vor dem Gemeinderat praktisch ausgebremst wurden, das war für mich ein deutliche Indiz dafür, dass wir es vielleicht etwas überzogen hatten, dass es jedenfalls ganz knapp war. Soviel zum Kommentar, dass der Preis nicht gut verhandelt worden ist, ich glaube, das war sehr intensiv und das war das, was machbar noch war zum damaligen Zeitpunkt und das ist heute, dieses Angebot, das wir heute am Tisch liegen haben, ist um Nuancen noch besser aus meiner Sicht, weil die Immobilienpreise sind gestiegen, die Bankzinsen sind angelaufen und was also in diesen eineinhalb Jahren jetzt passiert ist, vieles spricht dafür, dass also der Preis wirklich ein guter Preis ist. Endgültig beurteilen wird man das immer erst am Ende der Projektentwicklung können, das glaube ich, muss man ganz klar sehen. Niemand kann in die Zukunft sehen. Immobilienprojektentwicklung ist ein Geschäft, das man langfristig betrachten muss, wo man Pläne fassen muss und dann diese Pläne zielstrebig verfolgen muss. Ich verstehe, dass die Stadt hier ein lebhaftes Interesse hat, diesen Stadtteil zu entwickeln. Wir haben als Erstes, wie die Verhandlungen wieder aufgenommen wurden, den Businessplan mit dem Dr. Pilz zusammen aktualisiert, wir haben anders als vor eineinhalb Jahren, wo wir ein Modell gemacht haben, wo die Immobilienveräußerungen gemeinsam mit der Infrastruktur in einer Gesellschaft dargestellt wurden, diesmal, um es zu vereinfachen und zu verkürzen und vor allem um dem Umstand gerecht zu werden, dass die Stadt im Sinne von Stabilitätspakt usw. nicht mehr für die Schuldnergesellschaft haften sollte und kann, das Modell insofern vereinfacht, als wir eben nur die Immobilienverwertung jetzt im Businessplan dargestellt haben und diese Immobilienverwertung innerhalb von zehn Jahren angestrebt wird und mit einem Eigenkapital unterlegt wird, dass es eben vermeiden, dass die Stadt für den Gesamtbetrag haften muss. Die Zinsen sind seit eineinhalb Jahren gefallen, sodass der Businessplan mit einer Verzinsung rechnen konnte, mit einer Zinsbelastung rechnen konnte, die durchaus dem damaligen nahe kommt, wir haben dreieinhalb Prozent unterstellt im Schnitt als Kosten für die Gesellschaft bei dieser Finanzierung und aus jetziger Sicht, und das ändert sich ja jeden Tag, ist das sogar ein vorsichtiger Ansatz. Aus heutiger Sicht könnten wir sogar

wahrscheinlich günstiger noch finanzieren oder es kann auch in die andere Richtung wieder sehr schnell gehen. Insgesamt, Dr. Pilz wird vielleicht noch im Detail darüber ausführen, führt dieser vereinfachte Businessplan, wo wir nur auf die Immobilienverwertung innerhalb von zehn Jahren schauen, zu einem realistischem Szenario, das uns mit ungefähr 30 Millionen nach zehn Jahren zurücklässt aus diesen jetzt investieren 25, davon eine Million die Bank, sind also nach zehn Jahren 30 Millionen geworden, inklusive der Zinsen, inklusive aller Kosten und inklusive der anfallenden Steuern. Und im optimistischen Szenario sind es über 40 Millionen, die aus diesen 25 Millionen Eigenkapital geworden sind, und diese 30 oder über 40 Millionen haben wir dann in den Teil 2 des Businessplanes einfließen lassen als Stützung für die Infrastrukturmaßnahmen, die jetzt nur ganz grob abgeschätzt werden konnten. Natürlich kann man einen Zeitraum von 25 Jahren Infrastrukturentwicklung jetzt nicht mit einer Projektgenehmigung vergleichen, wir haben 150 Millionen grob geschätzt, man kann natürlich der Meinung sein, es werden 160 sein, man kann aber auch der Meinung sein, es geht mit 140 auch, das sind ungefähr die Größenordnungen, die man hier bei den Infrastrukturkosten jetzt als Genauigkeitsgrad ansetzen kann. Es geht hier also keinesfalls um einen Genauigkeitsmaßstab, den der Rechnungshof bei Projektprüfungen, wo schon konkrete Planungen dahinterstehen, ansetzt. Also hier muss man sehr gut differenzieren. Der Teil 2 des Businessplanes sagt uns, und das war auch die Intention, noch nicht, ob wir diese Infrastrukturkosten innerhalb der Stadt Graz, oder außerhalb, vielleicht auch ausgegliedert durchführen werden, das ist aus meiner Sicht eine technische Maßnahme, die man nach Zweckmäßigkeit dann machen wird. Er sagt uns aber, dass dann, wenn wir diese Infrastruktur in einem längeren als zehnjährigen Zeitraum durchführen, die Zinsen rechnen, gleichzeitig aber auch damit rechnen, dass die Durchführung dieser Infrastruktur der Zuzug in die Stadt Graz, nicht nur in den Großraum Graz, sondern in die Stadt Graz größer wird und zwar sehr vorsichtig angenommen in einem Zeitraum über zehn Jahre verteilt mit zusätzlichen Hauptwohnsitzen von 10.000, also am Anfang die ersten Jahre gar nichts und dann 10.000 zusätzliche Hauptwohnsitze. Unter Annahme, dass also diese Gelder, die aus

dem Finanzausgleich zusätzlich kommen werden, wenn es so einen Finanzausgleich noch gibt, ergibt sich eben, dass sämtliche Kosten nach 26 im optimistischen Szenario, nach 28 Jahren im realistischen Szenario abgedeckt sind. Das heißt nicht nur, die Immobilienprojektgesellschaft ist da quasi dann abgeschlossen, sondern auch die Infrastrukturkosten sind nach diesem Zeitraum auf Null inklusive Zinsen und Steuern abgedient. Das war die zentrale Aussage bei der Prüfung, ob ein Businessplan uns erlaubt, dieses Infrastrukturprojekt anzugehen. Aus meiner Sicht, ich bin Betriebswirt, Sie werden das wissen, ist eine Rendite, die im Szenario 1 oder auch im Szenario 2 für so lange Laufzeiten angesetzt ist, jetzt kein unbedingter Renner. Also ich als Finanzinvestor würde wahrscheinlich jetzt nicht unbedingt in dieses Projekt investieren mit der Perspektive, die wir im Businessplan unterstellt haben und es ist auch, Stadtrat Rüschi hat es gesagt, nicht der erste Grund, dass die Stadt das machen soll, dass wir hiermit Geld verdienen wollen. Geld verdienen tut man wahrscheinlich in Asien oder sonst wo jetzt besser. Wenn es also um reine Finanzspekulationen ginge, sollte man wahrscheinlich das jetzt als Stadt nicht machen. Aber, das hat der Businessplan in beiden Szenarien sehr wohl aufgezeigt, es ist vertretbar und es ist aus jetziger Sicht in beiden Szenarien, in einem etwas mehr, im anderen ist es weniger, für die Stadt besser als nichts zu machen und nur zu warten. Das war der entscheidende Punkt, dass wir dann gesagt haben, wenn der Businessplan dafür spricht, dass man so etwas machen kann, dann schreiten wir in die konkreten Dinge und dann haben wir den Rechtsanwalt Dr. Lerchbaumer beauftragt, konkret in die abschließenden Vertragsverhandlungen zu gehen. Ich war sehr beeindruckt, er hat hier doch einige Verbesserungen noch in letzter Zeit erzielen können. Aber es muss uns klar sein, das was jetzt am Tisch liegt, wenn wir morgen den Startschuss geben, das ist ein Angebot, das ist ein Angebot der Asset One und der zweite Ast, das ist ein Angebot des Bankenkonsortiums und die Stadt kann jetzt entscheiden, ob sie dieses Angebot annimmt oder nicht. Die Stadt kann natürlich auch endlos sagen, wir wollen das nachverhandeln oder wir wollen das eine oder andere noch haben, aber eines muss klar sein, das Angebot liegt am Tisch, von Seiten der Bank ist das Angebot aus meiner Sicht auch gut, es ist eine zehnjährige Finanzierung, zu einem Zinssatz mit

einem Aufschlag, wo wir wählen können, ob wir es für fünf Jahre den Aufschlag finanzieren oder für zehn Jahre finanzieren wollen und wir können darüber hinaus wählen, ob wir einen Fixzins haben wollen für fünf Jahre oder fünf zehn Jahre oder ob wir uns lieber an den derzeit sehr, sehr niedrigen variablen Zinsen anhängen und erst später einen Zinssatz, der fixiert wird für eine bestimmte Laufzeit, wollen. Diese Entscheidung ist eigentlich eine Entscheidung der Gesellschaft und primär dann eine Managemententscheidung. Aber was wichtig ist, wir haben die Angebote am Tisch und wir können entscheiden, ob man grundsätzlich, ob die Stadt Graz grundsätzlich das annehmen will, und das Management der Gesellschaft kann danach entscheiden, ob sie beziehungsweise welche Finanzierungsvariante man dann umsetzen will. Der Kern der Umsetzung des Projektes ist natürlich die städtebauliche Entwicklung und die Verwertung der Grundstücke und auch da, wenn es zur Ankaufsentscheidung kommt, sind wir, glaube ich, gut aufgestellt, wir haben eine Immobilienabteilung mit der Kathi Peer, die da sitzt und die sicherlich das, wenn es dazu kommt, sehr kompetent auch begleiten wird, da bin ich ganz zuversichtlich und ich darf jetzt vielleicht im Anschluss an den Dr. Pilz übergeben, der vielleicht einige spezifische Dinge noch näher erläutern wird (*allgemeiner Applaus*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Herr Dr. Kamper. Ich habe heute ganz was Wichtiges vergessen und das muss ich und will ich jetzt hier einfügen. Unsere Gemeinderatskollegin Dagmar Krampfl hat heute Geburtstag, alles Gute (*allgemeiner Applaus*). Jetzt darf ich zum Herrn Dr. Peter Pilz kommen, er ist Mitgesellschafter der BFP Bertl Fattinger und Partner, Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungskanzlei, er begleitet uns seit mehr als einem Jahrzehnt, schon fast eineinhalb Jahrzehnte, in verschiedenen steuerlichen Fragen sowohl bei unseren Gesellschaften aber auch immer im Bereich der Finanzdirektion und des Finanzstadtrates und ich darf dich bitten, auch mit deinen Ausführungen zu beginnen.

Dr. **Pilz**: Vielen Dank, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrtes Geburtstagskind, meine Damen und Herren! Ich möchte mich ganz kurz halten, Sie nicht mit zu vielen technischen Details hier belästigen. Ein paar wesentliche Anmerkungen einerseits zum Businessplan und andererseits zu steuerlichen Themen möchte ich jedoch sehr wohl anbringen. Der Dr. Kamper hat es gesagt, der Kaufpreis ist 75 Millionen Euro und wird im Businessplan so eingespielt, aufgebracht durch eine Darlehensaufnahme oder Übernahmedarlehen von 50 Millionen Euro und durch Eigenkapital von 25 Millionen Euro. Das ist aus meiner Sicht, vor allem was die Risikoposition betrifft, eine wesentliche Verbesserung auch zur Situation von vor eineinhalb Jahren, weil hier war ja eine geplant, ursprünglich eine Fremdkapitalausstattung mit 75 Millionen Euro bis hin zu einer Haftung der Stadt Graz für diese 75 Millionen Euro. Das heißt, für die Bankkredite ist hier nicht mehr eine Haftung vorgesehen, trotzdem, und das ist etwas die Gunst der Stunde, kann man mit relativ günstigen Zinsen seitens der finanzierenden Institute hier rechnen, Herr Dr. Kamper hat die dreieinhalb Prozent schon angeführt. Wie gesagt, ich glaube sogar, dass im Moment sogar das etwas vorsichtig geplant ist. Ein wesentlicher Punkt im Zusammenhang mit dem geplanten Deal war immer der, und das beschäftigt uns auch schon seit eineinhalb Jahren, die Frage, birgt die Übernahme, die Abspaltung von Reininghaus irgendwelche steuerlichen Risiken, das heißt, kann es passieren, dass durch diese Abspaltung sozusagen Steuern zu bezahlen sind ohne dass noch irgendetwas verkauft wurde? Und es freut mich sehr, Ihnen berichten zu dürfen, dass wir nach doch sehr intensiven monatelangen Verhandlungen mit dem PMF ein bisschen, also die Dauer hat ein bisschen damit zu tun gehabt, dass das PMF in den letzten Monaten sehr intensiv mit dem Stabilitätsgesetz zu tun hatte und eine andere Fragestellung vielleicht prioritärer behandelt wurde als die Anfrage zu den Reininghausgründen. Nach monatelangen Verhandlungen haben wir es nun endlich geschafft, hier Sicherheit zu bekommen, dass die Abspaltungssteuer nicht durchgeführt werden kann. Das heißt, wichtiger Punkt in der ganzen Angelegenheit, es gibt aus der Abspaltung keinerlei steuerlichen Risiken. Wir haben auch, und das ist eine Verbesserung der Rechtssituation zum Stand 2010, die Situation, dass diese

Anfrage ein sogenannter Ruling-Bescheid ist, das heißt, hier ist die Finanzverwaltung rechtlich gebunden an die Auskunft, das heißt, sollte sie nachher drauf kommen, sie sieht das doch anders, gibt es hier überhaupt keine Möglichkeit mehr, davon abzuweichen. Der Bescheid ist sehr lange, er hat 24 Seiten, und, wie gesagt, aus der Abspaltung kein Steuerrisiko. Wir haben auch in intensiven Gesprächen mit dem Dr. Lerchbaumer aus steuerlicher Sicht sehr stark darauf gedrängt, dass überdies im Spaltungsvertrag sämtliche theoretisch trotzdem potentiellen Haftungen alle bei der übertragenden Gesellschaft, also bei Reininghaus verbleiben. Das heißt, die Reininghaus GmbH, wenn sie dann der Stadt Graz gehört, hat kein Steuerrisiko, weil kein Steuerschuldner und auch keine Haftung aus dem Spaltungsvertrag übergehen können. Noch ein paar Worte zur Planungsrechnung, das meiste hat der Herr Dr. Kamper schon vorweggenommen. Wir gehen von einem Aufwertungsgewinn von zirka 35 Millionen Euro in der realistischen Betrachtung aus. Hier war es mir als Ersteller des Businessplanes auch sehr wichtig, mit den Experten der Stadt das abzustimmen, das heißt, hier sind Dichte und Kaufpreisüberlegungen eingeflossen, die von den Experten der Stadt auch so gesehen werden. Es waren alle wesentlichen Experten hier dabei, ich bitte Sie um Verständnis, dass ich in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung keine Kaufpreise im Detail nennen kann, aber sie sind wirklich abgestimmt und aus meiner Sicht auch realistisch. Das heißt, nach zehn Jahren sollte ein Abverkauf der Liegenschaften möglich sein, primär wird aus den Verkaufserlösen natürlich zu trachten sein, die Schulden gegenüber dem Kreditinstitut zurückzuzahlen, so ist es auch in der Planung drinnen, und wenn dann die Schulden getilgt sind, kann das, was dann übrig bleibt, zur Rückführung des Eigenkapitals herangezogen werden und letztendlich dann auch zur Rückführung oder zur Ausschüttung von verbleibenden Gewinnen, die wir dann in der Infrastruktur auch entsprechend so berücksichtigt haben. Das was der Dr. Kamper gesagt hat, kann ich jetzt nur noch abschließend bestätigen. Nach unseren Berechnungen auf Basis der, glaube ich, sehr seriös und intensiv diskutierten Dichteannahme, Kaufpreisannahmen, wir haben da wirklich sehr intensiv gearbeitet, sind zirka 30 bis 40 Millionen Beitrag aus der Liegenschaftsgesellschaft für die Infrastruktur möglich.

Eine gewisse Verschiebung im Zeitraum kann sich ergeben, aber das sind jetzt, kann etwas schneller, kann etwas langsamer gehen, soweit in die Zukunft können wir nicht sehen und die Infrastruktur ist wirklich für über 30 Jahre geplant und da gehen wir davon aus, dass mit diesen Zuführungen und den entsprechenden Ertragsanteilen die Infrastruktur unter 30 Jahren hier auch ausfinanziert werden kann. Ein Punkt noch zu den Steuern, das habe ich mir notiert, die neue Immobilienertragssteuer, weil das ist auch immer wieder gekommen, ist kein Thema für diese Überlegung, weil die Immobilienertragssteuer gilt nur für Privatpersonen und Privatstiftungen und beides ist hier nicht das Thema. Das wäre es von meiner Seite, vielen Dank (*allgemeiner Applaus*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Ich habe bei mir noch vier Fragen vorbereitet, die noch nicht behandelt wurden beziehungsweise Kollege Rüschi hat mitgeteilt, dass er diese Fragen nicht beantworten wird. Die erste Frage betrifft das Stadtentwicklungskonzept. Wir sind gefragt worden, wie denn das Stadtentwicklungskonzept mit dem Thema Reininghaus umgeht oder wie wir im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes damit umgehen. Ursprünglich haben wir einmal versucht und auch die Anfrage an die Oberbehörde des Landes gerichtet, ob man das als weißen Fleck belassen kann und sagen kann, wir werden das dann zeitgleich wieder mitentwickeln und einbringen. Da war eine relativ rasche Antwort des Landes da, das geht so nicht, also gab es nur ursprünglich einmal die Möglichkeit, es so zu belassen, wir haben dann aber auch einen Weg gefunden, und wir sprechen immer wieder vom sogenannten Pyjama des Stadtentwicklungskonzeptes, alle die fleißig mitgearbeitet haben, wissen jetzt, was ich meine. Wir haben eine Überlappung zustande gebracht, das heißt, bei dem Einfärbeln haben wir auf der einen Seite die Industrieflächen und auf der anderen Seite sind wir aber auch im Stadtentwicklungskonzept jetzt schon zu der Möglichkeit gekommen, die wir im Rahmenplan ja gemeinsam beschlossen haben, und das übereinandergelegt ist für

uns aber, und das ist ganz, ganz wichtig, keine Verpflichtung gegenüber jedem Besitzer oder Eigentümer dieser Grundstücke, dass wir das auch tatsächlich tun müssen. Eine tatsächliche Umwidmung kann erst erfolgen, wenn dieses Stadtentwicklungskonzept über die Bühne gegangen ist und wir das hier auch diskutieren und einbringen. Das heißt, es bleibt sowohl jetzt flächenwidmungsplanmäßig Industriefläche, es kann aber auch, und zwar haben wir es vorbereitet, im Stadtentwicklungskonzept gesehen werden, wenn wir das zustande bringen mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit im heurigen Jahr oder auch danach, wann immer wir das schaffen, ich hoffe, dass wir es bald auch zusammenbringen, dass wir danach auch das entwickeln können, was wir im Rahmenplan ja auch gemeinsam beschlossen haben. Dann habe ich die Frage oder sehr viele Fragen bekommen, wie schaffen wir es denn, diese nachhaltige Entwicklung, wie schaffen wir es denn, einen ökologischen Stadtteil, einen energieautarken Stadtteil, einen sozialverträglichen Stadtteil, einen mit Grünraum ausgestatteten Stadtteil zustandezubringen? Da möchte ich, wenn wir das kaufen, ich möchte die Gegenfrage stellen, und alle, die intensiv mitarbeiten, wissen, dass wir ja dann, wenn ich so sagen darf, weniger Möglichkeiten haben und sagen, wie machen wir das alles fest, wenn wir nicht Eigentümer sind, wenn wir nicht kaufen? Aber das, was wir vorhaben, ist, wenn es nach einer Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu diesem Kauf der Grundstücke gekommen ist und wir es tatsächlich kaufen, dass wir natürlich zu handeln haben und dass wir dafür in der Gesellschaft Persönlichkeiten brauchen, dass wir vielleicht auch ein Wort von Persönlichkeiten schaffen, so etwas wie eine Intendanz, die uns mit allen Persönlichkeiten in der Stadt und darüber hinaus anzubieten haben, um das alles zu realisieren, inhaltlich vorankommen und dass wir letzten Endes auch hier innerhalb der Stadt Graz eine Schnittstelle schaffen, dass das alles mit allen Beamten, mit allen Abteilungen, die wir haben, auch tatsächlich umgesetzt werden kann, inklusive Haus Graz, weil es geht ja auch um Straßenbahnlinien, es geht um Kanalisation und, und, und. Eine dritte Geschichte, die mir wichtig ist, weil es öfter erwähnt worden ist, ja, es geht um Verbindlichkeit und Sicherheit, aber nicht nur von Seiten der Stadt aus gesehen, es geht auch um

Verbindlichkeiten und Sicherheiten, die wir jenen Persönlichkeiten und Unternehmungen anbieten müssen, die hier bereit sind, in Graz zu investieren. Die hier bauen wollen, die hier investieren wollen, die hier Arbeitsplätze schaffen und da kann ich die Frage mitverknüpfen, Herr Bürgermeister, warum ist es dir so eilig mit all diesen Dingen? Also eilig ist ja schon fast ein Hohn, wenn ich mir in punkto Umweltzone und in Punkto Reininghaus endlich eine Entscheidung wünsche. Seit Jahren und Jahrzehnten wird rauf- und runterdiskutiert und dann bitte mir nicht den Vorwurf zu machen, dass ich es jetzt eilig habe, sondern es ist längst an der Zeit, dass wir nach außen signalisieren, dass wir handeln werden (*Applaus ÖVP*) und wenn es um eilig geht, dann möchte ich in diese Beantwortung noch etwas hineinpacken. Worum geht es denn, warum habe ich es eilig? Weil es bei einer stark wachsenden Stadt darum geht, 10.000 Wohnungen in den nächsten eineinhalb, zwei Jahrzehnten auf die Beine zu stellen. Es geht um 12.000 Bewohnerinnen und Bewohner, die dort eine Chance kriegen sollen, es geht darum, dass wir neue Infrastruktur in Graz schaffen und dass in dem Zeitraum ungefähr 10.000 Menschen Beschäftigung bekommen. Wenn ich gestern die Zeitung studiert habe, habe ich nur festgestellt, dass die Innung der Wirtschaftskammer im Baubereich gerade händeringend sich an die Politik wendet und sagt, könntet ihr bitte wieder im Gemeindebereich, im Landesbereich und auch im Bundesbereich wieder mehr Investitionen tätigen oder zulassen, weil wir haben im Baubereich sehr, sehr viele Menschen, die jetzt schon sich umschulen lassen und es werden uns vielleicht sogar Fachkräfte einmal fehlen, also es geht um 10.000 Jobs. Es geht um Zeichen, deswegen habe ich es eilig, dass wir als Stadt vorne mit dabei sind, wenn wir solche architektonischen Highlights mit ökologischer Qualität mit einer gewissen Grünraumausstattung, mit sozialen... des 21. Jahrhunderts auf die Beine bringen, weil wir haben jetzt mit Smart City und mit Green City schon zwei Projekte, die auch einen Tourismus nach Graz bringen, die unsere Wissenschaftler und unsere Forscher in den Mittelpunkt rücken und das sind alles Gründe, wieso ich es da eilig habe. Und zum Schluss noch eine Geschichte, die mir schon ganz wichtig ist. Es gibt ab und zu in der Geschichte ein Zeitfenster, wo du die Chance ergreifen sollst, im Moment gibt es trotz dieser Finanzkrisen, trotz der

Wirtschaftskrisen auf dieser Welt, sehr, sehr viel Geld, auch in Europa. Und es melden sich sehr viele, die sagen, wenn ihr das zustande bringt, würden wir hier gerne investieren, weil wir investieren nicht mehr gerne im Ausland, wir würden gerne in Österreich investieren, ob das Fonds sind, ob das Privatinvestoren sind, die sagen, wir würden unser Geld gerne hier anlegen, weil hier haben wir Rechtssicherheit, da haben wir Frieden, da sind wir in einer Demokratie und dieses Zeitfenster sollten wir auch nutzen. Im Moment investieren, wie gesagt, viele Menschen woanders nicht mehr und wenn man täglich mit anhören müssen, was in Griechenland und sonst wo der Fall ist, dann sollten wir uns darüber freuen, dass vergangene Woche eine Grundsteinlegung in Graz von 400 Millionen Euro möglich war und dass wir eigentlich darüber diskutieren, dass wir hier einen Weg freimachen können, um einen Stadtteil zu entwickeln, davon träumen im Moment in ganz Europa und auf der Welt sehr, sehr viele Politikerinnen und Politiker, die fast kein Geld mehr zur Verfügung haben (*Applaus ÖVP*). Ich hoffe, jetzt keine Frage mehr vergessen zu haben, sonst sie uns bitte wieder zu stellen.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Gemeinderat! Ich glaube, vieles ist schon gesagt worden, ein paar Ergänzungen sind aus meiner Sicht noch notwendig. Geht doch vielen um das Rahmenfeld mit Zeitdruck, der soeben erwähnt worden ist, ja, das Thema ist lange bekannt, der Bürgermeister hat völlig Recht, aus Grüner Sicht hätte auch nichts gegen die Befragung jetzt gesprochen, wenn inzwischen auch mehr an den Inhalten gearbeitet worden wäre. Wir haben das Problem, dass ein Infrastrukturplan erwähnt wird mit 150 Millionen, was ist denn da eigentlich genauer drinnen, sind da noch immer die 80 Millionen, also Ausgaben für Straßenbau, die vorher diskutiert worden sind? Das passt nicht zusammen mit dem, was der Herr Bürgermeister vorstellt, da fehlen wichtige Details, da haben wir ein Jahr liegengelassen, warum ist in der Zeit zwischen Jänner 2011, wenn ich es jetzt richtig erwische, Jänner 2011 und jetzt inhaltlich so wenig weitergegangen...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das müssen wir jetzt noch nicht entscheiden.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Wir müssen es nicht entscheiden, aber wir sollen die Grazer BürgerInnen fragen, ob wir es kaufen wollen, wir kaufen die Katze im Sack, dagegen haben wir etwas. Wir haben auch mit der ÖVP vereinbart, bis zur Befragung gibt es das Gemeinderatsstück, das Gemeinderatsstück ist ferner denn je, aber das sind Details von da. Aber Eile ist immer dann geboten, wenn es um Dritte geht, kommt mir vor. Eile ist geboten, wenn irgendjemand Geld bekommen soll, Eile ist geboten, wenn es um Haftungen geht, denken wir an Thalia, da war ganz viel Eile geboten, dann ist es wieder länger gelegen. Denken wir an den Styria-Bau, da war Eile geboten dringend, dringend, muss sofort beschlossen werden und dann ist zwei Jahre nichts passiert. Denken wir an Reininghaus, Eile genau im Dezember 2010, da hat alles ganz schnell gehen müssen, dann war es kein Thema, dann hat der Herr Fernando ein Jahr herumdiskutiert und nicht viel weitergebracht und jetzt ist wieder so viel Eile geboten. Immer dann, wenn die Interessen anderer mit dabei sind. Also ich würde mir mehr Eile wünschen, dass man inhaltlich etwas weiterbringt, dass wir wissen, was wir dort entwickeln, da wäre Eile wirklich geboten, aber so schnell müssen wir da jetzt nicht handeln und zu diesem Zeitdruck und mit dieser ganzen Eile, ich glaube, da geht es schon vielmehr darum, der Finanzdirektor Kamper hat den Preis erwähnt, der angeblich gut ist. Das wissen wir nicht, das weiß er genauso wenig wie wir, das ist klar, das kann er auch nicht wissen, aber der Hinweis auf die Historie macht mich unsicher, wir waren bereit vor einem Jahr, 75 Millionen zu zahlen, damals 79, weil es ein bisschen mehr war, so gesehen ist heute 75 besser, auch das kleinere Grundstück, da bin ich ganz dabei, aber was war denn das Problem am privaten Markt? Dieses Grundstück ist zu diesem Preis unverkäuflich, ich will es nur klarstellen, sie probieren seit Jahren, das zu verkaufen, sie finden keinen Käufer, ich bin mir nicht sicher, ob der Preis so gut ist, sondern das werden wir ewig diskutieren können, da gibt es keine

richtige Antwort, jetzt nicht und Jahre später auch nicht, das muss man irgendwann schlucken. Ich weise nur darauf hin, dass das Argument, dass der Preis so günstig ist, kann ich nicht teilen, aber wir werden das nie genau wissen, wann der Preis passt, es gibt einfach keinen Marktwert. Ich sage nur, dass es nicht so klar ist, ich sage nicht, dass der Preis zu hoch ist. Ich sage nur, es gibt hier keinen Marktwert, ich persönlich glaube, dass er auf der hohen Seite ist, aber es gibt einen politischen Konsens auf die 75 Millionen, nehme ich zur Kenntnis, wir diskutieren den Preis auch nicht mehr. Ich verwehre mich nur dagegen zu sagen, der Preis ist so super, das kann ich nicht unterschreiben, aber wir haben uns auf diesen Preis relativ weit geeinigt, ok, ob richtig oder nicht, werden wir nie wissen. Aber eines ist mir schon noch wichtig, was heute auch gekommen ist, die Aufgeregtheit bei der ÖVP bei sehr untergriffigen Unterstellungen. Die Unterstellungen waren sehr untergriffig, dem ist zu verwehren, aber es gibt auch ein anderes Hilfsmittel, was man hier anwenden könnte, was regelmäßig niedergestimmt wird. Vielleicht denken die Kollegen von der ÖVP noch einmal über Transparenz nach. Mit Transparenz könnte man diese untergriffigen Anschuldigungen natürlich noch besser entkräften. Wenn wir wüssten, wo Geld herkommt und wo es hinfließt bei Parteikassen, dann wäre das alles kein Thema, so wissen wir es nicht, das ist genau dieser Punkt dieser untergriffigen Angriffe, ich will die nicht verteidigen, aber dass die Transparenz fehlt in einem Land wie Österreich, wo wir nicht wissen, wie viel Geld abgezweigt worden ist, das tut weh, und das könnten wir in Graz natürlich, wenn wir hier vorbildhaft...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Zur Sache.

GR. Dr. **Wohlfahrt:** Es geht zur Sache, um Reininghaus, Leute. Hier gibt es Angriffe, dass unter Umständen Geld geflossen sein könnte, ich will das gar nicht näher

diskutieren, nur die einzige Chance, und das steht schon lange in den Zeitungen und das kann man nachlesen, das Einzige, was uns gegen diese Angriffe hilft, ist Transparenz. Liebe Leute, denken Sie auch darüber noch einmal nach, es gibt hier dringliche Anträge für mehr Transparenz, die wurden niedergestimmt. Das ist natürlich unerfreulich in Zeiten, was ist denn da jetzt los bei dem Deal, hätten wir die Transparenz könnten wir ganz locker sagen, Leute, das ist völlig klar, wie was finanziert ist, von jeder Partei ist klar, wie der Wahlkampf finanziert ist, dann würden diese bösen Gerüchte nicht entstehen können (*Applaus Grüne*).

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Niedergestimmt wurde da gar nichts.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Mein dringlicher Antrag wurde niedergestimmt, das halten wir fest.

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Meine Wortmeldung bezieht sich natürlich, wie Sie sich denken können, auch in dem Zusammenhang, wenn man über Reininghaus reden, zum Thema Wohnen. Auch wenn mein Vorredner, Gemeinderat Wohlfahrt, da einiges angesprochen hat, was ich mir zumindest auch oft darüber nachdenke, es war eigentlich der Herr Bürgermeister, der mich eigentlich noch zu einer Wortmeldung bewogen hat, weil meine beiden KollegInnen haben eigentlich das Wesentliche in dem Zusammenhang für mich ja schon gesagt. Ich möchte da nur wirklich eine Illusion oder zumindest, falls das jemand glaubt hier, dass, auch wenn es jemals zu diesen Entwicklungen dort in Reininghaus kommen sollte, wie immer diese Bürgerbefragung, wenn sie kommt, ausgeht, aber die Illusion, dass dort tausende

wirklich leistbare Wohnungen entstehen werden, das glaube ich erst, spätestens wenn dann die Mieter und Mieterinnen die Mietverträge und die Schlüssel in der Hand haben. Weil das, was da in den letzten Wochen in zwei Gratis-Zeitungen, wo ich mich natürlich auch frage, wer hat das eigentlich finanziert, da steht wirklich, 14.000 leistbare Wohnungen werden dort errichtet. Das Wohnbauförderkontingent nicht einmal der nächsten 20/30 Jahre im Land, geschweige denn ein Bruchteil von dem. Der Stadtrat Rüschi, der uns zusammen mit der Kathi Peer durchaus jetzt in den letzten Jahren in dem Weg zum Bau von mehr Gemeindewohnungen und zwar nämlich wirklich zu Gemeindewohnungen, die dauerhaft einmal in der Zukunft auch im Eigentum der Stadt Graz dann wieder sind, und nicht irgendwelche Finanzierungsmodelle, wie sie in manchen Gemeinden jetzt ja auch angegangen werden und ich hoffe, dass man nicht im Zusammenhang mit Reininghaus auch an solche Modelle denkt, wo zum Beispiel am Anfang private Investoren diese Mietpreise stützen, dann ist der Mietpreis halt für die Mieter und Mieterinnen zehn Jahre günstig und nach zehn Jahren schmalzen sie wieder in Höhe und man hat dann wieder Mietpreise wie am normalen privaten Wohnungsmarkt. Es ist alles richtig, was die Entwicklung betrifft, dass immer mehr Leute nach Graz kommen, aber es kommen eben, wie gesagt, nicht nur Begüterte und auch die Leute, die jetzt schon da leben, haben eben auch, und da reden wir nicht, so wie heute das schon angesprochen worden ist, nur von Mindestsicherungsempfängern und von Mindestpensionisten, sondern es können sich heute auch Familien und Personen mit mittlerem Einkommen die hohen Mietpreise kaum mehr leisten. Und wir, Sie haben uns immer auf der Seite und dass überhaupt das Thema Gemeindewohnungen im Rahmenplan vorgekommen ist, auch zu Reininghaus, ist eigentlich dem Antrag der KPÖ zu verdanken, sonst wäre es gar nicht drinnen. Also wir denken, was das betrifft, eh immer mit und Sie werden uns auch auf der Seite haben und wir werden das natürlich unterstützen, wenn es auch darum geht, dass dort leistbarer, dauerhafter und gesicherter Wohnraum entstehen soll, aber das geht einmal nur mit öffentlich geförderten Mitteln im Land Steiermark und das schaue ich mir an, wie...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Also seid ihr dafür?

StR.ⁱⁿ **Kahr:** Wir haben immer gesagt, dass das Sinn macht, dort Grundstücke anzukaufen, aber nicht dieses Modell. Es steht kein anderes zur Alternative.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wir hören nur, was nicht geht, wir wollen Vorschläge, wie es geht.

StR.ⁱⁿ **Kahr:** Diese Eiligkeit, die der Herr Bürgermeister angesprochen hat, die haben wir schon vor 15 Jahren gehabt. Wir sind zehn Jahre lang, wo es den Ankauf und die Grundstücksbevorratung für Gemeindewohnungen betroffen hat, immer angelaufen bei den Fraktionen hier. In der letzten Periode ist es erstmals ein bisschen gelungen. Es macht auch keinen Sinn, in einem Stadtteil eine Konzentrierung von vielen Gemeindewohnungen zu machen, das haben wir auch immer gesagt, es wäre wichtig die Verteilung auf das gesamten Stadtgebiet. Und ich frage mich wirklich, wo war die Unterstützung, wie es gegangen ist um das Grundstück in Geidorf zum Beispiel, wo ist gegangen, es hat einige Grundstücke gegeben, zum Beispiel auch bei den ehemaligen, was man zum Beispiel an den Hohenberg verkauft hat bei der ehemaligen Sargfabrik, da haben wir gesagt, kaufen wir das Grundstück an für die Bewohnerschaft als Grünfläche und weiter hinten...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wir blicken in die Zukunft.

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Ja, Ihr seid immer schnell im In-die-Zukunft-Blicken, ich sage ja, das glaube ich ja erst, wenn wir überhaupt soweit sind. Die Vergangenheit hat mir bewiesen, dass die Ernsthaftigkeit, nämlich wirklich Gemeindewohnungen zu errichten, sagen wir endenwollend ist. Ich schaue mir das an, allein...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Hummelkaserne.

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Ja, wer ist denn auf der Straße gestanden und hat die Unterschriften gesammelt? Ihr könnt ja froh sein, dass die Kommunisten sich da bemüht haben, weil sonst hätten wir nicht einmal eine Fläche für das Pflegewohnheim der GGZ (*Applaus KPÖ*), das muss ich nämlich auch sagen. Und das ist nur der Weisheit der Bürgerinnen und Bürger zu verdanken, weil das ist ja nicht unser Verdienst, die Leute haben das ja unterschrieben und gesagt, das ist sinnvoll, diese Fläche anzukaufen. Und wenn wir heute da reden von Smart City und Green City, das wird alles groß propagiert in Werbebroschüren und in bezahlten Anzeigen, wer kann sich denn das leisten? Das sind zwar schicke Wohnprojekte, aber das werden sich kaum Leute leisten können und ich habe, noch einmal, ich glaube das erst alles, wenn die Leute wirklich die Mietverträge in der Hand haben und auch tatsächlich die Kommune für diese Bewohnerschaft auch das Einweisungsrecht hätte, weil wir sind ja noch gar nicht soweit (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, die Wortmeldung unserer Noch-Koalitionspartnerin in Punkto Wohnen, Elke Kahr, fordert mich jetzt aber auch heraus. Liebe Elke, mit Unterschriften kann man keine Wohnungen bauen und sich kaufen, eines, und das

bitte ich dich zu berücksichtigen, weil ich glaube, es ist eine gute Antwort auf deine Sorge hin und da glaube ich, dass du etwas übersiehst, wenn noch mehr Menschen in diese Stadt kommen, werden sie sich diesen verfügbaren Wohnraum schnappen und das wird teurer werden, das ist die befürchtete Blase, die heute schon einmal zitiert worden ist. Und das bedeutet, dass zu wesentlich höheren Mietkonditionen Menschen in dieser Stadt wohnen werden und es sich auch eines Tages nicht mehr leisten können und dann an deine Tür klopfen, um auch wieder Wohnraum zu bekommen. Ich glaube, wir müssen bei der großen Nachfrage das Angebot erhöhen, sonst kommt es zu einem Ungleichgewicht, das letzten Endes von Seiten der Stadt gar nicht mehr bewältigbar sein wird. Und das Schöne dran ist, und wir werden in zwei Wochen den Spatenstich haben, komme bitte hin, dass du zum Beispiel von dem Tiroler Unternehmer Aktivhaus oder Haus Aktiv, ich weiß es nicht, einmal hören wirst, was die Zukunft bedeutet, da geht es nicht nur um den Kaufpreis. Du schreibst drauf, stoppt die Teuerungen, aufs Plakat, die Antworten darauf liefern jetzt aber andere, nämlich das eine zu fordern, ist schön, aber wie und über das Wie möchte ich mit allen reden, weil das bedeutet, dass wir mit dem Modell, das in Graz jetzt über die Bühne gehen wird, 184 Wohnungen geschaffen werden, in denen die Betriebskosten bei einer 65-m²-Wohnung voraussichtlich € 15,-/m² für Strom und Heizung betragen werden, das sind die Antworten auf die Probleme, die wir jetzt haben (*Applaus ÖVP*). Das sind Eigentumswohnungen, ich wünsche mir auch wieder Eigentum und es wird Menschen geben, die dadurch so niedrige Betriebskosten haben, dass sie sich Eigentum wieder leisten werden können und ich bitte dich, einfach genauer hinzuschauen, nicht einfach immer nur zu sagen, wo ist jemand, der uns letzten Endes wieder Wohnungen auf Gemeindebasis baut, 500, die wir jetzt bauen, ist ein klares Zeichen und Signal in dieser Periode jetzt, die wir da abschließen und die sind Gott sei Dank im Bau und dann wird gemeinsam an einem Strang gezogen. Und noch einmal, wir müssen schauen, dass die Betriebskosten runterkommen durch neue technische Entwicklungen, Dank unsere Universität, der Technischen im Speziellen, sind wir da gut unterwegs und wir müssen generell schauen, dass der Markt nicht explodiert, weil soziale Schwache müssen sich auch noch eine Wohnung kaufen und

wenn nichts übrig ist außer teure Wohnungen, dann werden sie noch schneller bei dir stehen und darauf ist Reininghaus mit eine Antwort, nicht die einzige (*Applaus ÖVP*).

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Weißt du, nur eine einzige Antwort drauf, ich gehe da gar nicht darauf ein, es ist der Beweis der letzten fünf Jahre, und du sprichst da von Koalitionspartner, dass das Kapitel Wohnen zum Thema gemacht worden ist, erinnere dich, Lisa, wer hat denn das damals nach der Konstituierung überhaupt zum Thema gemacht? Also wir haben das zur Sprache gebracht...

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir haben eingeladen.

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Ich habe das oft genug da auch hier im Haus betont, dass das gut war, dass ihr das auch unterstützt habt. Das ist das eine, aber was ich schon bedauerlich finde, und jetzt sage ich das wirklich einmal, weil jetzt ist eh schon bald das Jahr um und das möchte ich wirklich da einmal im Haus sagen, ich finde es bedauerlich, dass der Bürgermeister der Stadt Graz, der das immerhin unterstützt hat das Wohnungsprogramm, bei keiner einzigen umfassenden Wohnhaussanierung, nicht einmal beim Tag der offenen Tür, bei keinem einzigen Neubauprojekt der letzten Jahre bei unseren Gemeindemieterinnen und Gemeindemieter war, die hätten sich das oft gewünscht und du hast auch Einladung bekommen immer. Und das tut mir nämlich wirklich leid, weil da würdest du auch sehen, jetzt nicht nur, dass du unsere Bewohnerschaft kennenlernst und siehst, dass das eigentlich ganz tolle und integere und interessante Leute sind, sondern du hättest auch gesehen, was es da an innovativen und neuen und modernen Überlegungen gegeben hat in der

Vergangenheit schon, dann müsstest du nicht das Smart City und Green City propagieren, weil dann könntest du auch einen Gemeindewohnbau einmal propagieren (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, damit es dann nicht nur zum Dialog wird, aber das ist auch wieder unglaublich und ich sage es dir auch gerne zurück. Bevor du noch stadträtliche Funktion hier bekommen hast, habe ich mit deinem Vorgänger schon drüber gesprochen, wie wir es schaffen, diesen Substandard, den wir in den Gemeindewohnbauten gehabt haben zu ändern und ich habe dem Ernest Kaltenegger gesagt, der einzigen Weg wird sein, dass wir auch zu Einnahmen kommen, wir müssen die Kategoriemietzinse anheben und ich habe ihm damals die Empfehlung gegeben, in jede Wohnung ein Bad und ein Klo einzubauen, damit wir wenigsten ein bisschen mehr kriegen, dass das Haus nicht...

Zwischenruf GR. Grosz: Ach du warst das?

Bgm. Mag. **Nagl**: ...und deswegen glaube ich, dass ich durchaus seit 15 Jahren sehr genau weiß, wie es in den Gemeindewohnbauten ausschaut. Ladet mich bitte vermehrt ein, ich kann mich nicht an viele Einladungen erinnern, die ich jetzt bekommen hätte, aber ich bin da gerne dabei und ich will dir das nur antworten, weil das so klingt, schade, dass der Herr Bürgermeister sich nicht darum kümmert. Wir haben in der Hauptverantwortung bei jedem Budget mit Sozialdemokraten, mit Grünen in den letzten Jahren, liebe Elke Kahr, die Budgets geschaffen, wo man gesagt hat, wir hätten gerne, aber die Gesamtverantwortung tragen wir nicht mit. Vielleicht

in unserem Bereich noch, aber man muss einmal fragen, wo die Gelder herkommen und wer dann dazu gestanden ist, dass es dort oder da Teuerungen gibt. Und deswegen sage ich da sehr deutlich, da muss man zum Gesamtkonzept stehen und nicht immer nur seine Nische sehen und sagen, stoppt die Teuerung, das ist mir zu wenig (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. **Eustacchio**: Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Ich hoffe, dass ich noch ein paar neue Ansichten und vielleicht auch ein bisschen eine Entgegnung dem Herrn Dr. Kamper gegenüber, ich muss es so sagen, vorbringen kann. Dir, Gerhard, einmal danke vorweg für das Geschehene und eine kleine Polemik muss ich jetzt trotzdem rüberhauen, hat nichts mit der Geschichte von vorhin zu tun. Ich habe dich so ein bisschen als den Alchimisten der Stadt Graz in Verdacht, weil du aus nicht so Wertvollem Gold machen willst, das ist in den letzten Jahrtausenden/Jahrhunderten nicht gelungen, ich glaube, es wird auch dir nicht gelingen. Du hast nämlich in diesem Interview mit der Kronen Zeitung hast du eben gesprochen, dass man Eigenkapital einbringen muss und dafür wird eben etwas verkauft und das wird dann vergoldet und ein paar Fragen weiter sagst du, wir müssen ja nicht jeden Tag ein Bombengeschäft machen, das widerspricht sich ein bisschen für mich. Also auf der einen Seite machen wir Super-Cash und auf der anderen Seite brauchen wir es dann aber doch nicht, also irgendwie spießt es sich da ein wenig. Aber jetzt zu den einzelnen Punkten, meine Damen und Herren. Wir haben heute gehört, dass wir um 24 Millionen Grundstücke verkaufen müssen. Ich frage mich, warum wir Grundstücke verkaufen müssen, warum wir eine Cashposition in diese Gesellschaft einbringen müssen, ist mir nicht klar, das ist mir nicht klar.

Zwischenruf GR. Mag. Mariacher: *Das ist nicht neu, das habe ich auch schon gefragt.*

StR. Mag. **Eustacchio**: Ich weiß schon, ich habe auch den Herrn Dr. Kamper vorher gefragt, der Herr Dr. Kamper hat gesagt, ja, das bringt uns in eine bessere Position der Bank gegenüber, weil halt zum ersten Mal Geld fließt, das heißt, wir müssen weniger Risikoaufschlag in Kauf nehmen, das heißt, wir bekommen einen günstigeren Zinssatz. Verstehe ich jetzt nicht als Banker, wie es schon gesagt worden ist, der ich bin, weil wenn ich Grundstücke einbringe als Sicherheit, sollten diese Grundstücke der Stadt Graz ja doch auch einen Wert haben und ich muss sie nicht verkaufen und zu Geld machen. Zum ersten Mal in diesem gesamten Geschäft, zum ersten Mal, seitdem über Reininghaus gesprochen wird, wo diverse Investoren oder auch Nicht-Investoren, Planer, Nicht-Planer da waren, fließt echtes Geld, echtes Geld, das zum Angreifen ist, wieso auf Steuerzahlerkosten muss jetzt echtes Geld fließen? Das ist eine Frage, die mir noch nicht wirklich beantwortet wurde, und bezüglich des Ausgabeaufschlages der Bank, weil das ein günstiger Zinssatz ist, meine Damen und Herren, ich habe mich heute noch ganz schlau gemacht in aller Früh, wie wir derzeit ausschauen. Der Drei-Monats-Euribor hat derzeit einen Zinssatz von 0,66 % und auf diesen Drei-Monats-Euribor gibt es dann eben einen Aufschlag. Es wurde uns heute gesagt, dass wir einen sehr günstigen Zinssatz haben, ich habe jetzt genau gefragt, was er bedeutet. 1,8 % werden auf diese 0,66 % aufgeschlagen, das ist, meine Damen und Herren, kein guter Zinssatz. Das ist kein guter Zinssatz, ein guter Zinssatz ist ein Prozent, ein bisschen unter einem Prozent. Warum kann ich das sagen? Weil vor kurzem in einer Bank, und ich sage, es war nicht die Steiermärkische und war nicht der Krentschker, es gibt Kontakte auch woanders hin, Angebote eingeholt worden sind, wo eine Bank nicht zum Zug gekommen ist, die einen Aufschlag von 1,1 % gefordert hat von einer Kleinstkommune. Jetzt frage ich mich, wie kommt denn die Stadt Graz dazu, die eine Gesellschaft kauft und ja wirklich auch ein guter Kunde sein

muss, dazu, so einen hohen Ausgabeaufschlag zu zahlen, das macht in der Differenz zum Normalzinssatz, 1,75 % ist so der Normalzinssatz und...

Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Nenne uns die Kleinstgemeinde.

StR. Mag. **Eustacchio**: Nein, das ist nicht öffentlich, weil die Information, die ich habe, die ist Bankgeheimnis, deswegen kann ich es auch nicht sagen, weil die Aussage, welche Kommune es war, mir gegenüber auch nicht getätigt wurde. Wir zahlen unter diesen Prämissen pro Jahr 375.000 bis 400.000 Euro mehr, als es notwendig wäre. Das heißt, hier macht die Bank sehr wohl ein sehr gutes Geschäft auf Kosten der Grazer Steuerzahler und da frage ich mich, warum? Wenn das alles so ein tolles Geschäft ist, wenn dieses Gebiet so toll ist und sich alle drum reißen müssten, ja wieso haben wir dann so einen Risikoaufschlag zu zahlen, wieso? Dann kann das ja nicht so toll sein, weil dann müsste ja die Bank selbst sagen, die im Grundbuch steht, nein, das mache ich selber, die Bank hat ja bitte, die hat Abteilungen, die das können, die hat Firmen in ihrem Kundensegment, die das können, da kann die Bank ja alle ins Boot holen und sagen, das mache ich selbst. Da mache ich wirklich ein gutes Geschäft, macht sie nicht, nein, sie holt die Stadt Graz, die Stadt Graz zahlt den gesamten Betrag, übernimmt die Schulden, 50 Millionen, bringt 24 Millionen ein und dann wird argumentiert, na ja, die Bank, die glaubt dann, die bringt auch eine Million ein in die Gesellschaft, na super. Nach einem Jahr Zinszahlung hat die Bank 1,23 Millionen gekriegt, weil soviel machen die Zinszahlungen im ersten Jahr aus. Also nach einem Jahr hat sie 200.000 schon Gewinn und die Million, die sie investiert hat, schon wieder zurück, so toll kann das nicht sein das Geschäft. Gilt, darüber nachzudenken. Ich habe mir ein paar Fragen natürlich aufgeschrieben, die im Zuge des Ganzen gekommen sind. Interessant ist auch der Auftrag an die Post, da geht

morgen, am Montag wird darüber abgestimmt, seltsam, wüsste ich auch gerne warum, der gute Preis ist schon gesagt worden, glaube ich nicht, sind die Zinszahlungen, die ausständig waren bis jetzt von der Gesellschaft, sind die überhaupt bedient worden oder befinden sich die in der Gesellschaft, weiß ich nicht, müsste man auch einmal hinterfragen. Schade ist, dass der Rechnungshof noch nicht drübergeschaut hat über das ganze Projekt, dass wir einmal wissen, wie sieht er die Situation von außen. Das Zeitfenster, Herr Bürgermeister, na ja, ich weiß nicht, das Zeitfenster, ist das so tragisch, dass man jetzt das auf Biegen und Brechen durchdrücken müssen, haben wir im Herbst nicht Zeit, werden wir in Ruhe das anschauen können? Es sind sehr, sehr viele Fragen nach wie vor offen. Sehr viele Fragen, auch diese Gesellschaft, die wir dann besitzen als Stadt Graz, wer übernimmt die Geschäftsführung, kommen da wieder die üblichen Verdächtigen zum Zug, die dann halt am Gängelband der ÖVP hängen, wer arbeitet dann in dieser Gesellschaft, wer übernimmt also diese ganze Umsetzung? Und weil es ja auch rechtliche Aspekte gibt, erlaube ich mir vorzulesen: Stadt Graz als öffentlich rechtliche Körperschaft kann privatrechtlich nur solche Verpflichtungen auf sich nehmen, denen keine von ihr wahrzunehmende öffentlich-rechtlichen Hindernisse entgegenstehen. Es kann also zu Interessenskollisionen zwischen privatem Verwendungszweck beziehungsweise vereinbarten Vertragsinhalten und öffentlicher Ordnung kommen, die oft, wie auch im Fall Thalia, viel später offenbar werden. Vor allem bei der Frage sachgerechter Flächenwidmung bis hin zu erteilenden Bau- und Gewerbeberechtigungen kann Derartiges der Fall sein. Wegen dieser immanenten Interessenskollision geht der OGH davon aus, dass die öffentliche Hand privatrechtliche Verträge nur unter entsprechenden einschränkenden Bedingungen abschließen darf oder sich den Rücktritt vom Vertrag beziehungsweise die Kündigung vom Dauerschuldverhältnis vorbehalten muss. Daran ändert sich auch nichts, wenn die öffentlich-rechtliche Körperschaft bloß über in ihrem Eigentum stehende Gesellschaften des Privatrechts, GmbH in dem Fall, mittelbar am Markt in Erscheinung tritt. Die Kollision bleibt, wenn auch verschoben und vermindert, aufrecht. Der ehemalige Präsident des Verfassungsgerichtshofes Karl Korinek formuliert das wie folgt: Staat bleibt Staat,

auch wenn er sich des Instrumentes des Privatrechts bedient. Also diese Komponenten der rechtlichen Belange sind gar nicht berücksichtigt worden. Die wirtschaftlichen sind da hier auch noch nicht wirklich endgültig klargelegt worden, und nachdem es immer heißt, die FPÖ hat ja keine Vorschläge und hat keine Lösungen, ein Ansatz: Reininghaus kostet 75 Millionen, zumindest die Gesellschaft, was hält die Bank davon ab, das gemeinsam zu entwickeln, gemeinsam mit der Stadt Graz, was hält die Investoren ab, es gemeinsam mit der Stadt Graz zu entwickeln und was hält vor allem die Wohnbaugenossenschaften davon ab, es mit der Stadt Graz zu entwickeln? Die Wohnbaugenossenschaften, die ja unweigerlich in weiterer Folge ins Boot geholt werden müssen, weil es gar nicht anders geht, weil wir gar keine Fördermittel abholen können aus dem Land, weil teilweise Bauten nur getätigt werden können von Wohnbaugenossenschaften und die Wohnbaugenossenschaften, meine Damen und Herren, die sind ausgestattet in Graz mit zirka 200 Millionen Euro an stillen Reserven, die sie als Eigenkapital gebunden haben, das heißt, ein Teil dieser 200 Millionen Euro als Beteiligung in Reininghaus entlässt die Stadt Graz, und die Stadt Graz geht die Verpflichtung ein, gemeinsam mit Bank, mit Investoren, mit den Genossenschaften das zu entwickeln, wir brauchen kein Geld in die Hand zu nehmen, wir als Stadt Graz. Wir garantieren den Investoren und den Banken und den Genossenschaften, dass wir die Wege, die Amtswege beschleunigen, dass wir die Umwidmungen tätigen, wir einigen uns über einen Rahmenplan und machen wir das bitte gemeinsam im Rahmen des Ausschusses, Reininghausausschusses, da sitzen alle drinnen, da sitzen wir alle in einem Boot und arbeiten wir das dort aus, dann sind wir alle in einem Boot und es gibt eine, wie es so schön heißt, Win-win-Situation. Da können wir alles das erfüllen, was allen uns da hier, die wir hier sitzen, vorschwebt, dazu lade ich Sie ein, dazu rufe ich Sie auf und hoffe, dass das eine Idee ist, über die es sich lohnt nachzudenken. Danke (*Applaus FPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Als Antwort darauf, ich möchte gerne die Frage der Zinsen, Zinshöhe der Finanzdirektor beantwortet. Ich möchte gerne auf die zwei weiteren Punkte eingehen. Der erste war die Kontrolle durch den Rechnungshof. Der Rechnungshof hat einen Kontrollauftrag, einen Überprüfungsauftrag vom Kontrollausschuss. Meines Wissens er vom Jänner 2011. Aber ich habe von meiner Seite erst jetzt ebenfalls einen Projektüberprüfungsauftrag an den Rechnungshof gegeben, weil mir das selbstverständlich auch wichtig ist, dass rechtzeitig für den Gemeinderatsbeschluss die Überprüfung vom Rechnungshof da ist und das hat dann auch die Folge, dass eben der Auftrag, der durch mich kommt, dann auch im Finanzausschuss bearbeitet wird oder das Ergebnis dem Finanzausschuss vorgelegt wird. Es hat selbstverständlich mit dem Rechnungshof da auch in diesem Zusammenhang intensive Kontakte gegeben. Der zweite Punkt oder dritte Punkt ist angeschnitten worden die Gemeinnützigen Bauvereinigungen. Ich möchte vielleicht noch vorausschicken, deine Wortmeldung, Mario, lässt mich durchaus hoffen, dass wir möglicherweise doch was Gemeinsames machen können, weil ich habe jedenfalls deinen Ausführungen entnommen, dass das, was dich stört, das sind die Zinsen und das ist, dass wir 24 Millionen Euro zahlen. Aber dass du durchaus bereit wärest, über den Ausschuss an der Gestaltung mitzuarbeiten und dort eben auch die Vorstellungen, soweit sie jedenfalls da sind, mitzuentwickeln. Wäre sehr schön, wieso die Gemeinnützigen Bauvereinigungen nicht dabei sind, ist ein ganz klarer Umstand. Mit den Gemeinnützigen Bauvereinigungen haben wir als Erstes gesprochen vor über zwei Jahren, als die Idee entstanden ist und es ist sofort die Antwort gekommen, die Gemeinnützigen Bauvereinigungen dürfen sich wegen des Gemeinnützigkeitsgesetzes nicht an einer derartigen Gesellschaft beteiligen. Das heißt aber nicht, das ist gesetzlich ausgeschlossen, das heißt aber nicht, dass wir mit ihnen sehr viel gesprochen haben und wir können einmal davon ausgehen, dass das Interesse da ist von den Gemeinnützigen Bauvereinigungen, zirka ein Drittel, weniger als ein Drittel, ungefähr 150.000 m², dort zu bebauen und damit ist auch jedenfalls von Seiten der Investoren jemand dabei, der großes Interesse hat, bekundet hat, es gibt selbstverständlich keine Verträge, die können wir auch nicht abschließen, aber die

Diskussion wird weitergeführt, ist geführt worden und die Gemeinnützigen Bauvereinigungen mit den Förderungsmitteln, wie du richtig gesagt hast, sind auf jeden Fall im Boot, nicht vom Anfang an, das geht gesetzlich nicht, aber dann in der Umsetzungsphase (*Applaus ÖVP*).

Finanzdirektor Dr. **Kamper**: Herr Stadtrat, weil Sie mich erwähnt haben, muss ich unbedingt noch einmal spezifizieren. Ich glaube, die Diskussion jetzt auch, Stadtrat Rüschi hat das schon gesagt zeigt, es gibt natürlich unendlich viele Modelle, wie man das gescheit machen kann insgesamt, Beteiligung diverser Interessierter in diversen Formen und es gibt unendlich viele Modelle, wie man das finanzieren kann. Eines ist aber schon wichtig, und das wissen Sie als Banker sehr wohl, haben es aber nicht so klar zum Ausdruck gebracht, deshalb möchte ich das tun. Wenn die Stadt haftet, dann befinden wir uns in einer ganz anderen Zinslandschaft als im Szenario, wo das eine Projektfinanzierung ist. Wenn die Stadt haftet, dann braucht die Bank, wie Sie wissen, das nicht mit Eigenkapital unterlegen. Sie braucht nicht mit einem Ausfall rechnen, obwohl das jetzt mit Griechenland nicht ganz so sicher ist, aber so ist es immer noch. Die Banken können dieses Geld also mit viel geringeren Aufschlägen verleihen und da sind Margen, auch das hat sich in den letzten Jahren, wie wir hier aus den Beschlussfassungen wissen, bewegt, aber da sind Margen unter ein Prozent durchaus denkbar. Sie werden nicht sehr häufig mehr angeboten, insbesondere nicht mit großem Volumina, da sind wir auch am Ball, da müssen wir, und wir haben das ja mit den Hypo- und Raiffeisen-Deals gesehen hier im Raum, da müssen wir schon froh sein, wenn wir Angebote unter 90 bekommen, aber es ist denkbar. Also eine gute Finanzierung für zehn Jahre mit einem Aufschlag von 90 als städtische Finanzierung mit Haftung der Stadt ist gut, 170 mit städtischer Haftung wäre natürlich völlig schlecht, da haben Sie Recht. Aber man darf das nicht vermischen. Eine Finanzierung ohne städtische Haftung bedeutet, die Bank muss das mit Eigenkapital unterlegen, wenn es eine Projektfinanzierung ist, und da bewegen wir uns bei Aufschlägen mit

170 in einem Bereich, wo Sie mir bestätigen werden, 180, 190 für zehn Jahre, für fünf Jahre sind es 180 und für zehn Jahre sind es 190, das ist eine gute Kondition und das bedingt natürlich auch, dass die Gesellschaft, die Projektgesellschaft, eine Finanzierungsstruktur hat, die die Fremdfinanzierung erlaubt. Das heißt, das bedingt den Eigenkapitalanteil, der eben in diesem Konzept drinnen ist. Selbstverständlich wäre es aber möglich, auch andere Konzepte zu machen, selbstverständlich haben wir auch andere Konzepte untersucht, beispielsweise das Einbringen von anderen Grundstücken anstelle Cash wäre natürlich auch ein mögliches anderes Modell, würde bedeuten, man muss sich mit allen Beteiligten einigen dann über die Bewertung der Grundstücke, man muss die relative Bewertung dann natürlich klarstellen bei allen Beteiligten und ich sage ganz ehrlich, in den letzten Monaten war ich bestrebt, die Komplexität dieser Transaktion zu verringern. Mir ist völlig klar, man kann vieles Verschiedenes noch machen und Komplexität auch erhöhen, aber vor der Schwierigkeit, hier zu einer klaren Beschlussfassung zu kommen, war es uns wichtig diese Variante, beispielsweise mit der Einbringung von städtischen Grundstücken, wo man sich dann mit der Bank oder mit anderen Investoren einigen müsste, wie dann in welcher Reihenfolge, in welchem Verhältnis die dann verwertet werden und was dann zu passieren hat, wenn das und das nicht verwertet wird, also diese Komplexität zu reduzieren, war uns wichtig und deshalb haben wir eben dieses Modell verfolgt, wo wir keine Grundstücke, sondern Cash eingebracht haben (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Stadtrat, ich darf dir nur eine Empfehlung geben, nachdem du am Rednerpult gesagt hast vor uns allen, dass dir von einer Bank bekannt ist, dass sie nicht zum Zug gekommen ist mit einem Zuschlag von knapp...

Zwischenruf StR. Mag. Eustacchio unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Also gut, eine Bank kam nicht zum Zug, weil sie knapp über ein Prozent angeboten hat und eine Gemeinde hätte eine Finanzierung ausgeschrieben. Ich habe dich dann gefragt, dass du uns wenigstens die Gemeinde sagst und du hast gesagt, du kannst nicht, weil das wäre eine Verletzung des Bankgeheimnisses. Jetzt gehe ich aber davon aus, dass auch jemand dir gegenüber, nachdem du nicht zu einer Bank gehörst, dieses Bankgeheimnis verletzt hat und dann würde ich dir empfehlen...

Zwischenruf StR. Mag. Eustacchio unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich würde es dir nur empfehlen, wenn es so wäre, also er hat dir nur gesagt, dass er nicht zum Zug gekommen ist. Dann ist das wieder etwas anderes. Wir sind wieder ein bisschen... aber das hat der Herr Dr. Kamper ja eh gerade versucht zu erklären, aber es geht wieder ein bisschen um die Methode, über die wir heute schon gesprochen haben. Es gibt da was, aber ich kann nicht sagen, wer es ist, und der Herr Dr. Kamper hat jetzt Gott sei Dank auch aufgeklärt, auf was man verzichten müsste, um vielleicht zu einem anderen Zinssatz zu kommen. Aber im Gesamtpaket glauben wir, dass es ein guter Vorschlag ist. Und jetzt kommt noch ein ganz wichtiger Punkt. Es gibt einen Eigentümer, es gibt finanzierende Bankinstitute, im Speziellen als Konsortialführer die Steiermärkische Bank und Sparkasse. Die Steiermärkische und auch der Eigentümer haben mit uns verhandelt, und jetzt komme ich wieder ein bisschen auch zur Zeitschiene, mit uns verhandelt ein maßgeschneidertes Projekt, das nur für die Stadt Graz passt und auch funktionieren kann und wo es Risiken und Vorteile etc. gibt. Irgendwann möchten die von uns schon ganz gerne wissen, ob das so kommt, weil sie haben sehr, sehr viel zu tun, eine Abspaltung in der Dimension etc. das sind gewaltige Kosten, hat Vorläufe, braucht Zeit und da geht es wieder darum, welche Sicherheit können wir auch jenen geben, weil es kann auch sein, dass sie

sagen, ok, findet nicht statt. Wir wollten nur irgendwann einmal klar sagen, so etwas, was ausverhandelt ist, was seit, ich sage jetzt nicht erst Tagen, sondern Wochen und Monaten da herinnen, auch von Seiten des Herrn Dr. Kamper und vom Kollegen Rüschi, immer wieder erzählt wurde, auch den letzten Stand jeweils und lasse mir da keine Geheimniskrämerei vorwerfen.

Zwischenruf: Durchpeitschen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es geht nicht ums Durchpeitschen, der Kauf soll sowieso erst stattfinden, wenn die Bürgerinnen und Bürger auch ein Signal gegeben haben, dass sie eine solche Stadtentwicklung auch tatsächlich haben wollen und wenn das der Fall ist, dann wird es auch im Herbst zu einem solchen Kauf kommen. Aber ich glaube, es braucht auch für den Eigentümer und auch für die finanzierenden Finanzinstitute, im Speziellen die Steiermärkische einmal Gewissheit, wird die Stadt Graz diesen Weg gehen oder nicht, weil damit sind Zeitabläufe, Kosten und auch Risiken wahrscheinlich wieder für die Bank verbunden und das gehört an dieser Stelle auch noch einmal betont und gesagt (*Applaus ÖVP*). Gibt es heute noch Fragen?

Damit ist die außerordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die Sitzung des Gemeinderates um 18.45 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rucker

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GR.ⁱⁿ Waltraud Haas-Wippel

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb